Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ID

ERSCHEINT WÖCHENTLICH **NR. 188/189** **30. JULI 1977**

Redaktionsschluß: Donnerstag, 16 Uhr

D 1870 CX



on the road again fideralala

herausgeber:
frankfurter informationsdienst e.v.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel.: 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr 79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel 0234 [illegible]

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr [illegible]
0221 [illegible]

7400 tübingen
aktion pol. buchladen
[illegible] 20
tel [illegible]

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr 41b
tel [illegible]

[illegible]

druck [illegible]
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel [illegible]

bilderdienst [illegible]
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

einzelverkaufspreis
1.50 dm incl 5,5% mwst

abonnement gegen vorauskasse von [illegible] mindestbetrag [illegible] 12 hefte [illegible]
postscheckkonto
[illegible] 52 28 - 602
postscheckamt frankfurt blz 500 100 60
bitte stichworter angeben [illegible] verlängerung [illegible] adressenwechsel, außerdem die genaue adresse [illegible] der abonnent [illegible]

WER NÄCHSTE WOCHE KEINEN ID BEKOMMT, KANN SICH NICHT WUNDERN, DENN:

Wie wir bereits vor drei Wochen schrieben, erscheint der ID im August nur zweimal (am 13.8. zum Thema „ID in Selbstdarstellung" und am 27.8. zum Gefangenenrat Frankfurt u.a.). Die erste Nummer im September erscheint am 10.9.

Wer in den letzten Tagen neu abbonniert hat oder versäumte Zahlungen nachgeleistet hat, wird unter Umständen Geduld aufbringen müssen, bis er den ID bekommt, da das Redaktionskollektiv sich in Erholung begibt und nur noch einige wenige zurückgeblieben sind.

WISSENDE REISENDE IN SACHEN ATOM GESUCHT

BILBAO
27. Juli

In Bilbao soll Anfang Oktober eine Veranstaltung laufen zu: Gefahren der Atomenergie, Gefahren der Atommüllagerung, Alternative Energie, Erfahrung im Kampf gegen KKWs. Da es in Spanien zwar Initiativen im Kampf gegen KKWs gibt, aber noch keine einheitliche Bewegung, sind Leute mit fachlichem Wissen zu den genannten Themen unbedingt eingeladen.
Kontakt: Spanisches Zentrum Essen, Tel.: 0201/236602.

ANTI--AKW TELEGRAMM

HAMBURG
20. Juli

Nachdem auf dem Bundeskongreß, eines Teils der Bürgerinitiativen gegen Atomenergie, in Hannover vor ein paar Monaten klar wurde, daß die K-Gruppen innerhalb der AKW-Bewegung weiterhin auf Machtpolitik bestanden und bestehen werden trafen sich autonome Gruppen kurz darauf in Kassel. Dort wurden Überlegungen angestellt wie der Linienpolitik der K-Gruppen zu begegnen sei und eine möglichst breite Basis gegen AKWs aufgebaut werden kann, ohne permanent von 'ehrlichen' und 'unehrlichen' AKW-Gegnern zu faseln. Als ein Ergebnis gibt es jetzt schon seit einem Monat das Anti AKW Telegramm. Es sind zusammengeheftete A 4 Blätter auf denen die jeweils neuesten Meldungen aus der Bewegung kurz, übersichtlich und nicht durch eine Parteibrille gefiltert, abgedruckt werden. Das Telegramm wird vom **Arbeitskreis Politische Ökologie/Lutterothstr. 33/2000 Hamburg 19/Tel.: 040/402782** rausgegeben; es kostet –, 30 pro Exemplar plus Porto. Am 26. Juli ist bereits die Nr. 3 erschienen.

STROMBOYKOTT BEGINNT AM 1. OKTOBER

HAMBURG
Juli 1977

Auf der letzten Boykott-Vollversammlung am 13. Juli 1977 in Hamburg wurde ein Zehn-Prozent-Stromrechnungsboykott gegen die HEW beschlossen. Der Boykott soll am 1. Oktober 1977 beginnen. Bisher haben sich etwa 250 Leute bereiterklärt, mitzumachen.

MALVILLE–SOLIDARITÄTSNACHT

Dulliken
23.Juli

Am 30.Juli um 22 Uhr wird im Gebiet um das AKW Gösgen lange gefackelt, und zwar bis zum Sonntagmorgen. Treffpunkt zu diesem Fackelmarsch, der aus Solidarität mit den Besetzern von Malville gemacht wird, ist:
Dulliken, Dorfstr.20, Sekretariat SAG.

WALTRAUD BOOCK IM HUNGERSTREIK

WIEN
27. Juli

Erklärung des Solidaritätskomitees für Waltraud Boock Wien:

Die einzige politische Gefangene in Österreich, Waltraud Boock, befindet sich seit dem 22.7.77 im unbefristeten Hungerstreik. Dadurch will sie ihre Zusammenlegung mit den in Stuttgart/Stammheim inhaftierten Gefangenen aus der Roten Armee Fraktion (RAF) erreichen. Waltraud zählt sich zu den bewaffnet kämpfenden antiimperialistischen Gruppen in der Bundesrepublik und muß daher entsprechend den Mindestgarantien der Genfer Konvention von 1949 behandelt werden. Es gab und gibt in den österreichischen Gefängnissen keinen vergleichbaren Hungerstreik, wohl aber ein Gesetz der Zwangsernährung und der Bereitschaft zu Zwangspsychiatrisierung. Wann zwangsernährt wird, bestimmt der Gefängnisarzt. Was dies bedeutet, ist in der BRD wohl hinreichend bekannt. Haftrichter Schulz läßt seit Beginn des Hungerstreiks überhaupt keine Besucher mehr zu Waltraud. Hatte er bisher Besucher aus der BRD festnehmen, erkennungsdienstlich behandeln und abschieben lassen, so wehrt er nun sämtliche Besuche ab. Wir fordern euch auf, die vernichtende Isolation von Waltraud zu durchbrechen. Schreibt an: Waltraud Boock, Landesgericht für Strafsachen, Landesgerichtsstr. 11, 1080 Wien/Österreich. Durchschrift an: Solidaritätskomitee 1040 Wien, Theresianumgasse 10/14

"PROZESS DEM DEMOKRATISCHEN STAAT"

Bologna
20.Juli

Vom 23.bis 25.September 77 wird in Bologna ein Kongreß unter dem Thema "Prozeß dem demokratischen Staat" stattfinden. Er wird zur Zeit von Lotta continua vorbereitet. Die Veranstaltung wird folgende Schwerpunkte haben: Repression gegen die Massenbewegung,Repression gegen bestimmte soziale Verhaltensformen, Verletzung von Menschenrechte,besonders in den Gefängnissen, Rolle der bürgerlichen Medien in der Manipulation der öffentlichen Meinung usw.
Zu der Diskussionsveranstaltung sind sämtliche Interessierte eingeladen.

DEMONSTRATION FÜR BAUSTOPP ALLER ATOMANLAGEN IN BERN

BERN
25. Juli

Am 27. August findet in Bern eine nationale Demonstration statt, unter der Forderung: Für einen vierjährigen Baustop aller Atomanlagen in der Schweiz.

„ Diese Forderung ist an den Bundesrat gerichtet, weil Bewilligungen in seine Kompetenz fallen. Deshalb demonstrieren wir in Bern. Gegen den Willen des Bundesrates und der Energielobby, die Atomanlagen zu bauen, ist die Mobilisierung und Organisierung der Bevölkerung die einzige Kraft, um die Atomanlagen zu verhindern. Am Dienstag, den 23. August 1977, wird die Petition für den vierjährigen Baustop dem Bundesrat überreicht. Die Unterschriftensammlung läuft bis zum 15. August 1977. Sammelt alle noch weitere Unterschriften für den 4-jährigen Baustop! Die zentrale Sammelstelle für alle Unterschriften ist das CASAK in Lausanne (Postfach 216, 1000 Lausanne 17).

Nach der Kundgebung in Bern fahren wir mit organisierten Sonderzügen und Wagen nach Graben (BE), wo vom 26. bis 28. August das große Graben-Fest unmittelbar neben dem geplanten A-Werkgelände stattfindet.

PRIVATBULLEN MIT PISTOLEN UND HAND-SCHELLEN BEWACHEN VOLVO

DIETZENBACH (Hessen) 27. Juli Seit Anfang Februar ließ die Firma Volvo ihre Dietzenbacher Niederlassung (bekannt durch ihren fröhlichen und erfolgreichen Arbeitskampf 1976 (s. ID 130, 132, 176) , von dem privaten Bewachungsunternehmen 'Prefera' beschützen. Vorher waren nur die Männer von der Wach- und Schließgesellschaft abends dagewesen; die neuen Herren - jung, mit offenen Pistolenhalftern und offen getragenen Handschellen am Gürtel - blieben rund um die Uhr.

Monatelang patrouillierten die Bewacher zwischen Pförtnerhaus und Haupteingang, in voller Montur. Die Volvo-Leute fühlten sich belästigt: wer z.B. länger arbeitete, mußte sich von ihnen aufschließen lassen. Am 12. Juli kam es zum Eklat. Der Betriebsrat wandte sich an die Geschäftsleitung: die Beschäftigung eines Bewachungsinstituts sei mitbestimmungspflichtig nach § 87.1 des Betriebsverfassungsgesetzes (Fragen der Ordnung des Betriebs); das heißt, der Betriebsrat muß vorher zustimmen! Außerdem: insofern Beschäftigte eines anderen Unternehmens der Firma Volvo überlassen werden, handelt es sich auch um eine personelle Einzelmaßnahme, zu der die Zustimmung des Betriebsrates notwendig ist.

Der Betriebsrat sieht den Betriebsfrieden gefährdet (durch das Verhalten der Geschäftsleitung) und fordert, daß die Bewacher bis zum 26. Juli weg sind. Noch am selben Tag sicherte Direktor Heithmann zu, daß die Privatbullen wenigstens tagsüber ohne Waffen herumlaufen. Eine schriftliche Antwort, die Entwaffnung für die Nacht und die Entlassung der Bewacher stehen noch aus.

Wenn die bewaffneten Werkschützer dem Zweck gedient haben sollten, die Belegschaft einzuschüchtern und vor neuen Arbeitskämpfen schon mal zu zeigen, wer Herr im Haus ist (privater Werkschutz kommt ja immer mehr in Mode, z.B. bei den bayerischen AKWs, Opel Rüsselsheim und BASF Ludwigshafen), so haben sie ihren Zweck gründlich verfehlt. Die Mitgliederversammlung der IG Metall bei Volvo hat bereits über die neuen Forderungen beschlossen, und sie werden nicht sehr schüchtern ausfallen.

Kontaktadresse: Arbeitskreis Werkschutz im ID.

TTLER KANN'S NICHT LASSEN: WIEDER KURZARBEIT TROTZ ÜBERSTUNDEN

LANGEN 26. Juli 1977 Die Maschinenfabrik Pittler hat eine lange Tradition darin, mit Hilfe von Kurzarbeit einerseits (Zuschuß vom Arbeitsamt!), Überstunden andererseits die Gewinne zu sanieren (s. ID 69, 168). Anfang 1977 feuerte der Betrieb den unbequemen Betriebsratsvorsitzenden Belawa, der diese Praktiken kritisierte (ID 167). Die Betriebsratsmehrheit hatte der Kündigung sogar zugestimmt.

Der neue Betriebsratsvorsitzende Gruner muß sich jetzt mit dem gleichen Problem herumschlagen. Am 23. Juni schrieb er an die Geschäftsleitung:

'Der Betriebsrat stellt fest, daß immer mehr Mitarbeiter aus der Kurzarbeit herausgenommen werden.

Leider müssen wir aber auch feststellen, daß nicht wenige Mitarbeiter sogenannte 'Gutzeit-Stunden' ansammeln, die wegen Kurzarbeit in den betreffenden Abteilungen nicht als Überstunden bezahlt werden können. Eine Anrechnung dieser Gutzeiten auf die zu leistenden Kurzarbeitstage wird in vielen Fällen ebenfalls nicht vorgenommen.

Der Betriebsrat ist der Auffassung, daß hier dringend Abhilfe geschaffen werden muß. Fällt in bestimmten Abteilungen Mehrarbeit an, so sind diese Abteilungen aus der Kurzarbeit herauszunehmen und ggf. Überstunden anzuordnen.

Bei Beibehaltung dieses jetzigen Zustandes sieht sich der Betriebsrat gezwungen, die Belegschaft zu informieren, selbst auf die Gefahr hin, daß diese Angelegenheit damit öffentlich wird.

Der Betriebsrat ist weiterhin der Auffassung, daß die Geschäftsleitung überprüfen soll, ob im Monat Juli nicht generell die Kurzarbeit eingestellt wird.'

Kontaktadresse: Bruno Belawa, Sophienstr. 33, 6070 Langen



ERKLÄRUNG DER KESSELBAUER

OBERHAUSEN 27.Juli *Zur folgenden Erklärung der Kesselbauer ist wichtig anzumerken, daß die Betriebsräte höchstwahrscheinlich alle Mitglieder einer Gewerkschaft sind, daß sie die Konferenz ohne Gewerkschaft und ohne deren Genehmigung (derlei Tagungen sind genehmigungspflichtig) organisiert haben. Sie haben das wohl bewußt als Betriebsräte und nicht als Gewerkschafter getan: somit auch nicht gegen gewerkschaftliche Richtlinien verstoßen. Die Erklärung:*

,,Die Betriebsräte der Firmen Deutsche Babcock AG, Oberhausen/Friedrichsfeld; Borsig GmbH, Berlin/Gladbeck;Baumgarte, Bielefeld/Brackwede; Balcke-Dürr AG, Ratingen; EVT Stuttgart/Nürnberg/Köln; Lentjes, Düsseldorf; Oschatz,Essen; Standard-Kessel, Duisburg; Steinmüller, Gummersbach; VKW, Düsseldorf; Walther, Köln – die ca. 40 000 Arbeitnehmer vertreten, haben sich in einer Konferenz in Oberhausen erneut mit der schwierigen Situation des Kraftwerkbaus befaßt. Sie stellten fest, daß die bisherigen Bemühungen der Arbeitnehmer, die Arbeitsplätze zu sichern, bedauerlicherweise keine konkreten Ergebnisse gebracht haben. Deshalb fordern sie erneut alle Parlamente, politischen Parteien und Wirtschaftverbände auf, eine an den Arbeitnehmerinteressen orientierte Wirtschaftspolitik mit der Zielsetzung: RECHT AUF ARBEIT FÜR ALLE – zu verwirklichen.

Insbesondere erwarten sie, daß die Jugendarbeitslosigkeit umgehend beseitigt wird. Jugendarbeitslosigkeit und der Kampf um Ausbildungsplätze führen zu Duckmäusertum und letztlich zur Gefährdung der Demokratie. Von den Unternehmern und den Arbeitgeberverbänden fordern sie, anstelle des rigorosen Personalabbaus zur Gewinnsicherung eine vorausschauende Planung, die Arbeitsplätze sichert und Überkapazitäten in Wirtschaftsbereichen ausschließt.

Die DGB-Gewerkschaften fordern sie auf, das DGB-Grundsatzprogramm durchzusetzen. Als flankierende Maßnahmen bieten sich an: Herabsetzung der Altersgrenze, Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, Änderung der Arbeitszeitordnung mit dem Ziel, Überstunden und Sonderschichten zu reduzieren und dadurch Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen, Verlängerung des Jahresurlaubs und Bildungsurlaub für alle Arbeitnehmer.

Abschließend stellt die Konferenz fest, daß die Belastbarkeit und Geduld der Arbeitnehmer bereits überschritten ist und weitere einseitige Belastungen nicht mehr widerspruchslos hingenommen werden. Deshalb fordern wir alle verantwortlichen Kräfte auf, die von uns gestellten Forderungen zu verwirklichen."

DGB UND VERFASSUNGSSCHUTZ ARBEITEN ZUSAMMEN

FRANKFURT 25.Juli *Aus einem Bericht der ,Frankfurter Rundschau' vom 25.Juli (,,Arbeiten DGB und Verfassungsschutz zusammen? ") und eigenen Recherchen: Was schon lange Vermutung war, wurde jetzt zur Gewissheit: offizielle Stellen der Gewerkschaft haben offiziellen Kontakt zu Stellen des Verfassungschutzes. Ein Sprecher des Hauptvorstandes der Postgewerkschaft mußte (wenn auch mürrisch) der ,Frankfurter Rundschau' Informationen aus Kreisen des Staatsschutzes bestätigen: demnach gibt es Kontakte zwischen Funktionären des Hauptvorstandes der Postgewerkschaft und dem Landesamt für Verfassungsschutz in Wiesbaden — und darüber hinaus: institutionalisierte Kontakte zwischen dem Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes und dem Bundesamt für Verfassungsschutz oder konkret: die Zusammenarbeit auf höchster Ebene ist soweit geregelt,daß der Informationsfluß über ausgewählte Leute in beiden Insitutionen läuft.*

Das hindert DGB-Boss Heinz Oskar Vetter und GEW-Chef Erich Frister nicht daran, eine Broschüre mit dem Titel ,,Informationen über extremistische Gruppen" (zu beziehen über GEW, Unterlindau 58, 6 Frankfurt) zu unterschreiben, in der auf Seite 13 steht: ,,...In den DGB-Gewerkschaften wird keine Gesinnungsschnüffelei betrieben und es gibt keine Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz. Infolgedessen werden nur solche Gewerkschaftsmitglieder von den Unvereinbarkeitsbeschlüssen getroffen, deren extremistische Tätigkeit öffentlich und offenkundig geworden ist..."

Grundlage des Offenbarungseides bildete ein Gespräch am 3.Mai 1977 an dem teilnahmen: ein ,Genosse' Kraemer, Abteilungsleiter des Landesamtes für Verfassungsschutz Wiesbaden, der Multifunktionär Hans Busch vom Referat 17 der Oberpostdirektion und ein Beauftragter des Hauptvorstandes der Postgewerkschaft.

Die Gründe für dieses Gespräch hören sich läppisch an: Einmal hatten einige Mitgliede des Hauptvorstandes der Postgewerkschaft auf einer Klausurtagung im März Schwierigkeiten damit, warum Mitglieder der DKP nicht unter die Unvereinbarkeitsbeschlüsse fallen und stellten von daher Fragen und zudem gab es eine Anfrage bei der ehrenamtlichen Stelle der ,Kontroll und Beschwerdekommission' (ist Beschwerdestelle, überwacht den Hauptvorstand, ist letzte Instanz bei Ausschlüssen etc.), wie das ,Sozialistische Büro Offenbach' politisch einzuschätzen sei. Für beide Fragen konnte der DGB-Vorstand ,,kein brauchbares Material" liefern.

Abhilfe schaffen konnte da ein Mann namens Hans Busch: ehrenamtliches Mitglied im Hauptvorstand der Postgewerkschaft, seit kurzem auch Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes des Bezirks Hessen, bei der Oberpostdirektion zuständig für ,,VS-Angelegenheiten" (Verschlußsachen) und für ,,zivile Verteidigung im Postwesen". Doch (laut Rundschau) nicht in all diesen Funktionen, sondern als SPD-Kassierer und damit Mitglied im Frankfurter Unterbezirk bot er seine Beziehung zum ,,Genossen Krämer" beim Verfassungsschutz an und vereinbarte ein Gespräch für einen Beauftragten des Hauptvorstandes der Postgewerkschaft.

Zu dem Gespräch schreibt die ,Frankfurter Rundschau':

,,Bei dem Gespräch, das am 3.Mai stattfand und an dem auch Hans Busch teilnahm, erfuhren die Gewerkschafter zunächst nicht mehr als das, was sie auch einfacher hätten erfahren können: Das ,Sozialistische Büro' sei etwa zwischen SPD und DKP einzuordnen, sei keine Partei, distanziere sich von jeder Art von Gewalt, verfüge über Hessen hinaus über keine Infrastruktur (was nicht stimmt — Red.), kurzum: es könne nicht als verfassungsfeindlich eingeordnet werden, auch wenn seine Mitglieder schwerpunktmäßig für die Veränderung der in der Bundesrepublik geltenden Wirtschaftsordnung eintreten. Was die DKP angeht, konnte der Verfassungsschützer mit ,,beweisbaren verfassungsfeindlichen Aktivitäten" nicht dienen."

,,Genosse" Krämer teilte seinen Gesprächspartnern mit, daß Informationen über die ,Deutsche Kommunistische Partei' weitergegeben würden an das Bundesamt für Verfassungsschutz Dort rief er dann den zuständigen Herrn Degenhardt an, doch dieser zeigte sich halsstarrig: er verwies auf die Herren Klaas und Dr.Otto als jene Herren beim DGB-Vorstand, die allein seine Gesprächspartner seien, an die sich die Einzelgewerkschaften gegebenenfalls wenden sollten.

Weiter im ,Rundschau-Text':

,,Weil der Mann vom hessischen Verfassungsschutz seinen Parteifreund von der Post-Gewerkschaft und dessen Kollegen vom Gewerkschaftsvorstand wohl nicht ergebnislos von dannen ziehen lassen wollte, versprach er ihnen, zumindest die beim Landesamt verfügbaren DKP-Materialien zur Schulung von Gewerkschaftsfunktionären zuzuschicken — womit er eigentlich nichts anderes tat, als ihnen ein paar Mark und den Weg in die nächste linke Buchhandlung zu ersparen, wo entsprechende Bücher jedermann öffentlich erwerben kann.

Damit wäre dann eigentlich der gewerkschaftliche Rechercheauftrag erfüllt gewesen, wenn da nicht —,,auf Veranlassung des Vertreters des Landesamtes für Verfassungsschutz" wie ein DPG-Sprecher gegenüber der Frankfurter Rundschau betonte — beiläufig auch noch die Sprache auf einzelne Gewerkschaftsmitglieder gekommen wäre, ,,mit denen das Landesamt sich offenbar beschäftigt": Sonja Tesch und Norbert Win kler beispielsweise.

Sonja Tesch ist Angestellte beim Fernmeldeamt 3 in Frankfurt, engagierte Gewerkschafterin; Norbert Win_kler, Vorsit_zender der Ortsverwaltung Frankfurt, Ingenieur beim Fernmeldeamt 1.

Für Sonja Tesch interessierte sich der Verfassungsschutz wegen einer Reise nach Kuba. Diese Reise sollte von der Vereinigung der Verfolgten (VVN) des Nazi-Regimes organisiert gewesen sein, die (laut Rundschau) ,,offiziell als Hilfsorganisation der DKP eingestuft wird". Sonja Tesch war in Kuba, wie sie erzählt (und es hat ihr gut gefallen), aber nicht mit der VNN sondern mit ,,Arbeit und Leben" Nordrhein-Westfalen, einer Arbeitsgemeinschaft zwischen ,Deutschen Gewerkschaftsbund' und ,Volkshochschule', die öffentliche Zuschüsse erhält.

Für Norbert Win_kler interessierte sich der Verfassungsschutz angeblich wegen einer Druckerei in einer Privatwohnung, die Flugblätter für politisch extreme Gruppen hergeste[llt] haben soll. Norbert Win_kler hatte privat eine Vervielfältigungsmaschine aufgestellt, aber nicht zur politischen Agitation wie er sagt (zur Rundschau) sondern für die Amtsgruppe der Gewerkschaft bei der Post.

Der Bericht in der ,Frankfurter Rundschau' löste innerhalb der Post-Gewerkschaftsbasis Unsicherheit aus. Dazu schrieben vier Gewerkschafter einen Brief an die ,Beschwerde- und Kontrollkommission':

,,Liebe Kolleginnen und Kollegen
betroffen mußten wir heute aus der ,Frankfurter Raundschau' entnehmen, daß es hier in der BRD schon möglich ist, Personen nur wegen aktiver gewerkschaftlicher Tätigkeit durch Staatsschutzorgane zu observieren. Beschämend für jeden Gewerkschafter kommt hinzu, daß sich auch aus unserer Organisation Kollegen für diese Mißachtung von verfassungsmäßigen Rechten hergeben.

Die Aufgabe der Gewerkschaft ist es doch, die Grundrechte zu sichern, auszubauen und zu verteidigen (Satzung der DPG § 4) und für weitere Demokratisierung einzutreten (Satzung § 3). Wenn aber oben genanntes Verfahren in unserer Organisation Schule machen sollte, ist ein Klima von Disziplinierung und Verängstigung in unserer Organisation die Folge. Die

freie Meinungsäußerung (Satzung § 9 1a) wird einer innergewerkschaftlichen Duckmäuserei weichen–der Verfassungsschutz könnte ja nicht weit sein.

Um diesem allem vorzubeugen, d.h. für die Zukunft unmöglich zu machen, daß es „weder üblich noch außergewöhnlich ist" wenn aktive Kolleginnen und Kollegen bespitzelt werden und selbst unsere eigene Gewerkschaft nicht willens oder in der Lage ist, diesem Treiben Einhalt zu gebieten, bitten wir euch zu klären, ob:

1. solches Vorgehen auf einen Hauptvorstandsbeschluß beruht,
2. wenn ja, ob dieser mit unserer Satzung zu vereinbaren ist
3. wenn ja, zu prüfen ist, welche Möglichkeit im DGB es gibt, auf die Deutsche Postgewerkschaft in dieser Frage einzuwirken.

Auf dem Bezirkstag der Deutschen Post Gewerkschaft Hessen gelangte nämlich auch die in der ‚Frankfurter Rundschau' angesprochene Lektüre von Heinz Oskar Vetter zur Verteilung – in der seitens des DGB-Vorsitzenden behauptet wird, daß die Gewerkschaft diese Kontakte nicht unterhielt und auch nicht zu unterhalten wünsche."



SCHON WIEDER KÜNDIGUNG BEIM JUGENDSOZIALWERK

FRANKFURT, 14. Juli *Nach den zuletzt Anfang des Jahres bekannt gewordenen Konflikten (ID 167) innerhalb des Internationalen Bundes für Sozialarbeit/Jugendsozialwerk e. V. (kurz: IB) reicht es einigen Mitarbeitern , die über neuerliche Konflikte ihre Mitarbeiter direkt informieren:*

Liebe(r) Kollege/in!

Nachdem in diesem Jahr bereits 11 Kündigungen innerhalb des IB in Hessen ausgesprochen worden sind, erfuhren wir nun von zwei weiteren Kündigungen. Wie wir u.a. schon bei Betriebsversammlungen festgestellt haben, trat der Betriebsrat Hessen Kündigungen nicht entschieden entgegen. Im Gegenteil, er informiert die Mitarbeiter noch nicht einmal genügend über die Praktiken unseres Arbeitgebers.

Wir halten es jedoch für unbedingt notwendig, alle Kollegen über diese neuerlichen Kündigungen zu informieren. Obgleich die beiden Gekündigten (in Gettenbach und in Rüsselsheim) nicht unserer ÖTV–Betriebsgruppe angehören, sind wir dennoch genauso betroffen, da die Vorgehensweise von Arbeitgeberseite zu einer ständigen Bedrohung für alle Kollegen geworden ist.

Kündigung und Disziplinierungen in Rüsselsheim

Auf den letzten beiden Betriebsversammlungen in Rüsselsheim und in Gettenbach haben Rüsselsheimer Kollegen über die Misstände in den Opel–Wohnheimen berichtet. Dies war seit längerer Zeit das erste Mal, daß etwas über die unhaltbaren Arbeitsbedingungen und die dortige Lohnpolitik erfahren wurde. Alle Kollegen, die auf den Versammlungen aufgetreten sind, wurden in den folgenden Tagen zum Arbeitgeber zitiert; einer wurde unter Androhung einer Kündigung der unbefristete Arbeitsvertrag in einen befristeten umgewandelt. Nun wurde am 1. Juli den Kollegen fristlos gekündigt. Es ist nicht bekannt, ob der Betriebsrat dieser Kündigung schriftlich widersprochen hat. Der Haupt–Kündigungsgrund ist neben fadenscheinigen Dienstverfehlungen, daß er den IB um zwei Stunden Arbeitszeit betrogen haben soll – Tatsache ist, daß er sich zwei Stunden vor Dienstschluß wegen Krankheit ordnungsgemäß abgemeldet hat. Wir meinen, daß ein solcher Kündigungsgrund vorgeschoben sein muß. Richtig ist vielmehr, daß auf Betriebsversammlungen und im Betrieb dieser Kollege konsequent gegen die dortigen Misstände aufgetreten ist und nun sang– und klanglos rausgeworfen werden soll.

Kündigung in Gettenbach

Die Erzieherin G. ist zum 1.August fristgemäß gekündigt worden. Der Betriebsrat hat der Kündigung widersprochen. Als Kündigungsgrund wurde "Unverantwortliches Verhalten gegenüber den zu betreuenden Jugendlichen" angeführt führt. Frau G. soll 1/2 Stunden zu spät gekommen sein; Jugendliche, die sie zu betreuen hatte, soll sie für kurze Zeit alleine gelassen haben (dabei wurde ein Radiogerät zu Boden geworfen) und nach einem Ausflug soll sie ein zu betreuendes Kind 50 m (!!) vor dem Haus verloren haben. Wem von uns ist so etwas noch nicht passiert!?

Hinter dieser Kündigung der Kollegin steckt ganz einfach und schlicht die geplante Dezimierung der Mitarbeiterschaft in Gettenbach – Defizite sollen mit Entlassungen ausgeglichen werden.

– Der Betriebsrat soll den Kündigungen entschieden widersprechen, die Mitarbeiterschaft sofort und in Zukunft unverzüglich informieren und gegebenenfalls den Arbeitgeber mit entsprechenden Maßnahmen zwingen, die Kündigung zurückzunehmen.

– Die Hauptgeschäftsführung wird aufgefordert, die Kündigungen zurückzunehmen und über die geplanten Maßnahmen in Gettenbach zu informieren.

– Die Resolution der Rüsselsheimer Kollegen – Mindestlohngruppe 3.8. und keine Disziplinierung von Kollegen bei gewerkschaftlicher und politischer Betätigung –, die auf der letzten Betriebsversammlung in Gettenbach mit überwältigender Mehrheit beschlossen wurde, soll endlich in die Tat umgesetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen, ÖTV–Betriebsgruppe Frankfurt

STARKES STÜCK IN NÜRNBERG: THEATERSTÜCK VERBOTEN

NÜRNBERG 19. Juli *In Nürnberg versuchte eine Gruppe von Schauspielern das Sommerprogramm der Stadt Nürnberg durch ein Stück gegen die Berufsverbote zu bereichern. Der zuständige Kulturreferent war gegen das Stück und erlegte den Schauspielern ein Berufsverbot auf. Die ‚Initiativgruppe fortschrittlicher Kulturschaffender' (IfK), die nicht identisch ist mit der Produktionsgruppe, schildert den Fall im Info der Nürnberger Russell-Initiative. Wir veröffentlichen Auszüge:*

Zu den Städtischen Bühnen gehört ein Theaterwagen, der in den Sommermonaten auf öffentlichen Plätzen und vor Schulen spielt und dessen Sinn es einmal sein sollte, Publikum anzusprechen, das gewöhnlich nicht ins Theater geht; vornehmlich mit Themen aus dem unmittelbaren Erfahrungsbereich der Zuschauer und in Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Ereignissen. Diesen Aufgabenbereich des Theaterwagens im Blick, hat eine kleine Gruppe von Schauspielern und anderen Interessierten ein Straßentheaterstück gegen Berufsverbote geschrieben: „Hansel Harlekin oder die Würde des Menschen ist unantastbar". Als die Gruppe den Text als Grundlage für den Beginn praktischer Probenarbeit betrachtete, legte sie das Stück der kommissarischen Theaterleitung (Dreierdirektorium) vor, die verantwortlich für alle Produktionen des Theaters ist. Die

drei Leitungsmitglieder gelangten zu keinem einstimmigen Urteil darüber, ob das Stück an den Städtischen Bühnen herausgebracht werden soll oder nicht, und deshalb fiel die Entscheidung entsprechend einer vereinbarten Dienstordnung an Dr. Glaser, den Kulturreferenten. Dr. Glaser entschied:„ ... die Produktion ‚Hansel Harlekin' ist nicht als Produktion der Städt. Bühnen/Schauspiel/Theaterwagen herauszubringen."

Nun hat Dr. Glaser nicht einfach so ein Verbot ausgesprochen, sondern in guter demokratischer Gepflogenheit das Verbot auf immerhin acht Seiten begründet und offen und transparent gemacht.

In dem Absatz zum „künstlerischen Aspekt" — dem auffallend kürzesten — behauptet Dr. Glaser schlicht, das Stück sei zu schlecht, um aufgeführt zu werden. Eine sorgfältige inhaltlich begründete Kritik findet nicht statt. Im weiteren wird auch schnell deutlich, daß die ästhetischen Bedenken nur vorgeschoben sind, damit die politische Katze, die Glaser dann aus dem Sack läßt, nicht gar so räudig aussieht. Nachdem Dr. Glaser, andeutungsweise zwar, aber immerhin, den Demokraten und Linken wegen ihres „rhetorischen Psychoterrors" die Schuld für die Faschisierung in der BRD in die Schuhe geschoben hat, — wahrhaftig eine Leistung in Geschichtsklitterung —, kommt er zur Sache. Es gibt da Kräfte, orakelt er, „die nicht wirklich an Meinungsfreiheit interessiert, sondern lediglich um die Durchsetzung einer diesem Staate gegenüber negativ eingestellten Politik bemüht sind." Kurzerhand stellt Dr. Glaser also die Gruppe in die bekannte staatsfeindliche Ecke. Und nachdem er derart die Ehrlichkeit der Gruppe fragwürdig gemacht hat, gibt er ihr gleich danach einen guten Ratschlag, wie sie ihre moralische Integrität wiederherstellen kann: nämlich, sich von Kommunisten distanzieren (!) und ordentlich die Sowjetunion und die DDR madig machen. Dr. Glaser:„ Man sollte nicht demokratiegefährdende Tendenzen in der BRD anprangern und gleichzeitig einer politischen Richtung sich zugehörig fühlen, die, wenn sie z.B. kommunistisch orientiert ist, die staatskapitalistischen bzw. totalitär-autoritären Systeme der östlichen Hemisphäre und ihre Kulturpolitischen Repressionen bagatellisiert."

...

Eine richtige Bereicherung des Arsenals, „Angst und Duckmäusertum" (Dr. Glaser) zu verbreiten — was Dr. Glaser auch gar nicht schön findet —, ist sicherlich der originelle Vorschlag einer neuen Art von Gesinnungsprüfung: erstmal Verurteilung z.B. der DDR, dann ist auch ein Wörtchen Kritik in Ehren an der BRD erlaubt ...

Schließlich versucht Dr. Glaser im „speziell Nürnberger Aspekt" auch noch(**das** schier unmögliche) zu suggerieren, daß das Verbot des Stückes im Interesse der Schreiber sei. Dazu schürt er die Furcht vor der CSU, für deren zu erwartende Diffamierungskampagne gegen die fortschrittliche Nürnberger Kulturpolitik in den kommenden Kommunalwahlen man keine vordergründigen Anlässe liefern dürfe, weil sonst die Gefahr bestünde, daß die CSU die Wahl gewönne und ihre „repressive Krähwinkelpolitik" durchsetzen könne. Bevor die CSU im Nürnberger Kulturgarten wüten kann, rodet Dr. Glaser ihn lieber gleich selber - das heißt, Beelzebub mit dem Teufel austreiben! ...

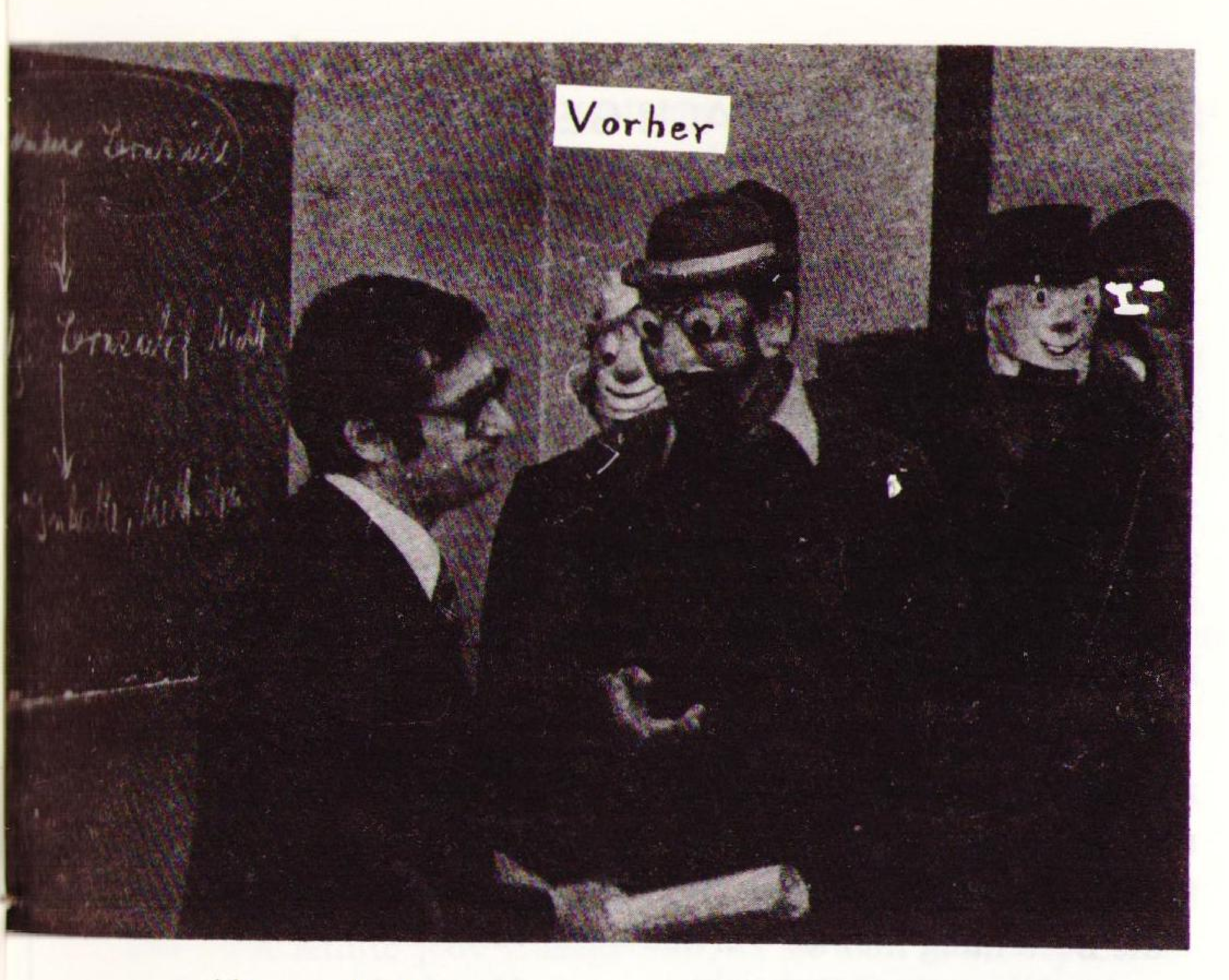
Die Gruppe fordert jedoch eine Aufhebung des Spielverbots am Theater:„Unsere Forderung bleibt aber, das Stück genau da aufzuführen, wo unsere demokratischen Rechte am meisten gefährdet sind und eingeschränkt werden, am Stadttheater, als einer städtischen oder vom Staat unterstützten Institution." Obwohl die Gruppe , vor allem wegen der Verzögerungstaktik der Entscheidung, selber nicht mehr in der Lage ist, das Stück aufzuführen, will sie auf jeden Fall versuchen, es mit Unterstützung interessierter fortschrittlicher Menschen herauszubringen." ...

SELTSAMES UND UNGEHEUERLICHES VON POKALSIEGER HOFF

Hamburg 25. Juli *Der Hamburger „Referendar-Zeitung" Nr. 12/77 haben wir diesen launigen Bericht entnommen:*

„Der Gewinner des diesjährigen Wanderpokals für Seminarleiter, Herr Hoff, macht wieder von sich reden. Halten wir die Vorgänge um den „Schweinspokal" noch einmal chronologisch fest:
Nachdem Hoff im April von 11 anonym gebliebenen „Terroristen" (Originalton Schulbehörde) ein frischer Schweinekopf (mit Fleisch) überreicht worden war, erschien eine Woche später Herr Oberdödel Lüdemann (Oberster Dienstherr aus dem Amt für Schule) im Hoff-Seminar und warf den anwesenden Kolleginnen und Kollegen vor, sich durch die an den Tag gelegte Passivität der „kriminellen Mittäterschaft" schuldig gemacht zu haben. Ferner kündigte er an, eine Anzeige gegen „Unbekannt" wegen Beleidigung, Nötigung, Freiheitsberaubung (!) und Hausfriedensbruch zu stellen.
Für die Mai-Nummer 7/77 der „Hamburger Lehrerzeitung"(HLZ) (GEW-Organ) verfassten Kollegen der Betriebsgruppe Hoff-Seminar einen kurzen Artikel, der die Vorgänge im Seminar schilderte. Illustriert werden sollte dieser Artikel mit einem gelungenen Schnappschuß, den ein eifriger Hobbyfotograf von dem seltenen Ereignis einer Pokalverleihung „schießen" konnte. Durch bislang ungeklärte Vorgänge gelangte jedoch vor der Herausgabe dieser Nummer der HLZ ein Vorabdruck der Seite 24 aus den Händen der GEW an die Schulbehörde!!! Die Reaktion der Schulbehörde kam prompt: eine „einstweilige Verfügung" wurde erlassen, welche untersagte, das Foto, welches Hoff bei der Preisverleihung zeigte, in der HLZ zu veröffentlichen. So kam es schließlich dazu, daß in der HLZ lediglich ein (halbes) Foto erschien, dessen linke Hälfte eingeschwärzt worden war - just an der Stelle, wo eigentlich Hoffs ob des wunderschönen Pokals verhärmtes Seminarleitergesicht prangen sollte.

Damit gibt sich aber - wir wissen es alle - ein eifriger, der Behörde und den Paragraphen treu ergebener HS-Leiter nicht zufrieden. So auch Hoff. Mit Adleraugen vermeinte er, sich trotz der Einschwärzung noch immer auf dem Foto zu erkennen , und - verklagte den Schriftleiter der HLZ, U. Hergeröder, auf ca. 10.000 DM Schadenersatz! Wer meint, daß nun aber das Maß voll sei, der irrt. Denn:
Anfang Juli erhielt der Vertrauensmann der GEW-Betriebsgruppe des Hoff-Seminars eine polizeiliche (nicht richterliche) Vorladung, der dieser Kollege auch - obwohl es vom rein rechtlichen Standpunkt aus absolut unnötig gewesen wäre - Folge leistete. Der vernehmende Bulle eröffnete ihm, man habe seinen Namen unter dem Artikel in der GEW-Zeitung gefunden (eine ebenfalls bislang ungeklärte Sache; der Name hat offensichtlich nur auf der Druckfahne gestanden, fand sich dann aber in der später veröffentlichten Zeitung nicht mehr wieder). Das lasse doch darauf schließen, daß er Informationen über die „Hintermänner" des Schweinkopfanschlages auf Hoff habe. Ob er nicht einige Namen nennen könne; z.B. aus dem Referendarvorstand? Wie er denn überhaupt selbst zu dieser Sache stehe, ob er das in der HLZ veröffentlichte Bild schon vorher gesehen habe und wo; was denn der letzte Satz unter der Bildunterschrift zu bedeuten habe, was er denn dazu sage?
Der vorgeladene Kollege begnügte sich mit dürren Auskünften



Nachher

Photo oben: Von einem unbekannten Spender

Aktion Schweinskopf



Photo links: Entnommen aus der Referendar-Zeitung

Am 5. April wurde von 11 Kollegen dem Hauptseminarleiter Hoff ein Schweinskopf überreicht. Dieses Happening sollte auf die verschärfte Auslese am Studienseminar aufmerksam machen. 11 Kollegen waren im letzten Hoff-Seminar durch das 2. Examen gefallen OSR Lüdemann bezeichnete das Vorgehen als einen »tätlichen Angriff«. Der politische Stellenwert dieser spektakulären Aktion bleibt sicherlich umstritten. Zu fragen ist aber auch: Was muß im letzten Seminar vorgefallen sein, so daß Kollegen auf diese Weise gegen ihre Behandlung protestieren?

auf [illegible] Frage des Bullen und empfahl diesem stattdessen, doch einmal selbst ins Hoff-Seminar zu kommen und vor der Seminaröffentlichkeit seine Schnüffeltätigkeit weiterzutreiben.... Ob er das wohl tut?

Festzuhalten bleibt die ungeheuerliche Tatsache, daß hiermit die gewerkschaftliche Arbeit am Studienseminar ins kriminelle Dunkel gezogen werden soll, daß gewerkschaftliche Funktionsträger allein auf Grundlage völlig harmloser Artikel der Gewerkschaftszeitung bereits als „Verdächtige" ins Polizeipräsidium zitiert werden. Festzuhalten bleibt weiterhin, daß offenbar ein sehr intimer Zusammenhang zwischen Hauptseminarleitern (in diesem Falle Hoff), dem Amt für Schule und der politischen Polizei besteht. Zu fragen ist, wie ein Artikel von der Redaktion der GEW-Zeitung in die Schulbehörde gelangen konnte. Anscheinend ist einigen Figuren in unserer Gewerkschaft an einer Kooperation mit der Behörde mehr gelegen als an einer konsequenten gewerkschaftlichen Arbeit mit und für die Referendare!

P.S.: Der ganze Wirbel um den Schweinekopf zeigt, daß das Beschreiten neuer Wege bei der Anprangerung von Übeln durchaus ein erfolgreiches Echo haben kann. Weiter so - laßt 1000 Blumen blühen!

Noch ein P.S.: Hoff weigert sich beharrlich, die von allen Seminarteilnehmern geforderte „pädagogische Woche" durchzuführen - weil er sich „zur Zeit dazu nicht in der Lage" sehe. - Ist das die Rache des kleinen Mannes?

NACHTRAG

„Am 12. Juli erhielt auch der presserechtlich Verantwortliche der Referendar-Zeitung ein Schreiben der Anwälte des Seminarleiters Hoff, indem er aufgefordert wird, künftig das Foto, auf dem Hoff bei der Verleihung des „Wanderpokals Der Große Schweinekopf" abgebildet ist, nicht mehr zu veröffentlichen und außerdem als Ausgleich für die schon entstandene „Persönlichkeitsverletzung" 5.000 DM 'Schmerzensgeld' zu zahlen."

Nachdem nun die Hamburger Lehrer-Zeitung und die Referendar-Zeitung die Hoff zugefügten Schmerzen mit der stattlichen Summe von insgesamt 15.000 Mark lindern sollen, erwarten wir mit Spannung die Tarife für den ID und alle anderen Blätter, die das obenstehende getreulich nachdrucken. Anbei das verunglimpfende Photo: links im Dunkel der deutlich erkennbare Seminarleiter.

ZUR ERSCHIESSUNG VON GUSTAV SCHLICHTING

BOCHUM, 22 Juli

In Bochum ist am 2. Juli Gustav Schlichting von Polizeiobermeister Haarmann erschossen worden. Die Evangelische Studentengemeinde hat dazu einen Aufruf verfasst:

Am Samstag, den 2. Juli 1977 um 17.50 Uhr starb Gustav Schlichting: Am späten Samstagnachmittag waren in der Wohnung der Mutter von Gustav Schlichting aufgrund eines Anrufs zwei Polizeibamte erschienen. (Es ist nicht bekannt, wer die Polizei benachrichtigt hat.) In der Wohnung spielte sich eine private Auseinandersetzung ab. Gustav Schlichting wies die Beamten darauf hin und forderte sie auf, das Haus zu verlassen. Die Beamten leisteten dieser Aufforderung jedoch keine Folge. In dem darauf folgenden Handgemenge zwischen den Beamten und Gustav Schlichting soll laut Schilderung der Ehefrau von G.Schlichting ein Polizeibeamter mehrfach mit einem Gummiknüppel auf den Kopf des Mannes eingeschlagen haben. G.Schlichting hatte 14 Tage zuvor bei einem Unfall eine schwere Gehirnerschütterung erlitten und war wegen Lähmungserscheinungen an Arm und Nacken in ärztlicher Behandlung. G.Schlichting folgte den Polizeibeamten, als sie sich zum Streifenwagen zurückzogen, um Verstärkung zu holen. Während der leitende Oberstaatsanwalt Kobelt (Bochum) mitteilte, Gustav Schlichting habe in dieser Situation ein Küchenmesser in der Hand gehabt, sagen die vier Zeugen übereinstimmend aus, von einem Messer sei nichts zu sehen gewesen, Polizeiobermeister Haarmann jedoch fühlte sich bedroht: er zog die Pistole und schoß G.Schlichting nieder. Hatte Staatsanwalt Kobelt noch am 4.7.77 gesagt, daß eine NOTWEHRSITUATION vorgelegen habe, so läßt er inzwischen nur noch verlauten, die Ermittlungen dauerten an, er wolle "keine Zeugen beeinflußen".

Was ist von diesen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zu halten, die zuerst eine Notwehrsituation konstruiert, ob-

in/bis 4 Wochen: —Aussetzung der Strafhaft
—Zusammenlegung mit den inhaftierten Mitgliedern des Gefangenenrats.

Meine Rechtsanwälte sind sofort zu informieren. Die Zusagen sind schriftlich abzugeben.

Baumann und Anhang kalkulierten mit Bullen und Feuerwehr den Absturz von 3 DURCHBLICK-Mitarbeitern ein. Ganz sicher muß ich auch damit rechnen. Nur, allein fall ich bestimmtnicht runter, das verhindern schon die 380 Volt Drähte. Für den Fall der Fälle kann ich mich auch noch als Dachabdecker (meinen Neigungen und Fähigkeiten entsprechend – siehe Strafvollzugsgesetz) betätigen.

Herbert Henrich — nach 25 Monaten Totalisolation
nach 25 Monaten Folter

Freiheit und Glück — Zorn und Aufbruch ".

Die JVA lehnte jede Zusage ab, da sie sich nicht erpressen ließe, versprach aber Herbert nicht mit Gewalt vom Dach zu holen. Nachdem Herbert am Nachmittag mit seinem Kasseler Anwalt und auch mit Peter Andrehs reden konnte und die Knastleitung versprach, in einem Gespräch mit ihm und seinen Verteidigern über die gestellten Forderungen zu reden verließ Herbert gegen 20 Uhr das Dach wieder.

Zu sagen wäre noch, daß wenn Herbert länger auf dem Dach geblieben wäre, eine Sportveranstaltung der Gefangenen am Wochenende ausgefallen wäre. Wie wichtig die Erfüllung der Forderungen für Herbert ist, beweist, daß er sich während der Aktion beim Balanceakt über den 20 Meter hohen Dachgiebel hin zum mit einem Eisengeländer umgebenen Kamin in Lebensgefahr begab.

Kontakt: Schwarze Hilfe, c/o Rolf Löchel, Postfach 1668, 3550 Marburg

AM BEISPIEL DES GEFANGENEN MICHAEL SAGER

NÜRNBERG, 25. Juli — *Flugblatt der Gefangenengruppe Nürnberg zu Michael Sager. Das Nachwort des Flugblattes ("Wer kommt wie ins Zuchthaus")stellen wir vor.*

WER KOMMT WIE INS ZUCHTHAUS?

Michael ist 2o Jahre alt. Davon verbrachte er 1/4 seines Lebens in bayerischen Zuchthäusern. Auf das faschistische Geschwätz von "krimineller Neigung" (Richter Moezer) braucht man wegen seiner offensichtlichen Ignoranz, wer straffällig wird und warum, ohnehin nicht einzugehen. Es gibt keine kriminelle Veranlagung! Anders ist es mit dem braven und biederen Vorurteil, das 'normale ' Bürger gegenüber straffällig Gewordenen haben – und dem besserwisserischen Gefasel der "linken Saubermänner" ("Hat er sich das denn nicht vorher überlegt? ! Das hat der Sager jetzt davon!") Die Arroganz solcher Vorurteile ist die Arroganz derer, die sich in Sicherheit wiegen, nie in Not waren, oder wenn, dann die Not vergessen haben, nie gepfändet wurden;die, wenn sie Diebe und Räuber suchen, auf die unteren Klassen schauen und nicht auf die oberen . 80% aller Zuchthausinsassen sind Arbeiter, Arbeitslose, Leute aus Heimen, Asylen, Gefängnissen, die ewig Rechtslosen. Michael ist einer davon. Und er wehrt sich! – Justiz ist immer Klassenjustiz!

...............UND IMMER MIT EINEM BEIN IM ZUCHTHAUS

Am 26.1.77 wurden MICHAEL SAGER, R.E. und E.H. verhaftet – wegen gemeinschaftlichem Autodiebstahl und Waffenbesitz (zum Vergleich: der Neofaschist Hoffmann aus Nürnberg wurde trotz umfangreicher Waffenlager noch nie ernsthaft belangt). Das letzte halbe Jahr saß Michael Sager in Untersuchungshaft, davon 5 Monate in Isolation (ohne Besuch, ohne Bücher).Am 15.5. 76 war Michael Sager nach Verbüßung einer 3 1/2 jährigen Strafe aus der JVA – Ebrach "auf Bewährung" entlassen worden. Er hatte noch eine Reststrafe von 1 1/2 Jahren; die wurde ihm auf 3 Jahre ausgesetzt. Die 5 Jahre hatte er unter anderem wegen angeblicher "fahrlässiger Tötung" bekommen.

Auf der Autobahn Würzburg – Nürnberg passierte am 20. 2. 72 ein schwerer Unfall. Michael Sager und sein Freund Soldan G. waren aus dem Gefängnis ausgebrochen und fuhren mit einem gestohlenen Ford 17 M an eine Leitplanke. Zwei weitere PKW's rasten mit einer für die schlechten Witterungsverhältnisse viel zu hohen Geschwindigkeit in den Wagen. Bei dem Unfall kamen Michael Sager's Freund Soldan und eine Frau ums Leben. Michael erlitt schwerste Verletzungen:am Kopf eine Platzwunde;am Hals eine lange, tiefe Schnittwunde. Nach seiner Einlieferung in die Universitätsklinik Erlangen wurde er, obwohl er sich beim Aufwachen aus der Bewußtlosigkeit an den Unfall nicht mehr erinnern konnte, sofort von der Polizei vernommen. Die Frage eines Polizisten, ob er den Wagen schon einmal gesteuert hätte, beantwortete er mit "ja". Das wurde als Geständnis ausgelegt, Michael habe zum Zeitpunkt des Unfalls den Wagen gesteuert. Dagegen erinnerte sich Michael jedoch daran, kurz vorher getankt zu haben und dabei vom Fahrer-auf den Beifahrersitz übergewechselt zu haben – Gutachten hätten ergeben,daß die Blutspuren auf dem Beifahrersitz von Michael Sager stammten, wurden jedoch nicht gemacht usw. Michael Sager wurde verurteilt!! Das, obwohl er den Wagen nicht gefahren hatte, und durch den Tod seines besten Freundes genug gequält war.

Das Zivilverfahren, in dem Michael in 1.Instanz zu 300 000 DM Schadensersatz verurteilt wurde (ohne Rechtsanwalt, denn "Armenrecht" war ihm verweigert worden) wird nun wieder aufgenommen, da offensichtlich erhebliche Zweifel an Michaels Schuld selbst bei Richtern und Staatsanwälten aufgetaucht sind. Die Wiederaufnahme des Strafverfahrens dagegen wurde bisher abgelehnt. Anfang dieses Jahres erhielt Michael die Aufforderung der Versicherung, einen "Teil seiner Schulden" zu bezahlen, mit der Droh ung, daß notfalls sein Arbeitsverdienst gepfändet würde.

BALD DARAUF WURDE ER VERHAFTET UND JETZT ZU WEITEREN 2 1/2 JAHREN GEFÄNGNIS VERURTEILT. Michael soll diese Strafe absitzen, die sich zusammensetzt aus 1 Jahr sowie aus jenen 1 1/2 Jahren Bewährungswiderruf.

Wir verlangen zur Wiederaufnahme des Zivilverfahrens die Wiederaufnahme des Strafverfahrens wegen des damaligen Unfalls.

Kontakt: Karl–Heinz Kuhn, 85 Nürnberg, Humboldstr. 88

BITTSCHRIFT UM BESSERES ESSEN IM KNAST

Straubing 25. Juli — *Aus einem Brief der Roten Hilfe München an die Angehörigen der Gefangenen der JVA Straubing:*

Mittlerweile haben etwa 100 Gefangene der Justizvollzugsanstalt Straubing beim Petitionsausschuß des Bayrischen Landtags Schreiben eingereicht, in welchen sie das Justizministerium um die Erhöhung des Tagesverpflegungssatzes bitten. Aus der Petition geht hervor, daß sich die Zubereitung, die Qualität und der Geschmack der Anstaltskost in letzter Zeit

wohl – wie der Staatsanwaltschaft bekannt gewesen sein dürfte – vier Zeugen aussagen, daß keine Notwehrsituation vorgelegen habe ?

Wir fragen: Wie kam das Messer, mit dem Gustav Schlichting die Beamten angeblich bedrohte, in die Hände der Polizei ? Nach Auskunft der Mutter lag es noch eine Stunde nach der Erschießung Gustav Schlichtings am gewohnten Platz, auf dem Küchentisch ihrer Wohnung.

Wir fragen: Wie kann Gustav Schlichting den Polizeiobermeister Haarmann mit 'Schlägen, Tritten und einem Besenstil" traktiert haben, wenn er 14 Tage zuvor einen Unfall erlitten hatte, dessen Folge u.a. eine erhebliche Beeinträchtigung der Bewegungsfähigkeit von Kopf und Arm war ?

Die Stellungnahmen des Oberstaatsanwaltes Kobelt zeigen, daß er eine Untersuchung, die Licht in diesen Vorfall bringt, nicht gewährleistet. Aus den Erfahrungen der Bochumer Polizeiübergriffe in den Vorjahren ist zu befürchten, daß Staatsanwaltschaft und Polizei den Vorfall so untersuchen wollen, daß er bald zu den Akten gelegt werden kann. Daher ist zur objektiven Untersuchung der Erschießung von Gustav Schlichting eine unabhängige Untersuchungskommission unbedingt erforderlich, die die Öffentlichkeit laufend über ihre Ermittlungen informiert. Wir werden uns dafür einsetzen, daß diese Kommission zustande kommt. Wir fordern außerdem, daß dem leitenden Oberstaatsanwalt Kobelt, der den Fall in aller Öffentlichkeit bereits zugunsten der Polizei im Voraus entschieden hat, die Ermittlungszuständigkeit sofort entzogen wird. Nach Augenzeugenberichten soll der Polizeiobermeister Haarmann "mit gestrecktem Arm, wie auf dem Schießstand" abgedrückt haben. Hinzu kommt, daß vier unbeteiligte Zeugen von einer zweimaligen Aufforderung, Gustav Schlichting solle stehen bleiben, nichts gehört haben.

Das Verhalten des Polizisten Haarmann zeigt: immer häufiger werden Bürger in unserem Land in angeblichen Notwehrsituationen erschossen. Wir halten es für eine außerordentlich bedrohliche Entwicklung, daß diese Praxis des gezielten Todesschußes zukünftig auch noch durch die Verabschiedung eines einheitlichen Polizeigesetzes rechtlich abgesichert werden soll.

Wir fordern die sofortige Dienstsuspendierung von Polizeiobermeister Haarmann!!

Die Ermittlungszuständigkeit muß dem leitenden Oberstaatsanwalt Kobelt entzogen werden!

Inzwischen hat sich am Freitag, den 15. 7.,ein Untersuchungsausschuß gebildet, in dem neben Verwandten und Bekannten des Erschossenen auch Rechtsanwälte und Pfarrer sowie alle Interessierten mitarbeiten. Hier die Ziele des Ausschußes:

- Durchführung eigener Untersuchungen
- Versuch , zu einer schnellen und konsequenten Aufklärung des Falles beizutragen (entgegen der Verzögerungstaktik der Staatsanwaltschaft, die den Schützen Haarmann bis jetzt noch nicht verhören ließ)
- Bekanntmachen des Falles und Aufzeigen, daß es sich um keinen Einzelfall handelt.
- Verstärkung des Protestes gegen den Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz (in dem der Todesschuß legalisiert wird und die Ausrüstung der Polizei mit Handgranaten und Maschinenpistolen vorgesehen ist)!

Arbeitet mit im Untersuchungsausschuß –auch gegen Todesschuß und Aufrüstung der Polizei!

Kontaktadresse: ESG Bochum, Querenburger Höhe 287, 4630 Bochum /Unicenter, Tel: o234/ 70 14 65

DEM KNAST AUFS DACH GESTIEGEN

Schwalmstadt 22.Juli

Bericht der Schwarzen Hilfe Marburg:

Nachdem bereits vor wenigen Wochen die in der JVA Schwalmstadt gefangenen Thomas-Wolfgang Becker und Peter Andrehs mit der Forderung nach Aufhebung der Isolation ihres Mitgefangenen Herbert Henrich in einen Hungerstreik getreten waren, hat Herbert, der zur Zeit eine vierjährige Strafe absitzt und einer der Angeklagten im kommenden Gefangenratsprozeß ist, am Morgen des 22.Juli das 20 Meter hohe Dach der JVA während seiner Freistunde bestiegen.

Er gab dazu folgende Erklärung ab:

"Isolation ist Folter. Vernichtung auf Raten. Mehr drüber zu sagen ist sinnlos. Wers noch nicht gefressen hat, frißts nie. Sie ist aber auch hier nicht ausreichend. Sie wird begleitet von einem Katalog "Ergänzung":

–die Bestellung meines Vertrauensanwaltes zum Pflichtverteidiger verzögert sich;
–das Lineal bestimmte, wie weit Verteidigung zu gehen hat: 30 cm Bücher, 10 cm Akten, oder umgekehrt.Es bleibt sich gleich;
–wie das Verhindern einer normalen Verteidigungsvorbereitung;
–Post "verschwindet" oder wird beschlagnahmt: "Der Kreis der möglichen Täter ist zu groß. Das Verfahren ist einzustellen."(Auf eine Strafanzeige wegen der "verschwundenen" Post);
–Manuskripte werden beschlagnahmt oder "verschwinden" auch: "Eine Veröffentlichung wäre geeignet, Sicherheit und Ordnung in der Anstalt zu stören" oder "die Öffentlichkeit zu erregen", und und...
–Genossen werden vom Besuch ausgeschlossen, weil "sie (die Besucher) die Sicherheit und Ordnung stören", oder: "Da könne ja gleich der Baader kommen".
–jeder persönliche und politische Kontakt soll zerstört werden: Sicherheit und Ordnung wäre gefährdet, wenn ich mehr als 3 Briefe zu 2 Seiten in der Woche bekomme oder schreibe;
–alle Unterdrückungsmethoden, die die Strafhaft erlauben, werden bis zum Letzten ausgenutzt. Reicht die Strafhaft nicht mehr aus, hält die Untersuchungshaft für den Rest her. Weder Rechte als U- oder Strafgefangener. U-Haft und S-Haft ergänzen sich in dem Katalog möglicher Repressionen;
–Milchglas mit Fenstergitter, noch ein Gitter und noch Fliegengitter reichen zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung nicht mehr aus, wenn andere Gefangene ihre Freistunde haben. Das letzte Loch wird mit einem Vorhängeschloß gesichert;
–und alle die vielen Kleinigkeiten, die in der Summe zählen.

Wenns klappt und ich beim Versuch nicht runterfall, dann stör ich heut mal wirklich "Sicherheit" und "Ordnung". Ich werd auf dem Dach braten, hungern und natürlich auch nicht schlafen. Das hat den Vorteil ziemlich schnell zu nem Ergebnis zu führen. Entweder – oder. Vogel friß oder stirb.

Ich fordere:
sofort:
–Aufhebung der Isolationsfolter
–Zusammenlegung mit Peter Andrehs und Thomas Becker
–eine Besuchsgenehmigung für Rolf Löchel
–Aufhebung der Postbeschränkung
–die Möglichkeit, mich von einem Arzt meines Vertrauens behandeln und untersuchen zu lassen.

merklich verschlechtert hat. 1976 lag der Tagesverpflegungssatz in Straubing bei DM 2,90, 1977 liegt er bei DM 3,25. Jede Hausfrau weiß, daß DM 3,25 am Tag, das sind ca. DM 100 im Monat, nicht mehr hinreichen, um eine Person gesund ernähren zu können. War dieser Tagessatz den Verhältnissen vor zehn Jahren vielleicht angemessen, so ist er heute viel zu niedrig angesetzt. Schon ein Kilo Brot kostet heute bereits DM 2,40.

Das Kollektiv Rote Hilfe, das mehrere Insassen der JVA Straubing betreut, ist mit vielen Gefangenen der Auffassung, daß, solange der für das Essen aufgewendete Betrag unter dem für einen deutschen Polizeihund liegt, an die Verwirklichung der Grundsätze des Strafvollzugsgesetzes nicht zu denken ist. Ein weiterer Beleg für den unverhältnismäßig geringen Verpflegungsbetrag ist die Tatsache, daß der Tagesverpflegungssatz bei der Bundeswehr weit mehr, nämlich DM 4,50, beträgt.

Überlegt man sich nun noch, daß einem Gefangenen die volle Arbeitsleistung eines Industriearbeiters abverlangt wird, daß er, wie viele von uns, acht Stunden am Tag arbeiten muß, so ist es zweifelsohne nicht nur unser Recht, sondern unsere menschliche Pflicht, die elementare Forderung nach einer humanen Behandlung, konkret nach der Erhöhung des Essensgeldes, zu unterstützen...

Die Angehörigen werden aufgefordert, die Petition zu unterschreiben.

Kontakt: Kollektiv Rote Hilfe, Nietzschestr. 7b, 8München 40

ROTH/OTTO–PROZESS: VOM VORWURF DES MORDES FREIGESPROCHEN

KÖLN
27. Juli

Zum Urteil im Prozeß gegen Karl-Heinz Roth und Roland Otto schreibt das Unterstützungsbüro (Glasstraße 80, 5000 Köln 30):

Heute (26.7.), nach insgesamt 55 Verhandlungstagen, ist der Prozeß gegen Roland Otto und Karl-Heinz Roth vorläufig zu Ende gegangen. Das Gericht sprach Roland Otto und Karl-Heinz Roth vom Vorwurf des Mordes und der Mordversuche FREI.

Des weiteren verurteilte das Gericht Roland Otto zu einer Gesamtstrafe von 10 Monaten wegen unerlaubten Waffenbesitz und Urkundenfälschung. Diese Strafe ist durch die Untersuchungshaft voll verbüßt. Karl-Heinz Roth wurde zu einer Geldstrafe von 120 Tagessätzen zu je 100,- DM (12.000 DM) wegen unerlaubtem Waffenbesitz verurteilt. Des weiteren stellte das Gericht fest, daß Karl-Heinz Roth eine Entschädigung in noch zu bestimmender Höhe für die zu Unrecht erlittene Untersuchungshaft zustehe. Die Urteilsbegründung, die mündlich vorgetragen wurde, kam zu folgenden Feststellungen:

Das Gericht sah es als erwiesen an, daß Werner Sauber zuerst mit der Schießerei begonnen hätte. Werner Sauber habe unmittelbar nach dem Aussteigen mit dem Schießen begonnen, indem er auf den Polizeibeamten Pauli geschossen und ihn dabei in den Oberarm getroffen habe. Wie die Schießerei sich dann weiter entwickelt hätte, könne nicht mit Sicherheit festgestellt werden. Das Gericht sah es nicht als erwiesen an, daß die Polizeibeamten vor der Schießerei durch ein Codewort, das den Wagen von K.-H. Roth als „Anarchistenfahrzeug" auswies, gewarnt wurden. Weiterhin könne nicht davon ausgegangen werden, daß der Polizeibeamte Hoffmann auf den verteidigungslosen Werner Sauber geschossen habe. Vielmehr habe Werner Sauber die Schüsse, von denen die Verteidigung dargestellt habe, daß er sie im Liegen erhalten habe, in gebückter Haltung abbekommen. Die Aussage des Polizeikronzeugen Grüner sei nicht insgesamt als unglaubwürdig zu bezeichnen. Grüner sei zwar nicht zu folgen, soweit er einen eigenhändigen Mordversuch von Karl-Heinz Roth beschrieben habe, aber Grüner habe als einziger den Beginn der Schießerei beobachtet, und dies könne nicht in Zweifel gezogen werden.

Das Gericht sprach R. Otto und K.-H. Roth deshalb frei, weil ihnen subjektiv eine Mittäterschaft nicht nachzuweisen sei. Das Gericht ging dabei weitgehend von den Erklärungen der Angeklagten aus: Karl-Heinz Roth habe keinen Anlaß gehabt, sich „den Weg freizuschießen", Roland Otto sei kein Terrorist. Die zwei zentralen Indizien der Staatsanwaltschaft, das plötzliche gemeinsame Öffnen der Wagentüren und der eigenhändige Mordversuch von K.-H. Roth am unbekannten Polizeibeamten, sei durch die Beweisaufnahme nicht bestätigt worden. Die anderen Indizien der Staatsanwaltschaft seien nicht geeignet, einen Mordvorsatz zu belegen. Die Entscheidung des Gerichts, die beiden vom Vorwurf des Mordes und Mordversuches freizusprechen, ist einstimmig gefallen.

Der Staatsanwalt teilte noch mit, daß er gegen das Urteil Revision einlegen werde. Nach der schriftlichen Urteilsbegründung werde die Staatsanwaltschaft prüfen, ob sie die Revision begründen wird, und damit eine Entscheidung des 3. Strafsenats beim Bundesgerichtshof herbeiführen wird. Bis zu dieser Entscheidung sind die Urteile nicht rechtskräftig.

Das Unterstützungsbüro wird den zweiten Teil der Dokumentation in ca. 8 Wochen herausgeben. Sie soll enthalten: den Wortlaut des Urteils, eine exemplarische Analyse der Polizeistrategie, eine Zusammenfassung des Plädoyers, einen Bericht über die „Grauen Wölfe", einen Beitrag über Knastmedizin. Weiterhin sind über das Unterstützungsbüro zu beziehen: die Broschüre „Ein ganz gewöhnlicher Mordprozeß? Zum Prozeß gegen K.-H. Roth und Roland Otto und der Erschießung Philipp Werner Saubers", 137 Seiten, 7,- DM), die Platte „Essen, Gruga-Halle 27. Nov. 76, Leben-Kämpfen-Solidarisieren", Doppel-LP mit Text-Heft, 22,- DM), das Videoband „...Als das Erschießen losging", Soni 1/2 Zoll, 45 Minuten, Leihgebühr 50,- DM - als Spende! -).

Die Wiederherstellung der Gesundheit von K.-H. Roth und die Kosten der Verteidigung sind durch die bisherigen Spenden noch nicht gedeckt worden. Wir werden im ID und im nächsten Rundbrief eine genaue Abrechnung des Spendenkontos vorlegen. Nichts desto trotz bitten wir alle, auch nach positivem Ausgang des Prozesses weiter hin viel Geld auf unsere Konten zu überweisen:

Stadtsparkasse Köln, Wolfgang Hippe, Konto-Nr. 105 103 287 (BLZ 370 501 98)
Postscheckkonto Köln, Wolfgang Hippe Sonderkonto, Konto-Nr. 135816-508 (BLZ 370 100 50).

ACHTUNG: Der freundlich lächelnde Mensch auf dem Photo auf der letzten Seite des ID 187 - der, der rechts sitzt - ist Karl-Heinz Roth. Die Bildunterschrift fiel versehentlich der Technik zum Opfer. Günter Zint, der die Photographie gemacht hat, stellt dem ID noch weitere fünf Bilder zur Verfügung, die beim Bilderdienst angefordert werden können.

GEFANGENE AUS DER RAF IM HUNGERSTREIK

WERL
Juli 1977

Der Gefangene aus der RAF Ali Jansen in der JVA Werl ist am 7.7.1977 in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Er fordert die Erfüllung der Zusage des baden-württembergischen Justizministeriums vom 30.4.1977, mindestens 15 Gefangene zu konzentrieren und hat erklärt, den Hungerstreik erst dann zu beenden, wenn er in Stammheim ist.

„Am 18.7.1977 ist der Gefangene aus der RAF, Ron Augustin, in der JVA Hannover in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Er hat erklärt:„Weil die Erfüllung der durch unseren Kampf und seinen internationalen Implikationen erzwungene

Zusage der Staatsschutzjustiz, die Isolation politischer Gefangener abzubauen, offenbar verzögert wird, bin ich jetzt – bis ich zu den anderen Gefangenen aus der RAF in Stammheim gebracht worden bin – wieder in Hungerstreik. Wir fordern eine Behandlung entsprechend den Bestimmungen der Genfer Konvention, der Forderung Amnesty Internationals in ihrem Telegrammen vom 28.4.1977 und der ‚verbindlichen' Zusage des baden-württembergischen Justizministeriums vom 30.4., daß ‚unter Berücksichtigung der Forderungen der medizinischen Gutachter sofort eine Konzentration politischer – d.h. Gefangener nach § 129 – auch aus anderen Bundesländern in Stam Stammheim und eine Vergrößerung des Haftraums in die Wege geleitet wird – also konkret die Zusammenfassung der gefangenen Kämpfer zu interaktionsfähigen Gruppen von jeweils mindestens 15 Gefangenen."

Am 19.7.1977 sind die Gefangenen aus der RAF Klaus Jünschke und Manfred Grashof in der JVA Zweibrücken in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Sie antworten damit auf die Weigerung des baden-württembergischen Justizministeriums, die am 30.4.1977 gegebene verbindliche Zusage, mindestens 15 Gefangene zu konzentrieren, einzuhalten. Sie erklären, daß sie den Hungerstreik erst beenden, wenn die Zusage erfüllt ist.

Am 14.7.1977 ist Roland Mayer in der JVA Köln-Ossendorf in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Er fordert die Einhaltung der Zusage des baden-württembergischen Justizministeriums vom 30.4.1977, d.h. die Konzentration von mindestens 15 politischen Gefangenen."

POLIZEI IM ENGELBLOCK – STRAFANZEIGEN

HEIDELBERG, 22 Juli *Die Stadtverwaltung Heidelberg hat im Zusammenhang mit der Hausbesetzung im Engelblock Strafanzeige angekündigt, wegen Hausfriedensbruch, Landfriedensbruch und öffentlicher Aufforderung zu Straftaten gegen das universitäre Studentenheim Collegium Academicum (CA), den allgemeinen Studentenausschuß (AStA), die Drogenberatungsstelle Free Clinic, die Alternativzeitung Carlo Sponti, das ISZ und andere. Dazu schreibt ein Bewohner des Collegium Academicum:*

Seit Ende Juni haben sich einige Arbeits– und Obdachlose in der Hauptstraße 67 leerstehende Räume genommen und dort einquartiert. Das Haus soll im September abgerissen werden und dem Kaufhaus C&A Brenninkmeyer weichen. (Siehe ID 185). Am Dienstag, 19. Juli, kamen zwei städtische Beamte und wiesen darauf hin, daß das Gebäude bis 12.00 Uhr geräumt sein müßte und dann verschloßen wird. Als dann die Bauarbeiter anrückten, konnten etwa 40 Leute diese Maßnahme verhindern. In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch um 5.30 Uhr kamen dieselben Bauarbeiter in der Begleitung von 4 oder 5 städtischen Aufsichtspersonen, sogenannte Blaumänner, und nagelten einige Fenster zu. Als dann etwa 60 Leute sich so langsam angesammelt hatten, riefen die Blaumänner die Polizei, um sich unter ihrem Schutz wegfahren zu lassen. Die Besetzer zogen wieder ein.

Der AStA rief zu einem "Besetzerfest" in der Nummer 67 auf. Einen Abend lang war das Haus gefüllt. Es gab Musik und einen Getränkeausschank. Gleichzeitig beriet man darüber, was zu machen ist, um eine Öffentlichkeit auf das Haus und auf die Altstadtsanierung aufmerksam zu machen. Das CA, Free Clinic, ISZ, Carlo Sponti u.a. riefen in einem Flugblatt zu einer Versammlung für Samstag um 15 Uhr in der Hauptstraße 67 auf. Aber schon am Freitag etwa um 11.30 Uhr fuhr eine Hundertschaft Polizisten in die belebte Hauptstraße, Fußgängerzone, räumten das Haus und ließ von Bauarbeitern die Transparente entfernen, Fenster verschließen und das Eingangstor zuschweißen. So überraschend die Räumungsaktion eintraf, so kamen dennoch etwa 150 Menschen und protestierten gegen die Räumung, schrien und verfielen zeitweise in abgestimmte Sprechchöre. Das ganze lief fürchterlich unstrukturiert. Als man in einer Situation der Hilflosigkeit einen sogenannten Penner durch das Megaphon sprechen lassen wollte, damit er den Hintergrund der Besetzung bekanntmache fuhren die Bullen mit professioneller Brutalität dazwischen und schlugen auf alle in nächster Nähe Stehenden ein. Unter den Umstehenden brach eine Panik aus. Jemand will gesehen haben, wie ein Beamter des Verfassungsschutzes eine Pistole zog, sie aber dann wieder einsteckte. Überhaupt wurde kräftig geknipst, während Photografen der Zeitungen weggeschoben wurden. Die Schlagstöcke riefen Platzwunden hervor, manchen wurden durch Faustschläge ins Gesicht Zähne halb ausgeschlagen. Ein Pressemann bekam von einem Polizisten zu hören: "Diese Kommunisten haben nicht einmal das Recht zu atmen". Man kann sich vorstellen, mit welchen geschürten Hass– Feindbildern dieBullen in den Einsatz gehen.

Die Leute blieben dennoch stehen und verfolgten das Ganze. Die Bauarbeiter reagierten aggressiv und einer fuhr, jemanden verfolgend, in die Menge, woraufhin die Polizisten dreinschlugen. Der SPD–Abgeordnete von der Stadtverwaltung Wagner, der den Polizeieinsatz angerufen hatte, war auch da undschaute zu. Noch an Ort und Stelle äusserte er, daß das Ganze unumgänglich gewesen sei, da sich die Ansässigen durch das Fest belästigt gefühlt hätten. Na ja, wenn er mit seinen Nachbarn genauso verfährt.... Das Ganze löste sich auf, die Besetzer gelangten über einen Nebeneingang wieder in das Haus, die Transparente wurden wieder angebracht.

Gegen die Unterzeichner der Flugblätter sollen Strafverfahren laufen. Es wird gesagt, man hätte öffentlich zur Gewalt aufgerufen, obwohl de facto keine Gewalt angewendet worden war, nur von der Polizei. Die angepaßte Presse versucht Institutionen und Einrichtungen, die schon lange ungern gesehen werden, zu isolieren und als Herde "terroristischer "Tätigkeiten darzustellen. Das Collegium Academicum soll aufgelöst werden und wird in der Presse niedergemacht. Der AStA paßt sich nicht ans BuF–Rektorat an und wird niedergemacht. Die Stadt braucht nur irgendwas von diesen unerwünschten Einrichtungen zu behaupten und schon wird es kommentarlos veröffentlicht. Da behauptet die Stadtverwaltung, wir hätten zur Gewalt aufgerufen und schon wird es veröffentlicht. Kein Wunder, "was die 'Bürger Heidelbergs von uns halten".

Die Besetzer, die sich auch LOWA (L eute O hne W ohnung und A rbeit) nennen, wollen sich verständlich machen, wollen in eigener Initiative ein Haus für Penner in Selbstverwaltung aufbauen, da es so etwas in Heidelberg und bestimmt auch anderswo nicht gibt. Die Stadt ist gerade dabei, die Altstadtsanierung durchzuführen, richtet für diese Randgruppen nichts ein. Vielfach werden Leute aufgelesen, vertrieben oder 20 – 30 km weit rausgefahren und ausgesetzt. Auch haben Polizisten Obdachlose in das Studentenheim Collegium Academicum geschickt. Das Übernachtungsheim und Resozialisierungsstätte "Wiechernheim" kostet 20.– DM pro Übernachtung, was für Einkunftslose völlig untragbar ist. Auch kann maximal dreimal hintereinander übernachtet werden, wenn man nicht die Resozilisierungsprogramme mitmachen will. Für Nur–Übernachter ist das Heim nur bis 22.00 Uhr geöffnet. Heißt: Die oft nicht mehr jungen Penner müßen um zehn zu Hause sein. So sitzen sie auf der Straße, schlafen am Neckar, in den Bü-

schen und halten sich tagsüber in den Fußgängerzonen auf. Das stört wiederum das angestrebte,schöne Einkaufszentrum, zum Stadtbummeln, mit seiner "Behaglichkeitszone" (wie es in der Werbung der Stadt für die Sanierung heißt) und paßt nicht zu Superlativen, wie "längste Fußgängerzone der BRD". Die Stadt hat vor einiger Zeit eine große Reinigungsaktion angekündigt, aber keine sozialen Maßnahmen. Das Sozialamt nimmt sich dieser Leute nur insofern an, als es über einen Schnelldienst hier und da einen Tagesjob vermitteln kann. Es gibt in Heidelberg genügend leerstehende Häuser. Die Stadt läßt sie ungenutzt stehen, vertreibt die Bevölkerung aus dem Stadtkern in die Randgebiete und saniert auf ein Geschäfts– und Appartmentviertel hin, wenngleich sie auch einige Sozialwohnungen errichtet. Die Sanierung ist hauptsächlich eine finanzielle Gesundung mit ihren Banken, Kaufhäusern, Boutiquen usw. Was sind schon soziale Bindungen , soziale Bedürfnisse, was ist schon eine Atmosphäre, in der noch Kommunikation besteht, gegen die Erwartung, in den nächsten fünf Jahren nur allein von einem Kaufhaus C&A Brenninkmeyer 35 Millionen DM zu bekommen ?

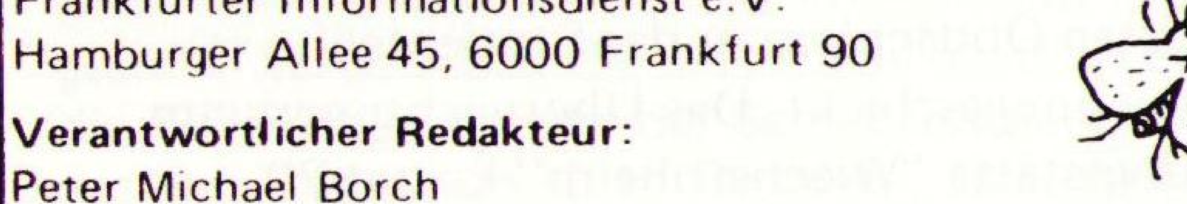
Die LOWA hat jetzt vor, in Heidelberg einen bundesweiten Pennertreff zu veranstalten, um einmal deutlich auf das soziale Problem hinzuweisen, über das so hinweggeschwiegen wird.

Kontakt:Collegium Academicum, Seminarstr. 2, 69 Heidelberg

NEUESTE MELDUNG

Die Besetzer der Hauptstraße 67, die sich nach der ersten Räumung im teilweise leerstehenden Nebenhaus (69) eingerichtet hatten, das auch zum vorgesehenen C&A-Komplex gehört (Engelblock), sind inzwischen zum zweiten Mal auf die Straße geflogen. Der letzte Mieter in diesem Haus war die Indianerkommune, eine Gruppe, die versucht, alternatives Leben zu verwirklichen. Nachdem die Indianer ihren Räumungsprozeß verloren hatten, kam am letzten Dienstag der Gerichtsvollzieher in Begleitung von 50 Bullen und verfrachtete die Indianer, die sich weigerten, das Haus zu verlassen, gewaltsam zur erkennungsdienstlichen Behandlung. Die Sachen der Hausbesetzer wurden beschlagnahmt und die Tür zugeschweißt.

Die Indianer , die seit Beginn der Räumungsfrist (1 Woche!) im Hungerstreik sind (10. Tag), schlafen seit Dienstag auf der Straße vor ihrer Haustür. Sie fordern Ersatzräume für sich und ihre Fahrradwerkstatt. Außerdem wehren sie sich gegen die Berichterstattung in der Rhein-Neckar-Zeitung. Dort waren die Kommunarden als Terroristen bezeichnet worden, dann erschien das Photo eines verwüsteten Zimmers, in dem sie angeblich gelebt hätten. Ihre Arbeit in der „Ausreißer-Betreuung' wurde ebenfalls diffamiert. Die Indianerkommune wird ihren Hungerstreik erst dann beenden, wenn die Presseberichte über ihr Leben korrigiert werden und sie einen neuen Lebensraum bekommen.

HERAUSGEBER:


Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Peter Michael Borch

FREE CLINIC: „VIELE MACHEN UNS MUT"

HEIDELBERG 27. Juli *Brief von der Free Clinic:*

Liebe Leut,
Bei uns läuft nach wie vor 'ne Menge Berichtenswertes Sowohl was weitere Angriffe auf unsere Arbeit betrifft, als auch jede Menge Erfreuliches: Unterstützung und Solidarität von vielen Seiten.

Im ID 179 hatten wir so den letzten Stand von Ende Mai berichtet: die fristlose und fristgerechte Kündigung, unterstützt durch politische Angriffe der CDU.
Wir befürchteten damals, die Stadt würde versuchen, uns relativ kurzfristig und stillschweigend alle zumachen. Drum haben wir uns mächtig ins Zeug gelegt, um eine möglichst breite Öffentlichkeit zu erreichen (über Presse, sowohl bürgerliche wie alternative, Rundfunk, TV, Veranstaltungen). Mittlerweile trägt das Früchte: Unheimlich viele Leute solidarisieren sich mit uns, unterstützen uns moralisch, machen uns Mut – was sehr wichtig für uns ist, weil wir dann nicht das Gefühl haben, wir kämpfen nur für uns alleine, das wollen wir nicht. Viele tun auch tatkräftig etwas durch Organisieren von Solidaritätsveranstaltungen, Mitarbeit in der Unterschriftenaktion, durch Versendung von Leserbriefen und Protestschreiben an die zuständigen Behörden, sowie Initiierung von Presseveröffentlichungen usw. usw..

Wir finden das irre gut und wollen uns auf diesem Wege ganz herzlich „bedanken". Besonders stark finden wir auch die Eigendynamik, die die „Bewegung zum Erhalt der Free Clinic" entwickelt – d.h. daß sie sich mehr oder weniger selbst trägt und nicht steht bzw. fällt mit den Kapazitätsgrenzen des Free Clinic Teams. Besonders auf den ID-Artikel hin kam sehr viel Resonanz von Leuten, die anscheinend die Existenz einer Gruppe wie der Free Clinic für ihre eigene Sache halten. Klasse.
Darüberhinaus gibts auch 'ne Menge Leute aus Politik (SPD, FDP, DKP, undogmatische Gruppen usw.), Wissenschaft, Kultur, Fachleute in Sachen Psychiatrie und Drogen, die uns – jeder auf seine Art – auf allen möglichen Ebenen unterstützen..

Bis heute hat es auch den erwünschten Erfolg gehabt und die Stadt hat deutlich kundgetan, daß ihr die massive Öffentlichkeitsarbeit lästig ist: Alles zusammen hat wohl die Pläne unserer Gegner schon ganz schön zum Wackeln gebracht: Mittlerweile bricht ihre ursprüngliche Argumentation mehr und mehr zusammen. Nun weichen sie zunehmend auf unsachliche, billige Polemik aus, begründet auf erwiesenermaßen unwahren Behauptungen und bewußten Tatsachenverdrehungen. Das macht die Sache natürlich nicht weniger gefährlich. Jedenfalls ist bis heute die immer wieder angedrohte Räumungsklage nicht bei uns eingegangen. Um euch einen kurzen Überblick zu verschaffen, hier ein kurzer Abriß der Ereignisse seit Mai 77:

12.5. Beschluß der SPD-Kreisdelegiertenkonferenz: Free Clinic muß bleiben
16.5. Kündigung durch die Stadt (mit nem SPD-Oberbürgermeister)
17.5. CDU schaltet sich ein und wirft uns politische Manipulation von Patienten vor, außerdem, daß wir eine Nachfolgeorganisation des kriminalisierten SPK seien.
21.5. SPD+FDP-Stadtratsfraktion, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen fordern: Free Clinic muß bleiben

Zwischenzeitlich laufen dauernd Pressekampagnen mit dem Motto: Wir können unsere Angriffe beweisen (was bis heute nie geschehen ist)

3.6. Free Clinic beantragt einstweilige Verfügung gegen CDU-Äußerungen; Urteil: die Äußerungen stehen gerade noch im Rahmen der grundgesetzlich verbrieften Meinungsfreiheit... na sowas
4.6. Free Clinic antwortet auf das Angebot der Stadtverwaltung, freiwillig die Räume zu verlassen mit konstruktiven Gegenvorschlägen; Stadt droht mit Räumungsklage.

14.6. Solidaritätsveranstaltung in der HD-Stadthalle (über 1000 Leute) zusammen mit anderen bedrohten Heidelberger Gruppen
18.6. SPD+FDP Fraktionen machen einen Kompromißvorschlag: Ein „Fachleutebeirat" soll, vom Gemeinderat bestimmt, anstelle der Stadtverwaltung unsere Arbeit inhaltlich mit uns diskutieren
21.6. CDU läßt neuen Hammerlos: unterstellt uns Zitate aus einem Flugblatt einer „Patientenfront", in dem u.a. auch die Free Clinic angegriffen wird
27.6. Besuch einer FDP-Landtagsabgeordneten, verspricht Unterstützung
1.7. Besuch des SPD-MdB Gert Weißkirchen, verspricht Unterstützung im Bundestag.

Seitdem Phase relativer Ruhe, breiter Solidaritätswelle in der ganzen BRD.

Wir erkennen mehr und mehr, daß all diese Angriffe auf unsere Arbeit nicht uns alleine betreffen: Vielmehr stehen sie im großen Zusammenhang der gegenwärtigen Tendenzen in Sozial- und Drogenpolitik. Im Zuge der allgemein zunehmenden Wirtschaftsmisere (Arbeitslosigkeit, Wohnsitzlosigkeit,finanzielle Probleme) wird natürlich auch die soziale und damit die psychische Situation von immer mehr Leuten immer dramatischer, und damit nimmt natürlich auch das „Drogenproblem" (das so betrachtet natürlich kein „Drogen"problem ist..) zu.

Wir sind im Moment auch nicht alleine unter Beschuß: Das Therapiezentrum Altona wurde Anfang des Jahres liquidiert, ein großer Teil der Drogenberatungs; und Behandlungsstellen in der ganzen BRD steht Ende 77 mit Auslaufen der Großmodell-Förderungsmaßnahmen des Bundes vor dem finanziellen Exodus. Darüberhinaus stehen — im Zuge des „Genossen Trend" (der natürlich nicht unabhängig ist von der ökonomischen Entwicklung) — verschärfte Repression von allem, was sich bewegt — in besonderem Maße Selbsthilfegruppen unter Beschuß. (Siehe auch: „Polizei im Engelblock" in dieser Ausgabe.)



Wenn ihr euch näher informieren wollt, fragt bei uns nach Infomaterial an: Wir haben Flugblätter, Unterschriftenlisten, Dokumentationen zum Konflikt von 76, und ab sofort auch eine neue Dokumentation zum aktuellen Konflikt, Poster, und unser gutes altes Free Clinic Buch (übrigens mit neuem potthäßlichen Layout, auf das wir keinen Einfluß hatten. Also Achtung: das ist kein neues Buch...). Und außerdem einen ganz gut brauchbaren Video-Film.

Also Leute: Anfragen, informieren, Initiativen entfesseln, was auf die Beine stellen, kurz:den „Allmächtigen" Dampf machen, und selbst dabei leben lernen und wer's schon kann: leben.
In diesem Sinne: Right on!

P.S. Wir planen, zum ersten Septemberwochenende ein Fest zu machen, mit Information und viel Musik (einige Leute haben schon zugesagt, für uns zu spielen, auf weitere würden wir uns freuen), für alle Leute, die in der letzten Zeit mitgearbeitet, uns unterstützt haben oder sich informieren und uns weiterhin unterstützen wollen.

Kontakt: Free Clinic Heidelberg, Brunnengasse 20-24, 69 Heidelberg, Tel. 06221/28 436

GROHNDE—PROZESSE LAUFEN AN (GRÜN)

HANNOVER
20. Juli

Zum Stand der Ermittlungen und Verfahren gegen Teilnehmer an der Demonstration am 19. März in Grohnde informiert der „Ermittlungsausschuß der Hannoverschen Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen":

„In den letzten Wochen sind nach unserem Informationsstand sechs Anklageschriften an Grohnde-Demonstraten zugestellt worden - an drei der vier Leute, die noch am 20.3. in Hannover festgehalten wurden, sowie an drei weitere, die am 19.3. verhaftet wurden. Betroffen sind AKW-Gegner aus Geesthacht, Hamburg (2), Hameln, Hannover und Lüchow-Dannenberg.

Die Anklagepunkte lauten einheitlich auf
- schweren Landfriedensbruch
- gefährliche Körperverletzung
- Widerstand gegen die Staatsgewalt mit gefährlichem Gegenstand.

Alle Anklageschriften sind weitgehend identisch. Sie bestehen aus einer einheitlichen, vierseitigen Schilderung des Demonstrationsablaufs (in der das Märchen von den 239 verletzten Bullen wiederholt und der geschätzte Schaden einschließlich der Polizeieinsatzkosten auf 650.000 DM beziffert wird), an die einige dürftige Bullenaussagen über den jeweiligen Angeklagten angehängt sind, in denen jeweils ausgesagt wird, daß der Angeklagte vor seiner Festnahme mit einem Holzknüppel, Eisenstange, Bolzenschneider o.ä. auf Bullen eingeschlagen habe.

Trotz der weitgehenden Übereinstimmung der Anklageschriften sollen alle Angeklagten einen eigenen Prozeß bekommen, d.h. die Vereinzelungstaktik wird fortgeführt. Alle Prozesse sollen gleich vor dem Landgericht stattfinden - das bedeutet zum einen: es sind höhere Strafen von einer ausgebufferten Strafkammer zu erwarten, zum anderen: es ist keine Berufung möglich.

Welche Bedeutung der Staat diesen Prozessen zumißt, wird aus der schnellen Bearbeitung deutlich: bisher sind erst zwei Verfahren zu Brokdorf 1 gelaufen, noch keins zu Brokdorf 2 und 3, zur zeitlich viel späteren Grohnde-Demonstration kommt aber jetzt eine Anklageschrift nach der anderen - für ein Verfahren war vom Gericht sogar schon ein Termin für Ende August angesetzt, der jedoch wahrscheinlich verschoben wird.

Falls es nicht gelingt, die Prozesse an das Amtsgericht zu verweisen (das wäre dann Hameln), werden alle Prozesse in Hannover stattfinden.

In den nächsten Tagen und Wochen sind nach unseren Informationen noch weitere Anklageschriften zu erwarten, so daß ein erster Schub von etwa 10 Prozessen zusammenkommt. Ermittlungsverfahren laufen im Zusammenhang mit Grohnde (mindestens wegen schweren Landfriedensbruch noch in
- Hamburg (zwei gegen Verhaftete, einer gegen einen der vier am 20.3. in Hannover Festgehaltenen - nach wie vor wegen versuchten Totschlags (!), zwei gegen Mieter und Fahrer von Lautsprecherwagen)
- Hannover (mindestens zwei gegen Verhaftete, einer gegen Mieter des Lautsprecherwagens)

- Kiel (zwei wegen Durchbrechens der Bullensperre mit Pkw)
- Detmold (vier gegen die Besatzung des Lautsprecherwagens vom Südzug).

Aus anderen Städten liegen uns keine Informationen vor.

Aus verschiedenen Anzeichen (Bildung einer „Sonderkommission Grohnde"; Durchführung einer Fragebogenaktion unter den in Grohnde eingesetzten Bullen; sehr aufwendige Auswertung des Fotomaterials - den Anklageschriften liegen z.T. Bullenfotos als „Beweismaterial" zugrunde; extrem schnelle Abwicklung der Ermittlungsverfahren) wird deutlich, daß diese Grohnde-Prozesse für den Staat einen zentralen Punkt in der Bekämpfung der Anti- AKW-Bewegung darstellen.

Daß es dabei nicht um einzelne Straftaten geht, wird deutlich an den Anklageschriften, die jeweils den Ablauf (und „Nachweis" des kriminellen Charakters) der Demonstration in den Vordergrund stellen. Im Vordergrund der Verfahren wird also die Frage der Widerstandsformen stehen - es wird dem Gericht darum gehen, unsere Demonstration als kriminell zu verurteilen (und dieses Urteil dann exemplarisch an einzelnen zu vollstrecken).

Wenn in den Anklageschriften aus der Ausrüstung der Demonstranten darauf geschlossen wird, daß sich eine große Zahl von Demonstranten augenscheinlich auf den unfriedlichen Ablauf eingestellt hätte, so ist damit ein Punkt angedeutet, in dem die Prozesse praktische Maßnahmen gegen uns ermöglichen sollen: nämlich durch eine richterliche Bestätigung Auflagen wie in Ohu (Verbot der „passiven Bewaffnung") in Zukunft zur Regel zu machen.

Diese Gründe - und nicht zuletzt der, daß hier erstmals in größerem Umfang Leute aus unseren Reihen von erheblichen Gefängnisstrafen bedroht sind - machen es erforderlich, daß die Anti-AKW-Bewegung mit voller Kraft eine Kampgane für die Einstellung aller Strafverfahren gegen AKW-Gegner durchführt, in der alle Formen von Information der Öffentlichkeit (angesichts der zu erwartenden Hetzkampagne), Spenden- und Unterschriftensammlung vor allem auch bei Leuten, die nicht in der Anti-AKW-Bewegung aktiv sind, und praktischen Aktionen kombiniert werden müssen, um einen politischen Druck zu erzeugen, der die reibungslose Durchführung dieser Verfahren, auf jeden Fall aber die Verhängung der geplanten hohen Strafen verunmöglicht.

Eine solche Kampagne muß von den Bürgerinitiativen getragen werden, die die Prozesse zum Thema ihrer laufenden Arbeit machen müssen. In den nächsten Tagen wird dazu eine Erklärung der Angeklagten und eine Plattform für eine Spenden- und Unterschriftensammlung erscheinen, außerdem liegen die Broschüren der Nürnberger und Hamburger Ermittlungsausschüsse vor, und schließlich soll die umfassende Broschüre über die Angriffe auf die AKW-Bewegung rechtzeitig zu den Prozessen fertig sein. Konkrete Vorschläge für die Durchführung einer solchen Kampgane werden z.Z. in den Ermittlungsausschüssen diskutiert - beteiligt euch daran, diskutiert in den BIs, macht Vorschläge!

Kontaktadresse: Ermittlungsausschuß, c/o K. Mertsching, Theodor-Krüger-Str. 8, 3000 Hannover 1
Spendenkonto des Ermittlungsausschusses: Stadtsparkasse Hannover, Knt.Nr. 26780127 (G. Buchholz)

ERMITTLUNGEN WEGEN GROHNDE — DOKUMENTATION

HANNOVER, 26. Juli — *Bericht vom Internationalismus — Buchladenkollektiv:*

Am 11. Juli 77 hat die politische Staatsanwaltschaft Hannover die beiden Geschäftsführer des Buchladens in der Königsworther Straße vorgeladen, weil sie in der Dokumentation 'GROHNDE 19.3.77' als presserechtlich verantwortlich angegeben sind.

Ermittelt wird wegen eines angeblichen Verstoßes gegen § 11 und § 18 des FERNMELDEANLAGENGESETZES. Der Vorwurf stützt sich darauf, daß in der Dokumentation auf Seite 17 Auszüge aus dem Polizeifunk vom 19.3. abgedruckt worden sind. Darüberhinaus ist ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden nach § 8 des PRESSEGESETZES: das Impressum sei fehlerhaft, insbesondere sei der Herausgeber der Dokumentation nicht namentlich genannt (siehe ID 185).

Die Dokumentation GROHNDE 19.3.77 ist erstellt worden, um zu belegen, daß es nicht die Demonstranten waren, die am Bauplatz in Grohnde 'Gewalttätigkeiten ' produziert haben, sondern daß im Gegenteil die Polizei durch gezielte Falschinformationen Ausschreitungen produziert hat, um dann mit unvorstellbarer Brutalität gegen die AKW—Gegner vorzugehen. Im Polizeifunk war u.a. die Rede davon, daß Polizisten mit Stahlkugeln beschoßen worden seien, was schlichtweg die Unwahrheit darstellt.

Mehrere Dinge sind an diesem Ermittlungsverfahren interessant:

1. Der Versuch der Kriminalisierung beschränkt sich nicht allein auf AKW—Gegner, die unmittelbar an Demonstrationen beteiligt sind. Vielmehr werden nun auch diejenigen in die Kriminalisierungskampagne einbezogen, die das Bild, das Landesregierung und Polizeiführung von der Demonstration gezeichnet haben , wieder auf den Boden der Tatsachen zurückholen wollen: Die Auseinandersetzungen um die Berichterstattung im NDR über die Grohnde—Demonstration zeigen das ebenso deutlich wie das jetzt gegen den Buchladen eingeleitete Ermittlungsverfahren.

2. Kriminalisiert werden muß um jeden Preis:wenige Wochen vor der oben erwähnten Vorladung haben wir erfahren, daß die Staatsschutzanwälte in Lüneburg bereits ein Ermittlungsverfahren gegen uns eingeleitet haben wegen der Grohnde—Dokumentation. Zunächst wurde vermutet, man könne schlicht den neuen Maulkorbparagraphen 88 a anwenden; als dieses Verfahren mangels Tatverdacht eingestellt werden mußte, wurde die Dokumentation der hannoverschen Staatsanwaltschaft übergeben mit der Bitte, 'etwas anderes' herauszufinden.

3. Nicht auf das, was gesagt wird, kommt es an, sondern darauf, daß überhaupt etwas gesagt wird. Dies zeigt die Tatsache, daß die Staatsschutzanwälte es tunlichst vermeiden, auf die Inhalte der Dokumentation einzugehen: Um diese Inhalte zu umgehen, sucht man eine formale Legitimation (Fernmeldeanlagen— und Pressegesetz), und die zu finden ist nicht schwer,dafür hat der Staatsanwalt ja studiert.Die Aussagen der Dokumentation werden dadurch indirekt bestätigt, aber weil diese Ausagen der hochoffiziellen freiheitlich—demokratischen—grundordentlichen Meinung widersprechen und aufdecken, was 'im Namen des Volkes' für Schindluder getrieben wird, müßen sie mit allen Mitteln unterbunden werden.

4. Es soll ein Klima geschaffen werden, in dem sich jeder erst lange überlegt, ob er sich weiterhin im Kampf gegen die menschenverachtende Aufrüstung der BRD mit Atomkraftwerken öffentlich engagieren kann. Man erwartet, daß Selbstzensur das schafft, was die Demagogie und die brutale Gewalt der Legislative und der Exekutive bisher nicht fertiggebracht haben: uns alle wenn nicht schon ganz auszurotten, so doch zumindest mundtot zu machen.

So wie fürderhin Gegenstände, die zum Schutze der Demonstranten dienen sollen (z.B. Öljacken gegen Wasserwerferchemikalien, Schutzhelme gegen Knüppelschläge be-

wußt falschinformierter Beamter, Zitronensaft zum Schutz der Atemwege etc.) als passive BEWAFFNUNG gelten werden und damit Menschen, die sich schützen , strafrechtlich verfolgt werden können, so versucht 'unser' Staat auch das wirksamste Mittel unseres Kampfes gegen Atomkraftwerke – die Öffentlichkeitsarbeit – zu liquidieren.

Wir werden diesen Ball nicht auffangen: DER KAMPF GEHT WEITER !

Internationalismus Buchladenkollektiv, Königsworther Str. 19, 3 Hannover 1

GROSSKUNDGEBUNG AM 24.SEPTEMBER IN KALKAR

KLEVE 20.Juli — Niederrheinische Bürgerinitiativen planen für den 24.September am Bauplatz des Schnellen Brüters in Kalkar eine Großkundgebung, die auch von der niederländischen Vereinigung der Atomkraftgegner ‚Landelijk Energie Komitee' unterstützt und vorbereitet wird. Über den Stand der Vorbereitungen dazu schreibt die Bürgerinitiative ‚Stop Kalkar' (Adresse: **Haus am Damm, 4190 Kleve**):

„Wir haben in Nordrheinwestfalen seit Mitte Mai die Diskussion geführt über eine Großkundgebung am Schnellen Brüter in Kalkar. Dabei sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß es richtig und notwendig wäre, erneut eine bundesweite Aktion durchzuführen. Da wir bisher aus keiner anderen Region über die Vorbereitung von Großaktionen wissen, haben wir uns entschlossen, die Initiative zu ergreifen und zu einer Bundeskonferenz am 27./28. August einzuladen. Wir halten es für unbedingt erforderlich, über die Vorbereitung und Bestimmung einer bundesweiten, einheitlichen Aktion eine gemeinsame Beratung durchzuführen, um unsere Kräfte des Widerstandes breitmöglichst zu entfalten. (Anmerkung der Redaktion: Interessierte BIs können des Tagesordnungsvorschlag für diese Bundeskonferenz von der BI ‚Stop Kalkar' beziehen). Wir haben uns hier auf einen Aufruf geeinigt, den wir allen vorschlagen für die Diskussion und Unterstützung. Wir machen uns keine Illusionen: es wird erneut Versuche geben, die Bewegung zu spalten, dies wollen wir verhindern und rufen euch auf, Aufgaben der Anti-AKW-Bewegung zu führen.

Wir wollen am 24.9. demonstrieren, weil bis zu diesem Zeitpunkt das Feld des Landwirtes Maas abgeerntet ist. Dieses Feld liegt unmittelbar gegenüber dem Brüter und ist uns ausdrücklich zur Verfügung gestellt. Wir wollen uns in Kalkar sammeln, um dann zum ‚Brüter' zu marschieren.
Dabei rücken wir nicht ab, von unserem Recht, diese Kundgebung am Bauplatz und nicht anderswo durchzuführen. Wir halten eine Demonstration mit einem Kulturprogramm in Kalkar selbst für das geeignete Mittel, um unseren Widerstand zum Ausdruck zu bringen. Einige meinten zu Beginn, wir sollten ein Fest veranstalten, dies wurde aber als unzureichend für einen Kampftag und Höhepunkt in unserem weiteren Widerstand verworfen.

Auch Vorstellungen wie: Ob am Bauplatz oder nicht, ist nicht so wichtig, denn es geht uns um die AKWs wurden nicht akzeptiert. Verschiedene Vertreter des ‚Landelijk Energie Komitee' erkannten im Verlauf der Diskussion die Bedeutung einer Kundgebung am Bauplatz und den Zusammenhang der Notwendigkeit, Widerstand zu leisten und die demokratischen Rechte in der BRD zu verteidigen.

Aus diesem Grunde haben wir uns darauf gegen Atomkraftwerke geeinigt – obwohl wir an diesem Tag ausdrücklich sagen, wir führen keine Bauplatzbesetzung durch – daß wir jegliche Einschränkung unseres Demonstrationsrechtes zurückweisen. Wir halten eine angemessene Ausrüstung zum Selbstschutz für richtig, und werden in der Vorbereitung ausdrücklich auf die Organisierung eines Selbstschutzes hinarbeiten. Die bisherigen Polizeiüberfälle haben uns gelehrt, daß dies unerläßlich ist. Wir wollen gegen die AKWs kämpfen und sind nicht bereit, uns zum Spielball von Polizeiprovokationen machen zu lassen.

Wie sich mit den erneuten Genehmigungen von AKWs und und Wiederaufbereitungsanlagen gezeigt hat, will die SPD/FDP-Regierung bereits vor der Fortschreibung des ATOMprogramms im Herbst, verstärkt an die weitere Verwirklichung ihrer menschenfeindlichen Pläne gehen. Der ‚Schnelle Brüter' ist im Atomprogramm ein besonders gefährliches Projekt und selbst innerhalb von Wissenschaftlern die AKWs befürworten, sehr umstritten. Dieser Reaktortyp kann bei Störfällen wie eine ATOMbombe wirken, da er Plutonium als Brennstoff ‚erbrütet' Hierbei kann sehr leicht eine ‚kritische Masse' entstehen, die mit einer Explosion und radioaktiven Verseuchung, vergleichbar einer Atombombe wirkt. Hinzu kommt, daß der Schnelle Brüter mit Natrium gekühlt wird, das bei Berührung mit Luft sofort brennt und bei Zusammentreffen mit Wasser explodiert. Dazu genügen geringste Mengen. Hinzu kommt, daß mit Plutonium Atombomben hergestellt werden können.

Da Natururan sehr knapp ist, soll unter dem Vorwand der Sicherung der Brennstoffkette dieser Reaktortyp gebaut werden, da dann das Natururan 50 – 70 mal so stark ausgenutzt werden kann. Diese Auffassungen zur Sicherung der Maximalprofite lehnen wir strikt ab und fordern dagegen ‚WEG MIT DEM ATOMENERGIEPROGRAMM DER BUNDESREGIERUNG!

AKW-NEIN-SANITÄTER TRAFEN SICH

HANNOVER 20. Juli — *Bericht über das Sanitätertreffen während der Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen gegen Kernkraftwerke am 14./15.5. in Hannover:*

Es erschienen 30 - 40 Vertreter aus Berlin, Bremen, Bremerhaven, Dortmund, Hamburg, Gelsenkirchen, Aachen, Pinneberg, Braunschweig und Kiel. Tagesordnungspunkte: Informationssystem der Gruppen untereinander; Erfahrungsaustausch; Kriminalisierung von Sanitätsgruppen; Chemical mace, zukünftige Öffentlichkeitsarbeit.

Aus der Notwendigkeit einer bundesweiten Kommunikation der Sanitätsgruppen untereinander einigten sich die Anwesenden gleich zu Anfang über folgendes Infosystem: zu der zentralen Sammelstelle in Hamburg (Wolfgang Nikolai, 2 HH 19, Eichenstr. 48, Tel. 040/407342) können lokale wissenswerte Informationen über laufende Erfahrungen geschickt werden, umgekehrt kann dort auch Material angefordert werden.

Beim Erfahrungsaustausch zeigte sich, daß die Sanitätsarbeit in den verschiedenen Städten sehr unterschiedlich weit entwikkelt ist. Über Kiel, Hamburg, Göttingen, Berlin läßt sich sagen, daß die Arbeit kontinuierlich läuft und die Gruppen einen festen Stamm von Mitgliedern haben.

Von der allgemeinen Kriminalisierung der AKW-Bewegung sind auch die Sanitäter betroffen. So wurden z.B. neben Helmen und Gasschutzmasken auch Medikamente wie Novalgin und Isogutt als Defensivwaffen eingestuft. Ebenso wurden ihnen Schwierigkeiten wegen der Benutzung des „roten Kreuzes" als Kennzeichen gemacht. Es wurde aufgezeigt, daß das Deutsche Rote Kreuz sich ursprünglich zur Aufgabe gemacht hatte, auf neutraler Ebene medizinische Hilfe zu leisten. Dieses Prin-

zip der Neutralität, verankert in der Genfer Konvention, ist von der DRK-Führung in vielen Fällen massiv verletzt worden. Informationen über Angriffe gegen Sanitätsdienste und Selbstschutzmöglichkeiten werden von der Hamburger Gruppe bundesweit verschickt.

Es wurden verschiedensten Vorschläge zur zukünftigen Öffentlichkeitsarbeit gemacht:
- im Krankenhausbereich z.B. in den Betriebsgruppen eine Diskussion über Kernkraftwerke anregen, um dadurch auch neue Leute für die Sanitätsgruppen zu gewinnen.
- Straßeninformation an Ständen
- Diskussionsveranstaltungen in Betrieben, Schulen, Universitäten etc.
- Erarbeitung und Publikationen von Materialien zur Gesundheitsfürsorge

ATOMSTAAT IN PHILIPPSBURG

WAGHÄUSEL 20. Juli *Ergänzungen zum ID 186 von der Bürgeraktion Waghäusel:*

Die Rheinschanzinsel wird zur Festung ausgebaut! Die Landesregierung will – Laut Wirtschaftsminister Eberle – versuchen, 'die Bürger von der Notwendigkeit dieses Werkes zu überzeugen. Er schließe aber einen Polizeieinsatz nicht aus, um das Baugelände von einer eventuellen Besetzung zu schützen.' (Zeitungsmelgung vom 7.7.77).

Die Bevölkerung von Philippsburg und Umgebung soll von offizieller Seite eingestimmt und vorbereitet werden auf ein Gefahrenpotential schlimmsten Ausmaßes: Der 'Philippsburger Stadtanzeiger' vom 7.7.77 läßt den Herrn Ratschreiber und einen Prof. Dr. med. aus Pforzheim ein Loblied zum Thema 'Vom Gesundheitswesen in der Stadt Philippsburg' (!?) anstimmen. Radioaktive Gefährdung durch KKW? Von wegen. „Die Strahlenbelastung der Bevölkerung sei nur mit einem zu vernachlässigendem Rsisiko verbunden", heißt es in einer zitierten Denkschrift der Ärztekammer. Verschwiegen wird, wer Mitglied in der Ärztekammer ist: Die Mehrzahl der 11 Ausschußmitglieder sind Nicht-Mediziner und direkt oder indirekt von der Atomenergie abhängig. Die Bevölkerung, die das Restrisiko (gesundheitliche Schädigung) zu tragen hat, dient hier wiederum eindeutig als Versuchskaninchen für die Atomwirtschaft und für das kranke Gesundheitswesen!

„Philippsburg II bleibe nur Ausnahme", behauptet Regierungssprecher Grünewald. Philippsburg ist Modellfall! Und in der Tat fühlt man sich angesichts dieses Verfahrens an den Fall Traube erinnert. Orwells gespenstische Utopie „1984" wird immer mehr zur Realität. DasAtomenergieprogramm kann nur noch – wie der Erörterungstermin im Oktober 1976 und das jetzige Verfahren zeigen – mit polizeistaatlichen Methoden durchgesetzt werden. Die neue Tyrannei kommt diesmal 'sanft' daher. Die Abriegelung der Rheinschanzinsel, auch in gelockerter Form, widerspricht eindeutig dem Grundgesetz. (Demokratie stirbt bekanntlich zentimeterweise) Sage niemand später, er hätte nichts davon gewußt!

Auf der letzten Sitzung der Bürgerinitiative bekamen wir Besuch eines Spitzels aus Karlsruhe, der sich besonders für die Anwesenheitsliste interessierte. Nach der Eintragung: „Versuche, Namen abzulesen" in sein Notizblock, saß er schnell vor der Tür". Auf der neuerlichen, gewaltfreien Fahrraddemonstration am 17.7. ging es vor allem darum, daß Grundrechte (Schutz der Menschenwürde, Recht auf Leben, Versammlungsfreiheit, Freizügigkeit) ihre Gültigkeit behalten.
– Atomenergie Stop – in Ost und West!
– Kommen sie zur Festung „Rhien"
– Das auf Eis gelegte KKW Wyhl darf nicht in Philippsburg, nicht in Neupotz, und auch nicht anderswo gebaut werden!

Die Bürgeraktion Umweltschutz Waghäusel-Philippsburg trifft sich wieder am Do, 28.7.77, 20 Uhr, „Löwen", Rheinsheim, Tel. 06202/3340.
Wichtiger Hinweis! Vormerken: Für August sind Veranstaltungen und Klageerhebung geplant. Eine größere Demonstration soll voraussichtlich im Sept./Oktober folgen, falls die Betriebsgenehmigung für Block I erteilt wird. Sie soll auch zur Unterstützung der Klage dienen.

BERICHT VOM 2. INTERNATIONALEN GEWALTFREIEN MARSCH FÜR ENTMILITARISIERUNG

ELSASS/PFALZ 27. Juli *Deut sche Marschteilnehmer sandten uns diesen Bericht:*

„Vom 14.–21. Juli fand im elsässisch-pfälzischen Grenzraum der 2. internationale gewaltfreie Marsch für Entmilitarisierung statt (siehe ID 181). An ihm nahmen bis zu 500 Leuten aus fast allen Ländern Europas, den USA und Japan teil. Unser Marsch ging von Haguenau/Els. über Wissembourg (Grenze), Landau/Pf., Neupotz nach Lauterbourg/Els., über ca. 150 km. Er sollte hauptsächlich ein Informationsmarsch für die dort lebende Bevölkerung über geplante Atomkraftwerke und militärische Einrichtungen in der Gegend sein.
Konkret richteten wir uns gegen die geplanten AKW's in Neupotz und Lauterbourg, gegen die für September geplante Stationierung von Pluton-Kurzstreckenatomraketen in Hagenau-Oberhoffen, gegen das französische Militärgericht und -gefängnis in Landau, in dem im Februar unter noch nicht geklärten Umständen Emmanuel Bekassa starb, und natürlich gegen die Grenze, die uns zweimal den Weg versperrte.

In Frankreich hatten wir neben einem kurzen tete-a-tete mit der CRS bei Oberhoffen und einer bei der Hitze gar nicht unangenehmen Wasserwerferdusche bei unserem Versuch, eine Luftwaffenbasis von innen zu besichtigen, keine Schwierigkeiten. Drei Polizisten regelten ohne viel Mühe den Verkehr.

Die erste Begegnung mit deutschen Bullen zeigte, daß das hier etwas anders war. Wir hatten uns vorgenommen, an der Grenze keine Papiere zu zeigen. Daraufhin sperrten die Bullen für vier Stunden die Grenze total. Wir wurden nach einigen Stunden jedoch unsicher und zeigten, erst einige, dann alle, ganz „normal" unsere Papiere und gingen rüber. Im Gegensatz zu den Franzosen brauchten die Deutschen ständig an die 30 „verkehrsregelnde" Bullen, und zwar tagsüber wie nachts. Dazu kamen noch ständig einige Autos fotografierender Ziviler. Dieser massive Einsatz verfehlte seine Wirkung auch nicht. Die Bevölkerung hatte teilweise mächtig Angst vor uns („denn die Polizei weiß ja, was sie macht").

Beim Grenzübertritt am 21.7. in Lauterbourg hatten wir uns wieder vorgenommen, unsere Papiere nicht zu zeigen. Und diesmal auch mit mehr Erfolg. Mitsamt Autos und allem anderen Gepäck wurden diejenigen, die nicht schon nachts oder morgens mehr oder weniger heimlich über die Grenze gekommen waren, ausgewiesen, nachdem einige von ihnen vor den immer größer werdenden Augen der Bullen ihre Ausweise verbrannt hatten. Vor der Ausweisung zeigten die Bullen noch mal, zu welcher Brutalität sie fähig sind, als sie wahllos zwei Genossen von uns mit Schlagstock- und Hundeeinsatz herausfischten. Ein Mädchen übergaben sie den Franzosen,diese ließen sie jedoch umgehend frei. Drei Genossen wurden bei diesem Einsatz von den Hunden gebissen, einige andere bekamen blaue Flecke.

Nach dem Marsch ging es in Bussen weiter Richtung Malville und Larzac."

GRÜNE LISTE IN ERLANGEN

ERLANGEN 25. Juli *In Erlangen wird zur Zeit eine „Grüne Liste" gebildet - ein Zusammenschluß von politischen Gruppen, die sich im Frühjahr 1978 an der Kommunalwahl beteiligen werden. Zu dieser Liste gehören bisher: ein kommunalpolitischer Arbeitskreis,die Leute von der „Was Lefft" (das ist die Erlanger Stadtzeitung), Stadtindianer, die Aktionsfront für ein unabhängiges Franken, die Arbeitsgruppe Reggae, KKW-Gegner, die Radfahrer-Initiative, sonstige Spontis und andere heimatlose Sozialisten. In einem Flugblatt der „Grünen Liste" heißt es u.a.:*

„Ein paar unserer wesentlichen Forderungen sind:

– Sperrung der Innenstadt für den privaten Autoverkehr, für mehr Fußgängerzonen

– Keine H-Bahn in Erlangen und auch nicht anderswo

– Die Busse sollen billiger sein, öfter fahren und umweltfreundlich sein

– Kein Abriß von Wohnhäusern in der Innenstadt

– Keine Baugenehmigung für Häuser, die höher sind als Bäume

Wir sind keine 4., 5. oder 6. Partei. Es geht darum, hier in Erlangen was zu verändern und durchzusetzen. Und da kann man den Parteibonzen und der Stadtverwaltung auch ruhig einmal da auf die Zehen treten, wo sie sich stark fühlen: im Stadtrat. Deswegen: Meldet euch jetzt noch im Juli um mit dem 1. Wohnsitz nach Erlangen (letzter Termin: Ende August, sonst ist es zu spät; wählen und kandidieren darf nur die/der, die/der mindestens ein halbes Jahr in Erlangen seinen 1. Wohnsitz schon hat).'

Die Franken-Separatisten haben inzwischen das Programm um einige Vorschläge erweitert.

– Franken muß unabhängig werden von bayerischer und preussischer Vorherrschaft. Herausgabe der von Baden-Württemberg besetzten fränkischen Gebiete. Eigener fränkischer Rundfunk und Fernsehsender. Schluß mit der Radio- und TV-Verblödung aus München.

– Abschaffung der aus Preußen importierten 0,4l Biergläser. Kein Quelle-Bier mehr; Brauereien dem Volke. Umrüstung der öffentlichen Brunnen auf Bier und Beerenwein.

– Was für die Säufer gilt, muß auch für die Leute gelten, die gern mal ein Pfeifchen durchziehen, daher: Bepflanzung des Regnitz-Grundes im Sinne der Bewußtseinserweiterung.

– Einführung der Drei-Tage-Woche, Arbeitszeitbegrenzung auf die Zeit von 11.30 bis 14 Uhr. Für die KWU und Siemens gilt zusätzlich: 2 Std. Mittagspause und 1/2 Std. Kaffeepause, diese Maßnahme dient der Gesundheit der Arbeiter wie der gesamten Bevölkerung.

– Bullen über 8 Jahre gehören pensioniert: Der Job ist zu hart, als daß man ihn länger ausüben könnte.

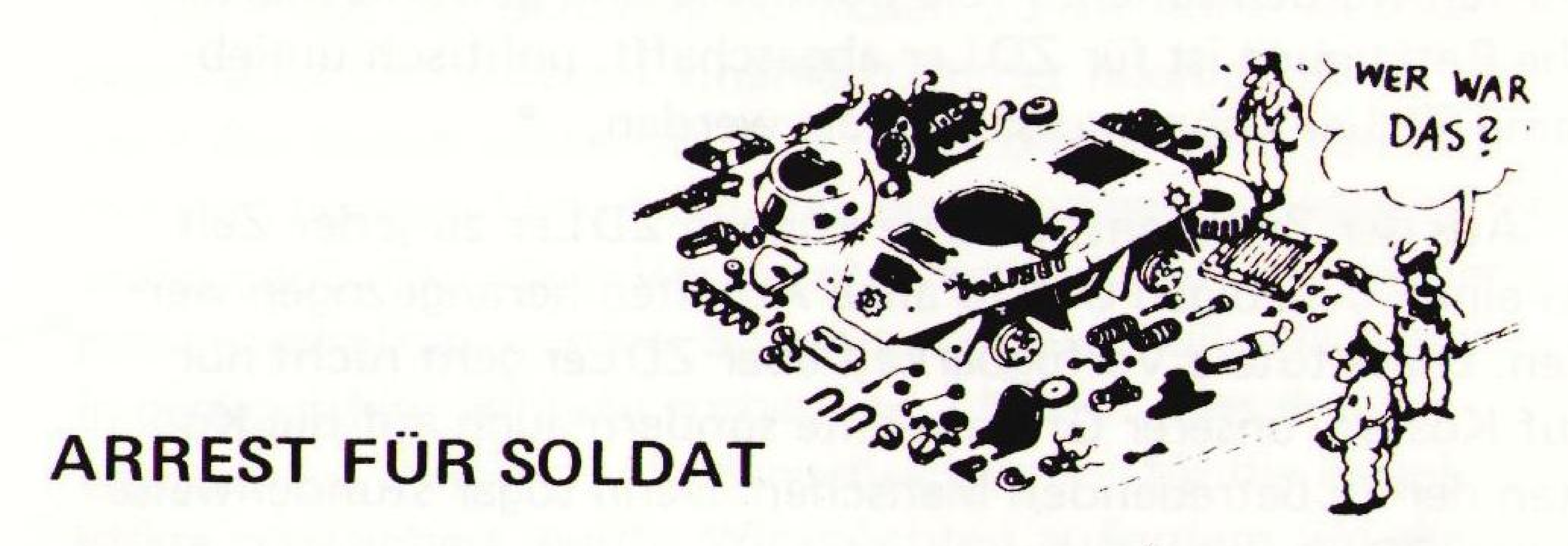
Die Franken-Separatisten planen im übrigen für die nächste Zukunft eine ganz Franken umfassende Organisation. Eine Beteiligung an der Wahl des Nürnberger Stadrates ist auch vorgesehen.

Ein weiterer Programmpunkt der „Grünen Liste" ist die Forderung nach der Abschaffung des Schloßgartenfestes. Dieses Fest ist eine Veranstaltung der Erlanger High-Society und findet alljährlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Dieses Jahr gabs Putz zum Fest, denn zum gleichen Zeitpunkt war geplant, ein Folkfestival zu veranstalten - ebenfalls im Schloßgarten. Von der Stadt wurde das allerdings untersagt, mit Hinweis auf das gesellschaftliche Ereignis. Dessenungeachtet gingen die Bemühungen weiter, den Bonzen ihr Fest zu vermiesen Kurz vor dem Fest tauchte eine Einladung der Universität Erlangen-Nürnberg auf, in der es unter anderem hieß:

„Die Uni Erlangen-Nürnberg freut sich, endlich einmal Gelegenheit zu haben, nicht nur der Stadt Erlangen, sondern auch namentlich den vielen jungen Einwohnern Erlangens und einem großen Teil der Studenten - für deren Wohl sie sich besonders verantwortlich fühlt - helfend unter die Arme zu greifen. Uns ist es schon lange ein Dorn im Auge, daß das Schloßgarten-Fest zu einer Prestigeangelegenheit für die Honorationen unserer Stadt geworden ist. Zumal bei der augenblicklichen materiellen Situation der Studenten muß eine solche Feier natürlich wie eine Provokation wirken. Auch die Folk-Freunde dürften sich dabei etwas ungerecht behandelt vorkommen, da ihr Festival wohl kaum größeren Lärm erzeugt hätte als das Schloßgarten-Fest. Wir haben daher beschlossen, das Fest auch dem breiten Publikum zugänglich zu machen und fordern alle Folk-Freunde und Studenten, die es sich aus finanziellen Gründen nicht leisten konnten, eine Karte zu kaufen, auf, am Samstag um 21.30 Uhr zum Pauli-Brunnen am Marktplatz zu kommen, um gemeinsam ein freies Folk-Festival zu feiern..."

Zum Fest kamen etwa drei/vierhundert Leute. Mit reichlicher Verspätung und nach einigen Irrwegen kam auch die Polizei am Schloßgarten an - und eine Prügelei mit Professoren, Polizisten und Hunden entwickelte sich.

Kontaktadresse: Was Lefft, 8520 Erlangen, Altstädter Kirchenplatz 7/1, Tel.: 09 131/27 789



ARREST FÜR SOLDAT

GEROLSTEIN, 26 Juli *Der Gefreite Bernd Stürzenberger hat 14 Tage Disziplinararrest bekommen, weil er am 1. Mai in Uniform an einer Demonstration des Deutschen Gewerkschaftsbundes teilgenommen hat. 36 Soldaten der Eifel – Kaserne Gerolstein haben am 22.6. eine Presserklärung verfasst, die in der bürgerlichen Presse verschwiegen wurde:*

Am 1. Mai 1977 hat der Gefr. Stürzenberger in Uniform an der Demonstration des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Koblenz teilgenommen. Er trug ein Transparent mit den Forderungen "Lohnfortzahlung für Wehrpflichtige!" und "Kündigungsrecht für Zeitsoldaten!", Forderungen, die geeignet sind, um gegen Kasernierung, Schikane und Hungersold in der Armee zu kämpfen. Weiterhin hat er für die Wahl zum Vertrauensmann in seiner Kompagnie eine Stellungnahme unter seinen Kameraden verteilt, in der er seine Forderungen als Wahlplattform vorschlug, sowie die Forderungen:"Monatlich 4 Freifahrten nach Hause, Fahrkostenrückerstattung für Pkw–Fahrer, Monatlich mindestens 1 Mannschaftsversammlung!" Um die Lage der Wehrpflichtigen klarer aufzeigen zu können, wurde vom Gefr. Stürzenberger ein "Fragebogen zur sozialen Lage der Wehrpflichtigen" an die Kameraden verteilt, durch den die elende finanzielle Situation aufgrund des Hungersoldes deutlich wurde.

Die Rechtlosigkeit der einfachen Soldaten soll sie zu blindem Kadavergehorsam abrichten, daran haben sie kein Interesse, daher müßen sie sich diese Rechte nehmen. Wenn sie dies tun, reagiert der Militärapparat empfindlich. Gefr. Stürzenberger wurde zu 14 Tagen Disziplinararrest verurteilt, die er am 24. 6. 1977 antreten muß, weil er sich politische und gewerkschaftliche Freiheiten nahm um für die Interessen der einfachen Soldaten zu kämpfen.

Wir verurteilen dies bedingungslos und fordern die sofortige Aufhebung der Disziplinarmaßnahme gegen den Gefr. Stürzenberger sowie gewerkschaftliche und politische Freiheit in der Armee.

Protestresolution bitte an: Kommandeur o.V.i.A. sFmBetrBtl 930, Eifel–Kaserne, 5530 Gerolstein und Soldaten– und Reservistenkomitee Koblenz c/o Wolfgang Schorlau, Hohenzollernstraße 157, 54 Koblenz

ZDL – KASERNE "VINCKEHOF" BESETZT

CASTROP–RAUXEL, 26. Juli *Hauptthema des 3. bundesweiten Treffens der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden 77 war die im "Vinckehof" geplante Kasernierung von Zivildienstleistenden. Folgende Resolution wurde verabschiedet:*

Die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SOdZDL) hat während ihrer 3. Bundesdelegieretenkonferenz 77 am 9.7. die Zivildienstkaserne in Castrop–Rauxel (Ickern) "Vinckehof" symbolisch besetzt. Zivildienstleistende aus der ganzen BRD haben diesen Schritt mit klarer Mehrheit beschlossen. Beim Projekt "Vinckehof" handelt es sich um einen erneuten Versuch, ZDLer zu kasernieren und den Zivildienst militärisch zu organisieren.

Wir protestieren aufs Schärfste gegen diese Kasernierung! Denn wir wissen, daß damit nach den Bestimmungen des Zivildienstgesetzes die ZDLer in ihren Grundrechten eingeschränkt und dem Befehl – Gehorsam – Verhältnis unterworfen werden sollen. Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung ist für ZDLer abgeschafft, politisch unliebsame ZDLer können diszipliniert werden.

Aus der Zivildienstkaserne können ZDLer zu jeder Zeit an einen beliebigen Ort zu allen Arbeiten herangezogen werden. Diese totale Verfügbarkeit über ZDLer geht nicht nur auf Kosten unserer Grundrechte sondern auch auf die Kosten der zu betreuenden Menschen. Denn sogar stundenweise sollen ZDLer ausgeliehen werden.

Weil ZDLer billiger sind, werden sie schon heute anstelle festeingestellter Kollegen eingesetzt. Durch die Kasernierung wird dies noch gezielter möglich sein und auch einen höheren Lohndruck ausüben, zumal ZDLer jederzeit als Streikbrecher einsetzbar sind. Ein wahres Arbeitsplatzvernichtungsprogramm ist mit der Ausweitung des Zivildienstes auf 50 000 Plätze im Rahmen der Novellierung des Wehrpflicht– und Zivildienstgesetzes geplant.

Wir wollen keinem Kadavergehorsam unterliegen und den festangestellten Kollegen keine Arbeitsplätze wegnehmen!

Die Zivildienstkaserne (neben dem "Vinckehof" sind 8 – 10 weitere geplant) ist ein Meilenstein im Aufbau eines allgemeinen Arbeitsdienstes auch für die Frauen. Der Bundesbeauftragte für Zivildienst, Hans Iven, fordert: "Die Politiker sollten eine allgemeine Dienstpflicht einführen, die auch die Frauen erfaßt, damit auch dann noch (wenn alle Männer für die Bundeswehr gebraucht werden) die sozialen Aufgaben für unsere Gesellschaft erfüllt werden können." (Frankfurter Neue Presse, 4.6.77)

Diese Art von alle–in–die –Verantwortung–für–die–(Volks)gemeinschaft–nehmen lehnen wir ab; dies gäbe es nicht das erste Mal auf deutschem Boden.

Kontakt: Andreas Sielaff, Büttskamp 52, 2 Hamburg 61

ENDE ODER WENDE?

–VOM VORLÄUFIGEN ENDE EINER ,ALTERNATIVZEITUNG'–

FRANKFURT 28.Juli Mit dem Erscheinen der Juli-Ausgabe stellt die Frankfurter Illustrierte Zeitung ,Hauptwache' ihr Erscheinen ein. Eineinhalb Jahre hatten freie Journalist(inn)en, Fotografen, Student(inn)en und Lehrer(innen) neben ihrer beruflichen Tätigkeit versucht, eine ,alternative' illustrierte Stadtzeitung in Frankfurt am Leben zu halten. Bezahlt haben das Experiment einige mit über 2000 DM persönlicher Einlagen.

Doch es soll hier nicht viel von Geld geredet werden. Der Pleitegeier kreiste von Anfang an über dem Projekt, welches durch seine formal;anspruchsvolle'Aufmachung (die Anführungsstriche zeigen, daß wir das auch für kritikwürdig halten) eine, wenn nicht die, kostenintensivste ,Alternativzeitung' in der BRD gewesen ist. Wer es genauer wissen will, kann in der Augustausgabe der ,Pardon' nachschlagen.

Was uns nach 18 Ausgaben bewogen hat, die Zeitung einzustellen, waren aber nicht primär die Geldfragen. Es waren vielmehr konzeptionelle und inhaltliche Schwierigkeiten, die in derselben oder ähnlichen Form auch für viele andere Alternativzeitungen zutreffen dürften. Provokativ könnte man sagen, der ,Gründungsboom' der ,Alternativzeitungen' und damit auch eine gewisse naive Euphorie, die manchmal sogar glaubte, eine Zeitung in der Stadt oder auf dem Land sei schon eine ,neue Bewegung', ist vorbei und der Katzenjammer steht vor der Tür. Briefe, die uns nach unserem abrupten Ableben von anderen Redaktionen erreichten, bestätigen das.

Spätestens seit einem halben Jahr schlägt den Redakteuren von neugegründeten ,Alternativzeitungen' der Wind ins Gesicht. Die werten Leser beginnen an allen möglichen Kleinigkeiten herumzunörgeln, stoßen sich an der Aufmachung, wenns hoch kommt auch einmal an einem Artikel, bleiben meistens passiv oder versuchen ihr ,schlechtes' Gewissen mit Schulterklopfen zu entschuldigen:„Macht mal weiter Kinder, es ist doch schon ganz gut was ihr macht." Solche Reaktionen brachten unser Dilemma auf den Begriff. Sie offenbarten die de facto bestehende Trennung von Rdaktion und den Lesern und wiesen auf die Fremdheit hin, mit der sich die Betroffenen und diejenigen die über deren Konflikte schrieben, gegenüberstanden. Unser Anspruch und die Wirklichkeit lagen meilenweit auseinander. Und der Aufruf zur selbständigen Mitarbeit blieb formal, wie solche Aufrufe eben sind, und deshalb auch ohne nennenswerte Ressonanz.

Der bombastische Anspruch eine ,Alternativzeitung' zu sein. wurde uns immer verdächtiger und angesichts der Erfahrungen, die wir während der 18 Monate Hauptwache-Produktion gemacht haben, ist es besser, diesen Anspruch nicht länger so ungebrochen wie ein Schild vor sich her zu tragen. Denn funktionalisiert von dem Chaos der inneren Organisation und Produktion haben wir es zu keinem Zeitpunkt vermocht, eine wirkliche kreative, phantasievolle Arbeit auf die Beine zu stellen, in der gemeinsames Lernen und Diskutieren über unsere Probleme und die in dieser Stadt möglich gewesen wären. So kann man überspitzt sagen:„Nicht wir haben eine Zeitung gemacht, sondern diese hat uns gemacht." (Zitat aus der letzten Ausgabe).

Der wesentlichste Kritikpunkt jedoch betrifft unser politisches Selbstverständnis, was ja anders herum heißt, den Standpunkt der Zeitung. Während in ehrenwerten Frankfurter Künstlerkreisen gemunkelt wurde, die Hauptwache würde hintenherum von der SPD finanziert, titulierte Ex-Oberbürgermeister Arndt sie als ,Kommunistisches Hetzblatt'. Ja,welchen Standpunkt vertrat die Hauptwache nun eigentlich? ,Einen undogmatischen linken',sagen die Gründer. Nun – auch linke Reformisten, zumal in Frankfurt, halten sich für undogmatisch – die Spontis tuns und sinds hin und wieder auch einmal. In der Hauptwache waren unausgesprochen beide Standpunkte vertreten. Es gab Artikel , wo an eine Kritik anknüpfend den

Verkehrs- und Stadtverplanern gute Ratschläge gegeben wurden, es gab Artikel, die überschrieben waren: „Sie sind ein Lügner, Herr Polizeipräsident." Das Schlimme daran war nur, daß es darüber keine inhaltliche Auseinandersetzung gegeben hat, die dazu hätte führen müssen, daß Redaktion und Leser gegenseitigen Lernprozeß hätten organisieren können, mit dem Ergebnis, daß die Zeitung auch über den formalen Minimalkonsens hinaus ein konzeptionelles und inhaltliches politisches Profil hätte entwickeln können. So bleibt es an dieser Stelle beim Konjunktiv.

Das Ende der Hauptwache soll jedoch nun nicht heißen, das Ende eine Illustrierten Zeitung im Frankfurter Raum. Wir wollen eine kreative Pause einlegen, wo wir versuchen werden, uns größere Klarheit über unseren Standpunkt zu verschaffen, wo wir über die Produktionsproblematik einer ‚Alternativzeitung' diskutieren wollen, wo wir über Sprache, über Fotografie etc. reden, über die städtische Umwelt und den Lebensalltag der Individuen, über den Fetisch „Aktualität", wie ihn die bürgerliche Öffentlichkeit hervorgebracht hat, über die Problematik der Bildmontage etc. — kurz: über all das, worüber hätte geredet werden müssen, bevor man eine Illustrierte Zeitung starten will. Und wenn alles gut geht, gibt es irgendwann einmall wieder eine Illustrierte Zeitung in Frankfurt. Bis dahin werden wir sogenannte Faltblätter herausgeben, die über unsere Diskussionen informieren sollen. Wer diese Blätter haben möchte kann uns schreiben. Sie kosten ca. 0,50 DM das Stück, plus Porto:

Hauptwache, Arndtstraße 31, 6000 Frankfurt (Main).

OFFENER BRIEF AN FRAU SCHULRÄTIN PICK

FRANKFURT, Juli 77 *Die Frankfurter Sektion Ausländischer Lehrer in der GEW verfaßte einen offenen Brief an Frau Schulrätin Helga Pick, zur Situation der ausländischen Lehrer, Schüler und Eltern:*

Sehr geehrte Frau Schulrätin!

In der Mitgliederversammlung der GEW Sektion Ausländische Lehrer vom 13. 7. 77 wurde beschlossen, Sie über die besorgniserregende Situation der ausländischen Lehrer, Schüler und Eltern öffentlich anzusprechen.

Aufgrund der zuletzt eingeleiteten Maßnahmen in Bezug auf das kommende Schuljahr ist die allgemeine Verunsicherung der ausländischen Lehrer, Schüler und Eltern verstärkt worden. Da diese Situation unseres Erachtens weder pädagogisch noch sozial zu vertreten ist, bitten wir Sie um eine Stellungnahme zu den folgenden Punkten.

Wir stellen fest, daß die Überweisung von ausländischen Schülern in deutsche Regelklassen ohne Anwendung von einheitlichen Kriterien erfolgt. Große Unsicherheit besteht für die Schulanfänger, bei denen immer noch nicht feststeht, ob sie in eine Regelklasse oder in eine Vorbereitungsklasse eingeschult werden. Bekanntlich ist das 1. Schuljahr für die gesamte Schullaufbahn eines Kindes entscheidend. Gerade deshalb kann man es nicht darauf ankommen lassen, wie sich die Dinge am Schuljahresanfang entwickeln. Es darf sich nicht wiederholen, daß mitten im Schuljahr ausländische Erstklässler aus Regelklassen in Vorbereitungsklassen geschickt werden und umgekehrt.

Ungeklärt ist, ob für die ausländischen Schüler, die an verschiedenen Schulen in deutsche Regelklassen überwiesen worden sind, ausreichende Maßnahmen für die notwendige Weiterförderung in der deutschen Sprache getroffen wurden. Die bisherige Praxis zeigt nämlich, daß Überweisungsvorschläge für Schüler gemacht werden, deren Deutschkenntnisse keine erfolgreiche Mitarbeit in der deutschen Regelklasse gewährleisten.

Die Situation der neu angekommenen ausländischen Schüler, die die 8. Vorbereitungsklasse besucht haben, ist weiterhin schwierig. Da es kaum 9. Vorbereitungsklassen gibt, sind sie gezwungen eine deutsche 9. Klasse zu besuchen, obwohl sie dort von vornherein wegen mangelnder Sprachkenntnisse zum Versagen verurteilt sind.

Drei Tage vor Schuljahresende ist eine 9. italienische Klasse mit 20 Wochenstunden in deutscher Sprache und 10 Wochenstunden in italienischer Sprache für das kommende Schuljahr in Aussicht gestellt worden. Die Eltern der dafür in Frage kommenden Schüler haben zum Teil schon andere Entscheidungen für ihre Kinder getroffen. So besteht die Gefahr, daß ein dringend notwendiges Projekt wegen zu kurzfristiger Planung scheitert.

Die Frage der muttersprachlichen Sonderkurse ist sowohl organisatorisch als auch inhaltlich immer noch nicht geklärt. Sie stehen weiterhin in keinem Sachzusammenhang mit dem übrigen Unterricht. Die notwendigen pädagogischen und organisatorischen Voraussetzungen hierfür sind bisher nicht geschaffen worden. Sonderkurse sind außerdem nicht in genügendem Umfang vorhanden, obwohl dies den Eltern bei der Überweisungsbenachrichtigung für die Regelklasse zugesichert wurde. Wir möchten außerdem auf die katastrophalen Zustände in vielen Sonderklassen hinweisen, in denen z.B. mehrere Jahrgänge mit den unterschiedlichsten muttersprachlichen Kenntnissen zusammen 4 bis 5 Stunden lang an einem Nachmittag unterrichtet werden. Und häufig sogar müßen die Lehrer die Sonderkurse ihrer Schüler selbst aus den verschiedenen Schulen zusammensuchen.

Unter diesen Umständen gefährdet die gegenwärtig forcierte Praxis der Überweisung in deutsche Regelklassen und die Aufhebung einiger Vorbereitungsklassen für das erste Schuljahr das sinnvolle und von uns nach wie vor unterstützte Prinzip der Integration. Gleichzeitig werden die ausländischen Kollegen dadurch in eine unerträgliche Unsicherheit gebracht. Sie sind bis heute nicht informiert worden, wo sie im nächsten Schuljahr eingesetzt werden. Diese Situation ist unzumutbar.

In diesem Zusammenhang möchten wir auf das Interview mit Ihnen in der „Frankfurter Rundschau" vom 5. 11. 1976 hinweisen, in dem Sie Ihren Willen kundtun, sich für die Behebung der vorhandenen Mißstände einzusetzen.

Wir bitten Sie, Stellung zu nehmen, wie Sie sich die Lösung der hier kurz angerissenen Probleme vorstellen und wie Sie dafür sorgen wollen, daß sich zum Schuljahresbeginn 1977/78 nicht eine Situation wie im vorigen Jahr wiederholt.

Mit freundlichen Grüßen:
Sektion Ausländische Lehrer der GEW, i.A.:
gez. Guercilena



DER MISSGLÜCKTE PUTSCH IN ANGOLA

Luanda Im Juni 1977

Das blutige Staatsstreichdrama, das sich vor kurzem in Angola abspielte, war wohl das Letzte, was der an seinen Grenzen noch unvermindert durch bewaffnete ausländische Interventionen bedrohte junge Staat gebrauchen konnte – gehen doch fast wöchentlich neue Meldungen ein, daß eine unheilige Allianz aus westlichen Regierungen, Geheimdiensten, multinationalen Unternehmen, Söldnern, weißen Rassisten und schwarzen Eliten in Afrika dabei sind, unter dem Motto "Weihnacht in Angola" die Invasion "Cobra 77" in Szene zu setzen, um der an Rohstoffen reichen Volksrepublik doch noch eine neokoloniale Zukunft zu bescheren.

Und gerade in diesem Augenblick sah eine Gruppe wirrer, aber ehrgeiziger Oppositioneller innerhalb der MPLA (Volksbewegung für die Befreiung Angolas) die Zeit für einen gewaltsamen Griff nach der Macht gekommen. Einen deutlicheren Beweis revolutionärer Verantwortungslosigkeit hätten die Putschisten um den früheren Innenminister Nito Alves nicht bringen können.

Das blitzschnelle Eingreifen verantwortungsbewußter militärischer Einheiten ließ ihren Versuch innerhalb weniger Stunden im Keim ersticken und sicherte die Fortsetzung des unter der Führung von Präsident Agostinho Neto entwickelten Kurses der nationalen Unabhängigkeit, der sozialen Revolution und der Entwicklung. In kurzer Zeit ist jedoch viel Schaden angerichtet worden. Die abscheulichen Morde an einigen führenden Kadern sind ein harter Schlag.

Im Namen der "Volksmacht"?

Was geschah genau an jenem unheilvollen Freitagmorgen des 27. Mai? Einwohner Luandas erzählen, daß sie in jener Nacht durch heftigen Schußwechsel und Explosionen in der ganzen Stadt, besonders in der Gegend des Regierungspalastes * und des Verteidigungsministeriums, aufgeschreckt wurden. Um sieben Uhr morgens kamen über den Rundfunk folgende anfangs nur beruhigend gemeinte Meldungen: die Schießereien stünden in Verbindung mit der Verhaftung einiger korrupter Minister, Beamter und Parteikader, aber jetzt sei wieder alles ruhig in der Stadt. Kurz darauf begann ein "Aktionskomitee der MPLA" die Bevölkerung aufzufordern, nicht zur Arbeit zu gehen, sondern vor dem Regierungspalast an einer Kundgebung gegen die Korruption teilzunehmen. Einige Zeit später meldeten die sich jetzt als Sprecher der "Volksmacht" und der "wirklichen Revolutionäre innerhalb der MPLA" bezeichneten Ansager wieder damit, daß die Veranstaltung auch dazu dienen sollte, die Freilassung von "aufrechten Revolutionären" aus dem Gefängnis zu erzwingen.

Durch die geschickte scheinbar progressive Sprache in den Radiomeldungen muß bis zu diesem Augenblick für die meisten Hörer unklar gewesen sein, daß es sich in Wirklichkeit um einen gut vorbereiteten Putschversuch handelte, dessen Ziel die Liquidierung Präsident Agostinho Netos und eines Großteils seiner revolutionären Gefolgschaft in der Regierungs- und Parteispitze war. Tatsächlich hörte man einen Radiosender, der im Laufe der Nacht von putschenden Militärs aus der 9. Panzerbrigade besetzt worden war und der jetzt versuchte, die Bevölkerung auf die Straße zu bringen, um einen Staatsstreich als "Volksaufstand" tarnen zu können.

Nach zwei Stunden Radiosendung wurde – immer noch ohne den persönlich sehr populären Neto namentlich anzugreifen – die Katze aus dem Sack gelassen. Die "aufrechten Revolutionäre", die aus dem Gefängnis befreit werden sollten, wurden namentlich aufgeführt: der frühere Innenminister Nito Alves und Jose van Dunem, bis vor kurzem politischer Kommissar der Streitkräfte. Beide waren eine Woche zuvor endlich aus dem Zentralkomitee abgewählt worden, nachdem sich monatelang in der MPLA ein Konflikt aufgestaut hatte, wobei man den beiden vorwarf, sich nicht an den demokratischen Zentralismus gehalten zu haben, sondern spalterisch und sogar verschwörerisch aufzutreten. Den Radiosendungen zufolge waren sie danach in das Sao-Paulo-Gefängnis in Luanda gebracht worden, eine Behauptung, die inzwischen zurückgewiesen wurde und bei der man in der Tat einige Fragezeichen machen kann. Was der Sender nicht meldete, war, daß auch eine möglicherweise vor dem Gefängnis demonstrierende Menschenmenge nur als Deckmantel dienen sollte, da sich die Putschisten bereits in der Nacht des Gefängnisses bemächtigt und alle Türen geöffnet hatten, so daß die Gefangenen – einschließlich der Schwarzhändler, Spekulanten und anderen Kriminellen, aber auch der Terroristen aus FLEC, UNITA und FNLA – ohne weiteres davonlaufen konnten. Sogar die im vergangenen Sommer verurteilten Söldner hätten diese Gelegenheit dazu benutzen können, sich aus dem Staub zu machen, wenn sie gewollt hätten.

Auf jeden Fall waren Nito Alves und Jose van Dunem mittlerweile auf freiem Fuß und hatten sich an die Spitze des Umsturzversuches gestellt, der von langer Hand vorbereitet gewesen sein muß und der jetzt wegen des kürzlich erfolgten Vorgehens gegen das führende Zwiegespann vermutlich etwas übereilt unter dem militärischen Kommando von Kommandant Bakalof, Politkommissar der MPLA-Streitkräfte, ausgeführt wurde.

Auf jeden Fall begann es nun ein wenig klar zu werden, aus welcher Ecke der Wind wehte, und als wichtige Tatsache kam noch hinzu, daß fast niemand auf die Rundfunkaufrufe reagierte: die Straßen blieben leer, die Bevölkerung blieb zum größten Teil zu Hause. Mit dieser Situation hatten die Putschisten offensichtlich nicht gerechnet, und jetzt wurde sehr schnell deutlich, wie machtlos sie ohne diese Rückendeckung waren. Der

nicht gerechnet, und jetzt wurde sehr schnell deutlich, wie machtlos sie ohne diese Rückendeckung waren. Der Netotreue Teil des Regierungs- und Parteiapparates hatte sich inzwischen von den ihm in der Nacht zugefügten Schlägen soweit erholt, daß er noch am gleichen Morgen zum Gegenangriff übergehen konnte. Gegen elf Uhr gelang es den von Kubanern unterstützten loyalen Truppen, den Radiosender wieder in ihre Gewalt zu bringen, und damit verloren die Putschisten faktisch ihren wichtigsten Trumpf. Überall in den Straßen erschienen jetzt Panzer und schweres Material, un im Laufe des Tages wurden die meisten aufständischen Einheiten entwaffnet. Trotzdem dauererte es noch einige Tage, bis der Verwirrung in ganz Luanda ein Ende gemacht werden konnte. Vor allem das weitausgedehnte Slumgebiet Sambizanga, in dem die Aufständischen Operationszentrum hatten, blieb einige Tage unzugänglich, da dort ein militärisches Vorgehen unvermeidbar viele Opfer unter der Zivilbevölkerung gefordert hätte.

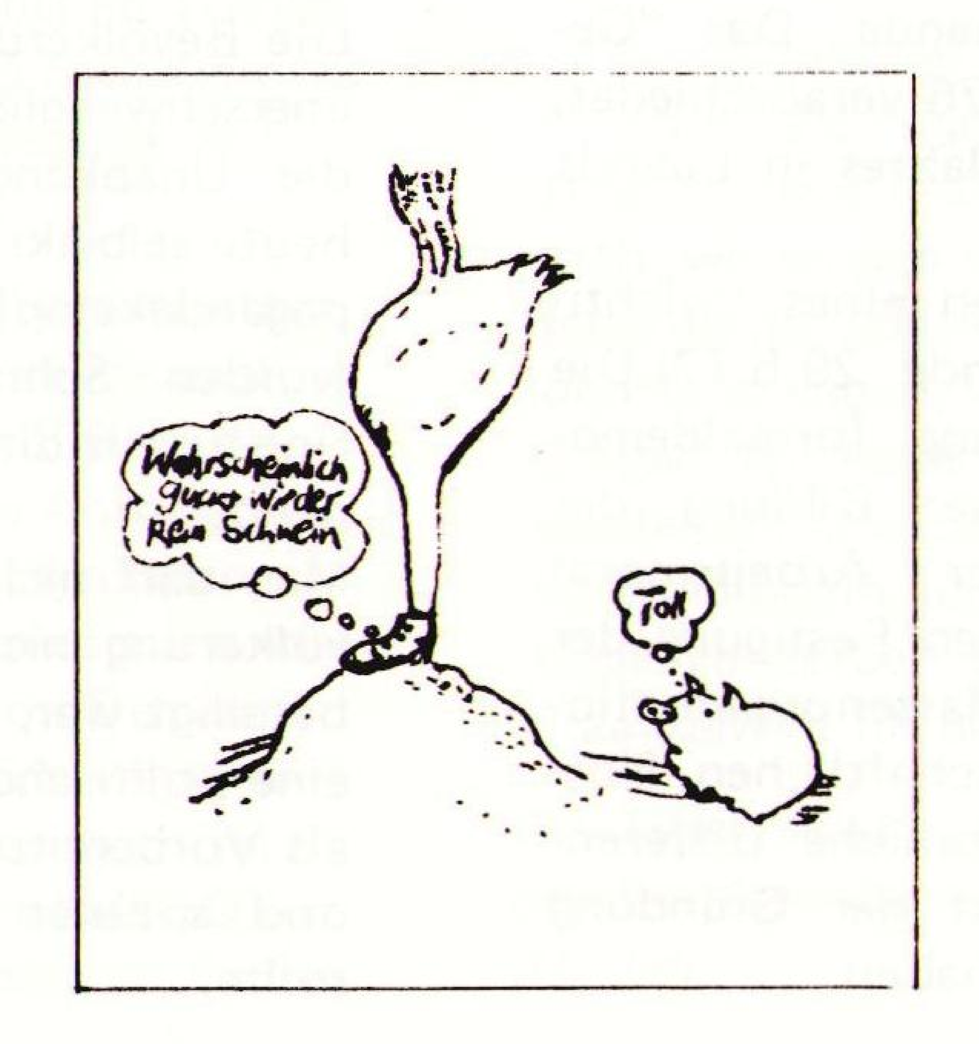
Inzwischen konnte man die erste der entstellten und oftmals verkohlten Leichen identifizieren, die man am Freitag hier und dort in der Stadt gefunden hatte: Schlachtopfer einer gezielten Liquidationskampagne während der Nacht von Donnerstag auf Freitag gegen ge, schwer zu ersetzende führende Kader aus Armee, Partei und Regierung. Berichte aus den übrigen Teilen des Landes machten klar, daß die Revolte nicht auf Luanda beschränkt blieb. Auf jeden Fall gab es in der Provinz Malange nordöstlich von Luanda einen vergleichbaren, koordinierten Aufstand. Erbeutete Dokumente und Geständnisse von verhafteten Putschisten vervollständigen nach und nach das Bild des Staatsstreiches, der die Präsidentschaft des jungen, ehrgeizigen, in gewisser Weise brillianten, aber politisch auch sehr wirren und unzuverlässigen Nito Alves und die Liquidierung von Agostinho Neto und vielen Getreuen, die mit ihm von Anfang an den nationalen Befreiungskampf geführt haben, hätte zufolge haben sollen.

Was war die politische Bedeutung dieses abscheulichen Dramas, durch das die MPLA – die früher schon öfter mit lebensbedrohenden Auseinandersetzungen zu kämpfen gehabt hatte, aber in der letzten Zeit auf dem Weg zu einer redlich herbeigeführten Einheit war – wieder einmal am Rande des Abgrunds entlangbalancierte?

Ein verdienter Revolutionär...
Im Laufe des langwierigen Konfliktes mit der Gruppe um Nito Alves kamen viele wirkliche Probleme zutage, für die die MPLA den angolanischen Verhältnissen entsprechende Lösungen finden mußte. Diese Probleme betrafen z.B. das Verhältnis zwischen den autonomen Organen der Poder Popular (Volksmacht) und der Parteidisziplin der MPLA; zwischen der "schwarzen Macht" versus einer prinzipiell nicht-rassistischen Politik; das Verhältnis zu Kuba, der Sowjetunion, der VR China, der kapitalistischen Welt und zu den anderen afrikanischen Ländern. Schließlich mußte in jedem dieser Bereiche eine Entscheidung zwischen "Radikalismus" und "Mässigung" getroffen werden.

Das Problem mit Nito Alves bestand vor allem darin, daß er im Laufe seiner stürmischen politischen Karriere in all diesen Bereichen sehr radikale Ideen vertrat, die er jedoch meist nach kürzester Zeit auch wieder großzügig aufgab, um das Gegenteil zu vertreten, wobei er selbst nicht davor zurückschreckte, einen Teil der bestehenden Fragen beständig und bis zur Unkenntlichkeit durcheinanderzuwerfen. Der Eindruck, der verbleibt, ist der eines Mannes, der in bestimmten Phasen des Kampfes nützliche Fähigkeiten entwickelte, dadurch innerhalb der MPLA eine schwer angreifbare Position aufzubauen wußte, aber durch den Mangel an einer etwas intellektueller ausgerichteten Schulung in der Praxis der "großen Politik", in die Angola geriet, von einer Falle in die nächste tappte und schließlich, von persönlichem Ehrgeiz getrieben, den Weg an die Spitze ohne jegliche Selbstkritik und über die opportunistischsten Koalitionen suchte.
Es ist von Nutzen, einmal die politische Karriere des jetzt 27 Jahre alten Nito Alves zu betrachten. Die Grundlage dafür scheint in den letzten Jahren des Kampfes gegen den portugiesischen Kolonialismus gelegt zu worden sein, als er durch seine unter extrem harten Bedingungen durchgeführte Arbeit in der inzwischen legendär gewordenen Ersten Militärischen Region, dem schwer zugänglichen Gebiet von Dembos im Nordosten Luandas, hervortrat. Kurz nach der Aufnahme des bewaffneten Kampfes mit dem Angriff auf das Gefängnis von Luanda am 4. Februar 1961 eröffnete die MPLA in Dembos die erste richtige Front der Guerilla; Dembos entwickelte sich schnell zum mehr oder weniger befreiten Gebiet, in dem die MPLA trotz der ständigen portugiesischen Bedrohung praktisch die Macht innehatte, die Wirtschaft organisierte, Unterricht erteilte und einen Gesundheitsdienst aufbaute. Dies alles war natürlich sehr rudimentär, aber es war vorhanden. Und es existierte auch während der langen Jahre, in denen Dembos durch die Portugiesen, die FNLA und Zaire im Norden und die UNITA im Süden praktisch von der Außenwelt abgeschnitten war und nicht mehr von den Nachschubkolonnen erreicht werden konnte. Wenn Alves wirklich hier geformt wurde (darüber bestehen übrigens unterschiedliche Ansichten), kann das sowohl hinsichtlich seiner unverkennbaren Qualitäten wie auch seiner spärlichen Einsicht in die internationalen politischen Verhältnisse viel erklären.
Auf jeden Fall tauchte Nito Alves kurz nach dem Fall des portugiesischen Kolonialismus im April 1974 in den Slums von Luanda unter, wo er als Illegaler den Auftrag bekam, den Einzug von Agostinho Neto vorzubereiten und die Bevölkerung auf Grund fehlender fester MPLA-Strukturen in militanten Volksmachtorganen zu organisieren. Beides wurde ein großer Erfolg: der Einzug von Neto erhielt einen außerordentlich triumphalen Charakter, und die Volksmachtorgane wurden dermaßen militant, daß sie im Sommer 1975 aus eigener Kraft die unter der Protektion der Portugiesen stehenden, zum Großteil aus zairischen Truppen aufgebauten FNLA-Streitkräfte aus Luanda vertrieben, und zwar zu einem Zeitpunkt, zu dem sich die offizielle MPLA – viel vorsichtiger – noch auf Grund der Beschlüsse von Alvor an einer Übergangsregierung mit UNITA und FNLA beteiligte. Alves Radikalismus entsprach in diesem Augenblick noch einer richtigen Einschätzung der Lage, und seine Arbeit wurde von der MPLA mit Dank aufgenommen. Jedoch zeigten sich in dieser Zeit seine ersten Verwicklungen in eine andere Art von "Radikalismus", der mehr von einer schauderhaften Verantwortungslosigkeit oder sogar von provokatorischem Auftreten geprägt ist.

Tödliche Kinderkrankheiten
Alves baute Kontakte zu portugiesischen "Radikalen" aus der PRP auf, die den Windungen der chinesischen Außenpolitik folgten und sich aus Angst vor dem "russischen Sozialfaschismus und Sozialimperialismus" zu antikommunistischen Schlägertrupps für kapitalistische Interessen entwickelten. Der frischgebackene "Maoismus" von Alves ging nicht so weit wie der des anderen MPLA-Verräters Daniel Chipenda, der zur FNLA überlief, in welcher sich die amerikanische und die chinesische Afrikapolitik schon früher zusammengefunden hatten. Wohl versuchte er, die noch leicht zu manipulierende Volksmachtbewegung zu benutzen, um sich gegenüber den offiziellen MPLA-Strukturen eine unabhängige Machtbasis zu schaffen. Er stand dann einige Zeit in engem Kontakt mit mehr oder weniger maoistischen Klubs weißer Angolaner in Luanda, wie der Organisation Angolanischer Kommunisten (OCA) und dem Komitee Amilcar Cabral (CAC), die der unter schwierigen Umständen manövrierenden MPLA immer mehr Schwierigkeiten bereiteten und die im Laufe der Zeit auch verboten wurden. Letzeres geschah aber erst, als diese Klubs ausgerechnet im Dezember 1975, einen Monat nach der Unabhängigkeit und inmitten des Krieges gegen Südafrika und zairische Truppen, die Führung eines Streiks der Hafenarbeiter Luandas für mehr Lohn übernahmen, während der Hafen voller Schiffe mit dringend benötigten Hilfsgütern aus Kuba und der Sowjetunion lag.
Lernte Nito Alves damals, wie unsinnig eine solche Art von "Radikalismus" ist oder begriff er, daß er auf das falsche Pferd setzte? Auf jeden Fall machte er kurz darauf einen politischen Riesenschwenk, schwor dem Maoismus ab, propagierte überall Lenins Broschüre über revolutionäre Kinderkrankenheiten und wurde von einem auf den anderen Tag zu einem der ausgesprochensten Befürworter einer unumwundenen Orientierung an der Sowjetunion innerhalb der MPLA. Die blockfreie nationale Unabhängigkeit, die all die Jahre hindurch mit soviel Genauigkeit von der MPLA als fundamentales Prinzip propagiert worden war, war ihm offensichtlich zu subtil.



Zu all dem kam in letzter Zeit auch in zunehmendem Maße seine dümmliche Kampagne gegen einige Mulatten, die wichtige Positionen innerhalb der MPLA-Führung inne hatten und die "trotz" ihrer Hautfarbe in einer langen Geschichte bewiesen hatten, daß sie sehr vertrauenswürdige und integre Revolutionäre sind: Iko Carreira (Verteidigungsminister), Carlos Rocha Dilolwa (Vizepremier), Paolo Jorge (Außenminister), Lucio Lara (wichtigster Mann in der MPLA), usw. Daß es auf ganz anderen Ebenen noch immer eine wirklich bevorzugte Klasse gibt, z.B. von Beamten in den Ministerien, ist ein ernstes Problem, das aber gerade von der MPLA-Führung sehr wohl erkannt wird. Aber dies ist nicht so einfach zu ändern, und Nito Alves hat dazu kaum etwas beigetragen, während er selbst von allerlei aus Weißen bestehenden "Studierklubs" Unterstützung bekommen hat.
Alles in allem zeichnet sich der jetzt flüchtige Nito Alves durch viele Eigenschaften aus, die ihn eher der FLNA oder der UNITA als der MPLA zuneigen lassen müßten. Ist es da verwunderlich, daß gleichzeitig mit dem Putschversuch von Alves bei Santa Clara an der namibischen Grenze ein Versuch der Südafrikaner, nach Angola einzudringen, zurückgeschlagen werden mußte?

HINTERGRUNDINFORMATIONEN ZUM PUTSCHVERSUCH IN ANGOLA

Luanda Juli 1977 *Zum ersten Teil des Berichtes über die jüngste Entwicklung in Angola hier einige ergänzende Hintergrundinformationen:*

Zentrale politisch-konzeptionelle Differenzen betrafen das Verhältnis der verschiedenen Klassen und Schichten zueinander, die Frage der Partei, die Frage der Nationalisierung der Produktionsmittel und die Frage der Institutionalisierung der Volksmacht.

Für unseren Zusammenhang ist entscheidend an diesem Konzept, daß es die politische und wirtschaftliche Kooexistenz verschiedener Klassen und Schichten beinhaltet: Arbeiter, Bauern, städtische Kleinbourgeoisie, Intellektuelle, Funktionäre usw.

Die Interessen der Arbeiter und Bauern gelten als vorrangig. Wer die Ziele der "revolutionär demokratischen Diktatur" und die mit ihr verbundene langfristige Perspektive des "Aufbaus des Sozialismus" sabotiert, gehört nicht zum Volk. Natürlich nimmt man nicht an, daß die oben genannten Klassen und Schichten nun alle am gleichen Strang ziehen. Aber die auftretenden Konflikte hofft man friedlich und im Interesse der Arbeiter und Bauern zu lösen.Dabei wird der Erziehung , der Kontrolle durch die MPLA und ihre Aktionskomitees eine strategische Rolle zugewiesen.

Teil dieses globalen politischen Konzepts ist die Verstaatlichung der ausländischen Unternehmen vor allem der grossen und strategisch wichtigen, und langfristig überhaupt die Vergesellschaftung der Produktionsmittel.

Hier will man jedoch in "klugen","vorsichtigen" Schritten (Diario de Luanda,6.5.76) vorgehen, mit Rücksicht auf die nationalen Kapazitäten, um die Wirtschaft vor einem Zusammenbruch zu bewahren.(z.B. vor der Verstaatlichung von Gulf Oil müssen angolanische Techniker, Administratoren usw, also der Kern einer nationalen Erdölgesellschaft vorhanden sein.) Beispiele in anderen Ländern haben nämlich deutlich gezeigt, daß Verstaatlichungen allein die nationale Wirtschaft nicht unabhängiger machen. Man geht davon aus, daß noch längere Zeit staatliche, gemischte und private Unternehmen nebeneinander existieren werden.

Gegen diese politische Linie opponierte Alves immer deutlicher. Im Juli 1976 erklärte er, "die Arbeiterklasse" müsse in Kürze selbst "die führende Kraft" werden; "die Arbeiter unter Führung der Arbeiterklasse" müßten "entschieden die Transformation der revolutionären Demokratie in eine Demokratie des Übergangs zum Aufbau des Sozialismus" betreiben. Dabei ließ er keinen Zweifel, daß die gegenwärtige MPLA–Führung im Zuge dieser Transformation abdanken müsse. Alves soll auch eine schnelle Verstaatlichung der Produktionsmittel gefordert haben (pagina um,portugiesische Wochenteitung) vom 19.10.76).

Zugleich drängte Alves auf die Institutionalisierung von Stadtteil– und Dorfkomitees (poder–popular–Komitees) als unterster politisch–administrativer Ebene und auf die Abhaltung entsprechender Wahlen in Luanda. Das "Gesetz über die Volksmacht" wurde am 5.2.76 verabschiedet; die Wahlen fanden am 27.Juni desselben Jahres in Luanda statt.

Beides geschah entgegen den Auffassungen eines "wichtigen Teils des Politischen Büros"(Le Monde 29,5.77).Die Gegner einer schnellen Institutionalisierung formaldemokratischer Spielregeln gaben der politischen Bildung, der Alphabetisierung, der Verbesserung der Arbeitsmoral und der organisatorischen und ideologischen Festigung der MPLA, ihrer Basiskomitees und ihrer "Massenorganisationen" sowie der Beseitigung der wirtschaftlichen Notsituation entschieden den Vorrang. — Ähnliche Differenzen dürften im Hinblick auf das Projekt der Gründung einer "kommunistischen Partei" bestanden haben.

Vor dem Putsch der "Nitisten" schien die Gründung einer KP noch in diesem Jahr beschlossene Sache. Nach dem Putsch erklärte Neto, die Gründung der KP werde vielleicht auf das Jahr 1978 verschoben; die MPLA aber werde auch dann noch weiterexistieren. Die Argumente der Kader um Neto dürften dabei ihren Positionen bezüglich der Institutionalisierung der "Volksmacht" ähneln. In Kuba war die Institutionaliserung des "poder popular" erst 17 Jahre na ch der Revoulution durchgeführt worden — auch die Erfahrungen in Kuba wurden in Angola sicherlich bedacht. Wenn das "Gesetz der Volksmacht" und der Termin der Wahlen in Luanda die Zustimmung der Mehrheit des Revolutionsrates fand, so geschah dies wahrscheinlich, weil man diese während des Kampfes gegen die interne und externe Reaktion den Massen Luandas versprochen hatte, und Alves die Bevölkerung in Richtung auf eine schnelle Verwirklichung des Versprechens agitiert hatte.

Die Wahlergebnisse in Luanda aber fielen mager aus: nicht viel mehr als 10 % Luandeser beteiligte sich; die Mehrheit der Gewählten waren Kleinbürger. Nach diesem Mißerfolg opponierte Alves immer offener und verbalradikaler gegen die offizielle Linie der MPLA.

Dies führte zur Auflösung des "Ministeriums für innere Administration", zur Absetzung des Provinzkommissars von Luanda und zum Ausschluß von Alves und van Dunen aus dem ZK, worauf die Fraktion der "Nitisten" mit dem Putschversuch konterte.

Die Massen von Luanda haben in dem Putschversuch praktisch keine aktive Rolle gespielt, alles deutet darauf hin, daß die "Nitisten" hier in ihren Hoffnungen betrogen wurden. Man geht aber wahrscheinlich nicht fehl, wenn man annimmt, daß im Falle eines erfolgreichen Putsches von einem nicht unbeträchtlichen Teil der Luandeser Bevölkerung dieser bejubelt worden wäre. Denn die Zuspitzung der Krise in der MPLA hat auch einen sozialen Hintergrund.

SOZIALER HINTERGRUND

1976 war die Produktion Angolas auf 10 bis 50 % des Standes von 1973 gesunken. 1973 hatte das Land praktisch die landwirtschaftliche Selbstversorgung erreicht, 1976 mußten 90 % der Lebensmittel eingeführt werden. Präsident Neto erklärte im Hinblick auf Luanda (Afrique Asie 13.–26.6.77):"Das Problem der Versorgung ist sehr ernst. Es gibt keinen Maniok, keine Kartoffeln, kein Palmöl. Es gibt nichts mehr auf dem Markt. Nicht einmal mehr Fisch....". Zugleich entwickelte sich eine Schicht von "Neureichen", Geschäftsleuten, Bürokraten und allen möglichen Leuten, die dunkle Geschäfte treiben(Diamanten, Rauschgift, Spirituosen, usw.). Trotz vielfältiger Bemühungen konnte den "Neureichen" bisher nicht effektiv das Handwerk gelegt werden.

Die Bevölkerung der Musseques (Slums von Luanda) hegte überschwengliche "mythische" Hoffnungen im Hinblick auf die Unabhängigkeit, worin sie, wie hohe MPLA–Kader heute selbstkritisch feststellen, von der MPLA in ihrem Propagandakampf gegen FNLA und UNITA noch bestärkt wurden. Schnell wichen diese Hoffnungen der Resignation; auch die Stadtteilkommissionen arbeiten nur schleppend.

Man darf nicht vergessen, daß die große Mehrheit der Bevölkerung nicht am Guerillakrieg (erster Befreiungskrieg) beteiligt war, der der Konzeption Präsident Netos zufolge eine politische und kulturelle Schule für Massen und Kader als Vorbereitung für die Aufgaben der antiimperialistischen und sozialen Revolution nach der Unabhängigkeit sein sollte.

Aber grundsätzlich sehe ich keine Alternative zu der von der Regierung eingeschlagenen Politik: die bereits vorgenommenen zahlreichen Nationalisierungen in Landwirtschaft und Industrie müssen "verdaut" werden, die Produktion landwirtschaftlicher und industrieller Konsumgüter muß zunächst einmal auf den Stand von 1973 gebracht werden. Zugleich arbeitet die MPLA schon mit beträchtlichen Erfolgen daran, das Volk zu alphabetisieren, seine medizinische Versorgung zu verbessern, die Grundschulen zu vervielfachen, das Verständnis für ihre Grundziele und die Probleme ihrer Verwirklichung zu vertiefen und aus der Basis ihrer Sympathisanten und Anhänger heraus eine breite Schicht von Kadern auszubilden. Notwendigerweise erhielt die Arbeit unter den Bauern die Priorität, während die Bevölkerung der Städte, insbesondere die Slumbewohner von Luanda nicht gebührend berücksichtigt wurden oder werden konnten. Darauf deutet hin, daß die "Nitisten" ihr Zentrum in Luanda hatten.

vgl. auch: Informationsdienst Südliches Afrika/ISSA, Nr.7 1977

BERICHT ÜBER DEN „KRIEG VON CARABANCHEL"

MADRID 22. Juli *Zunächst ein Brief von einem Augenzeugen, der den bisher spektakulärsten Gefangenenaufstand in Spanien beobachtet hat; der Aufstand wurde — nach vier Tagen Widerstand — am 21. Juli blutig niedergeschlagen.*

„Der Aufstand war von COPEL vorbereit worden (COPEL = Coordinadora de Presos en Lucha, Koordinationsrat der Gefangenen im Kampf). Am 18. nachmittags, immer noch Feiertag hier (Francos Putsch, Beginn des Bürgerkrieges 1936), begann der Aufstand. Acht COPEL-Leute stiegen aufs Dach der 6. Galerie. Es lief sofort ein Versorgungssystem an: Die Gefangenen, die unten geblieben waren, füllten Wasser in Eimer, die dann hochgezogen wurden. Es war wolkenlos und sehr heiß an den Tagen. Der Knastladen wurde ausgeräumt und ein großer Teil davon als Proviant nach oben gebracht. Inzwischen waren über 300 Gefangene oben; es wurden bald mehr als 600. Die Wärter haben die Aktion offenbar passiv unterstützt; sie kämpfen für ihre Lohnforderungen. Die ersten Stunden lief alles wohl recht mutig.

Dann kam die Pol icia Armada, besetzte die anderen Teile des Gefängnisses und stieg auf das gegenüberliegende Dach, wenige Meter vom anderen entfernt, wo die Gefangenen waren. Die Verbindung zwischen beiden war von den Gefangenen zerstört worden. Es gelang den Bullen nicht rüberzukommen, obwohl sie pausenlos aus dieser geringen Entfernung Tränengasgranaten und Hartgummikugeln verschossen. Viele Gefangene wurden verletzt, einige schwer. Die Gefangenen — völlig im Tränengasnebel — wehrten sich mit Steinen, Stangen und halt allem, was da war. Die Bullen starteten noch weitere Versuche, mit Hubschrauberunterstützung.

So ging es an den nächsten Tagen weiter. Inzwischen hatten die Gefangenen kaum noch Wasser, keine Medikamente und nur noch einige Dutzend Fischkonserven für über 600 Leute. Draußen bildeten sich immer wieder Gruppen von Angehörigen und COPEL, bwz.andere Leute von Unterstützungsgruppen, Leute von der CNT versuchten immer wieder, Demos zustande zubringen, und die Bullen gingen äußerst brutal vor. Der angrenzende Stadtteil lag zeitweise ziemlich unter Tränengasnebeln. Die Bullen verschossen die Tränengastöpfe übrigens sehr oft auf Personen gezielt. Es war eine ständige Schießerei. Die Bullen griffen die Leute auch mit gezogenen Pistolen an, immer wieder bildeten sich neue Gruppen. Die Stimmung war sehr verzweifelt. Es wurde jeden Moment mit dem großen Angriff auf die Gefangenen gerechnet, und man stand draußen und mußte alles mitansehen. Die Gefangenen hatten Steine mit Botschaften umwickelt und rausgeworfen. Sie erklärten darin, daß die bereit seien, sich bis zum Tode zu verteidigen, deswegen hatten alle ziemliche Angst, daß es zu einem Massaker kommen würde. Den Bullen gelang es aber nicht, an das Dach heranzukommen. (Was ich gerade schilderte, betraf den 19.7.)

Einen Tag später, Mittwoch, 20.7., war die Situation noch genauso, nur, daß die Gefangenen keine Lebensmittel und kein Wasser mehr hatten. Einen Schwerverletzten hatten sie abgeseilt. Er liegt jetzt im Krankenhaus. Die Bullen versuchten immer wieder Angriffe, und die Zahl der Verletzten erhöhte sich ständig. Es war weiterhin sengende Hitze. Die Repression ausserhalb des Knastes wurde noch erhöht. Die Bullen setzten Pferde ein, um jede, auch die geringst Ansammlung aufzulösen. Die Versuche, Verhandlungen zu erreichen, scheiterten immer wieder am Knastchef Moreno. Sicher standen dahinter die beiden zuständigen Minister (Justiz: Landelino Lavilla, und Inneres: Martin Villa). Anwälte, die sich als Vermittler anboten, wurden von ihm abgelehnt. Vertreter von PCE und PSOE waren im Knast, um — ich weiß nicht: zu „vermitteln"? , oder sonstwas. Die drei von der KP waren Camacho, Sánchez Montero und Tamames, die alle in dem Knast schon gesessen haben. Dort haben sie offenbar nichts erreicht. Bleibt abzuwarten, wie sie sich heute verhalten. Heute ist offizielle Cortes-Eröffnung, mit König und Pomp.

Vor dem Knast ist gestern abend, bei der Stürmung durch die Bullen, zu einer Demo für heute morgen vor den Cortes aufgerufen worden. Heute abend folgt eine zweite.

Die anfänglichen Forderungen waren:

1. Reform des Strafvollzugs
2. Arbeit und Freiheit
3. Amnestie

Einige politische Gefangene waren schon amnestiert worden. u.a. ETA. Die „einfachen" dagegen hatten davon in keiner Weise profitiert. Der Kampf wurde, wie ihr sicher wißt, gerade von diesen „Sozialen" geführt.

Später kamen an Forderungen dazu:

— Verhandlungen
— Bullen raus aus dem Knast
— Absetzung des Knastchefs.

Die ganze Aktion war auch auf die politischen Parteien gerichtet, die in den Cortes vertreten sind und die sich bis zu den Wahlen für die totale Amnestie stark gemacht haben. Vorher hatten sie sogar behauptet, an den Wahlen nicht teilzunehmen, wenn nicht die volle Amnestie realisiert sei. Das haben sie offenbar vergessen.

In einer Botschaft, die die Gefangenen, um einen Stein gewikkelt, vom Gefängnisdach warfen, schreiben sie:

„SOS — Trotz der äußerlichen Ruhe auf den Dächern des Knasts ist die Lage in Wirklichkeit ganz anders. Was passiert, ist nicht mehr und nicht weniger als die Vorbereitung des Angriffs, wir wissen nicht, was läuft, aber wir vermuten das Schlimmste, man hat angefangen, in die 6. Galerie ein Riesenloch zu schlagen. Wir glauben, den Zugang zum Dach hinzukriegen. Wir haben nichts zu essen, kein Wasser, keine Medikamente. Wir brauchen das Internationale Rote Kreuz, wir wollen verhandeln, aber mit Garantien. Es ist besser, unter einer Kugel zu sterben als zusammengeschlagen zu werden, was die Staatsgewalt für uns vorbereitet. SOS — Dringend."

Die Tageszeitung „Diario 16" berichtet über den Sturmangriff der Spezialeinheiten, Guardia Civil und Polizei am Mittag des 21. Juli:

Gegen ein Uhr mittags wurde das gesamte Viertel um den Knast hermetisch abgeriegelt. Bewaffnete Kräfte zu Fuß, zu Pferd und in Jeeps zogen auf. Gleichzeitig begann der Sturmangriff mit Rauchbomben und Gummigeschossen. Während die Gefangenen vom Gefängnisdach eine Botschaft warfen: „Wir haben viele Schwerverletzte, die Polizei will den Knast in die Luft sprengen" – wurden im benachbarten Viertel Cafès geräumt. Journalisten mußten ihre Fotoapparate und Tonbandgeräte auf den Boden legen. Ein Uniformierter zwang sie mit vorgehaltener Pistole dazu.
Die Gefangenen wehrten sich verzweifelt mit Steinen. Gegen drei Uhr starteten die militärischen Einheiten einen neuen Angriff, diesmal wurden neben den Feuergruppen auf den benachbarten Dächern auch Hubschrauber eingesetzt. Bis um fünf Uhr eroberten sie die Galerien zwei, sechs und sieben. Die Gefangenen der dritten Galerie wehrten sich bis zuletzt. Alle mußten sich nackt ausziehen.
14 Gefangene wurde schwerverletzt in das Krankenhaus „1. Oktober" eingeliefert. An der militärischen Operation waren – neben den Spezialeinheiten und der Guardia Civil – allein 600 Mann der Policia Armada (bewaffnete Polizeit) eingesetzt. Der Staatsapparat hatte sein Ziel: bedingungslose Übergabe erreicht.

Der Aufstand von Carabanchel wurde in mehreren spanischen Knästen aktiv unterstützt. Gefangene im Basauri-Gefängnis von Burgos, im Modelo-Knast von Valencia, in Murcia, Las Palmas, in Malaga, Granada, in Palma de Mallorca, in Melilla und Alcalá de Henares. Auch im Frauengefängnis Yeserias in Madrid gab es eine Revolte.

INTERNATIONALE FRAUENKONGRESSE IN DIESEM FRÜHLING

PARIS/ROM, 20 Juli *Im Mai und im Juli 77 fanden zwei internationale Frauenkongresse statt, beide entstanden aus der Frauenbewegung, aber mit unterschiedlichen Interessenschwerpunkten:*

Vom 28. – 30. Mai das Treffen in Paris

Die Idee dieses Kongresses war 75 in der Gruppe "Klassenkampf" der französischen Frauenbewegung entstanden. Ursprünglich geplant war ein Treffen der internationalen Tendenzen "Klassenkampf", wo die Berührungspunkte ihrer Kämpfe mit denen der Arbeiterbewegung diskutiert werden sollten. Tausende von Frauen kamen und haben den ursprünglich geplanten Rahmen gesprengt. Gesprengt deshalb, weil es wichtige Widersprüche gab, zwischen den Zielen der Organisatorinnen, "die Frauenkämpfe zu vereinheitlichen und sie der Arbeiterbewegung zu integrieren," und den Ansprüchen anderer Frauen. Eine Italienerin drückte das Gefühl vieler zu dem rigiden ursprünglichen Anspruch so aus: "Es wird von uns verlangt, daß wir einen Bericht über unsere Situation, unsere Initiativen, Ergebnisse, Methoden machen; das machen wir nicht. Wir wollen nicht wie Militante reden. Wir haben uns hier nicht wiedererkannt, wir haben nichts wiedergefunden von unserer Praxis in unseren Gruppen. "Dieser Bruch zwischen der Alltagspraxis der Frauengruppen –eine Praxis, die die Hierarchien, die Machtübernahme und das Erstickungsgefühl in den Organisationen abzuschaffen versucht – und dem Willen gewisser Tendenzen, die die Wirksamkeit in dem Organisiertsein und in den Strukturen sehen, dieser Bruch war in Vincennes sehr deutlich."

Auf dem Kongress wurde zu den Themen:
Frauenarbeit und –Arbeitslosigkeit, Lohn für die Hausarbeit, Abtreibung, Sexualität, die verschiedenen Formen der Repression, Vergewaltigung, Justiz......... diskutiert. Danach hat die Organisationskommission die Vorbereitung von internationalen Kampagnen angekündigt " gegen die politische und sexistische Repression, gegen Vergewaltigung und alle Arten von Gewalt an Frauen, für das Recht auf freie und kostenlose Abtreibung und Verhütung, für das Recht auf einen Arbeitsplatz und gegen die Ausbeutung bei der Arbeit".Diese Kommission erklärt weiter, daß die "angeschnittene Arbeit auf diesem 1. Kongress am 22. und 23. Oktober fortgeführt werden wird, um die internationalen Initiativen darzustellen, besonders im Februar 78 für die Befreiung aller gefangenen Frauen und anläßlich des nächsten internationalen Frauenkongressen am 8.3. 78."

Vom 24. – 26. Juni war ein in ternationales Frauentreffen in Rom zum Thema FRAU UND GESUNDHEIT

300 Frauen haben sich getroffen , um ihre Erfahrungen in Bezug auf Frauengesundheit auszutauschen und ein erstes Fazit zu ziehen . Dieses erste internationale Frauentreffen der Gesundheitszentren wurde organisiert von der römischen Gruppe für die Gesundheit der Frauen zusammen mit dem "consultorio"aus San Lorenzo (Stadtteil von Rom).

Angesichts der Informationslücken zwischen den feministischen Gruppen aus den verschiedenen Ländern , war die Beteiligung erstaunlich hoch. Es waren wenig italienische Frauen da, weil es zur selben Zeit in Mailand ein Treffen über die Abtreibung gab, und überhaupt keine Frauen der Dritten Welt.

Die in etwa 17 Arbeitsgruppen aufgeteilten Frauen haben folgende Themen diskutiert:Synthetische Hormone, Entbindung, Ernährung, Frauen und Alter, Selbsterfahrungen und –versuche, die Politik der Geburtenkontrollen, Abtreibung und gynäkologische Infektionen.

– UNSER KÖRPER GEHÖRT UNS –

Ans cheinend eine Binsenwahrheit. Jedoch wissen alle Frauen, daß ihr Körper im allgemeinen zuerst ihrem Liebhaber, Ehemann, Arzt, dem Staat gehört. Die Themen , die auf diesem Treffen diskutiert wurden:

- wie können Frauen ihre Sexualität im Zusammenhang mit ihren Bedürfnissen neu denken ?
- wie können sie ihre Fruchtbarkeit kontrollieren und genießen?
- wie können sie ihren Körper, unabhängig von Männern kennenlernen ?
- wie können sie ihre Krankheiten übernehmen und heilen, anders und anderswo als im Schatten der ärztlichen Abhängigkeit?

Die Frauen arbeiteten in Arbeitsgemeinschaften, wo die Themen vorbereitet gewesen waren und die Gruppen hatten eine umfangreiche Dokumentation dabei.

Eines der Schlagworte auf dem internationalen Frauenkongress in Paris lautete:"Für die Frauen ist der Sozialismus eine Bedingung, aber keine Garantie".Dieses Schlagwort gewann in Rom seine volle Bedeutung:Die Debatten zeigten ganz klar, daß es für die Frauen nicht damit getan ist, gegen den Staat zu kämpfen, gegen die Macht der ärztlichen Institutionen, gegen die Lebens– und Arbeitsbedingungen, die unsere Gesundheit bestimmen; sondern daß es auch darum geht, gewisse orthodoxe medizinische Standpunkte radikal anders anzugehen. Die Feministinnen meinen, daß die Frau von sich selbst ausgehen soll, daß sie es ablehnen soll, ihren Körper zu objektivieren, weil die Krankheit sehr oft eine Revolte gegenüber anderen und sich selber ausdrückt.

Ihr Anhaltspunkt bleibt die westliche Medizin, wobei sie die Bedeutung der traditionellen Volksmedizin oder sogar der orientalischen Medizin anerkennen. Erstaunlich ist auch das Niveau der wissenschaftlichen und technischen Kenntnisse der Frauen, die neue Wege suchen und nicht improvisieren oder als Amateure arbeiten wollen. Sie wollen

auch vermeiden, Spezialistinnen einer alternativen Frauengesundheitspraxis zu werden, und versuchen, so weit es möglich ist, ihre Erfahrungen zu vermitteln, anderen Gruppen bei ihrer Entstehung zu helfen, und sie arbeiten weiter in CR– Gruppen (consciensnes raising), um ihren persönlichen Bezug zur Gesundheit und zu anderen Frauen zu klären.

Dies will auch die feministische Gruppe aus Rom, die bisher, nach 3 Jahren Selbsthilfe, vermieden hat, daß das Schlagwort, "das Persönliche ist politisch" sich umkehrt in "Politik des Persönlichen".

Im Gegensatz zur Nabelschaupolitik mancher Selbsthilfegruppen macht sich diese Gruppe allen interessierten Frauen zugänglich, sie hat sich mit Bahnarbeiterfrauen getroffen und mit Feministinnen der "consultori", hat etwa 10 Broschüren über gynäkologische Untersuchung, Wechseljahre, Verhütung herausgegeben. Diese Gruppen machen seit Jahren Selbstuntersuchung, wobei sie sich hauptsächlich am US–Buch "our bodies, ourselves" orientiert haben.

Andere Diskussionspunkte waren:

– Die Frauen wollen die Forschung und Erfahrungen über Verhütung weiterentwickeln, aber sie wollen auch die Arbeit im Zusammenhang mit einer vollkommenen Infragestellung der Sexualität ausführen. "Wir müßen gegen die sexuelle Repression der Frau kämpfen und uns nicht nur für Verhütungsmittel einsetzen, was nur eine zusätzliche Kontrolle durch den Staat bedeutet."

Auch wenn die Gesetzgebung über die Abtreibung in jedem Land verschieden ist, gibt es keinen Ort, wo die Frauen frei darüber entscheiden können, oder wo die Abtreibung kostenlos ist und nicht sanktioniert wird.

– In Italien waren die Feministinnen überrascht, daß das Gesetzesprojekt über legale Abtreibung abgelehnt wurde.
– In Holland: trotz einer relativ liberalen Gesetzgebung haben die feministischen Gruppen eine nationale Koordinierung gebildet mit den Forderungen: legale, kostenlose Abtreibung, Selbstentscheidung der Frauen über Abtreibung. In Rom ist die Möglichkeit erwägt worden, diese Forderungen aufzunehmen, um daraus eine internationale Plattform zu machen.
– In Frankreich: Der Prozeß gegen sechs Frauen aus Aix im März 77 (siehe ID 170) zeigt, daß die Änderung eines Gesetzes keine Änderung der repressiven Situation bedeutet.

Es wurde auch über den Stand der selbst ausgeführten Abtreibungen diskutiert. Das betrifft die Frage des Verhältnisses der Frauen zu den ärztlichen Institutionen: In dem Fall meinte die Mehrheit der anwesenden Feministinnen, daß es notwendig ist, direkt im Zusammenhang mit dem medizinischen Apparat zu arbeiten, und parallel dazu, eigene, autonom organisierte Erfahrungen zu machen.

Auf diesem Kongress wurde weiter über die Methode der Absaugung der Menstruation und die Versuche mit Prostaglandinen geredet.

In Rom soll ein internationales Dokumentationszentrum FRAU UND GESUNDHEIT entstehen. Das Kollektiv aus Boston hat den Teilnehmerinnen vorgeschlagen, ihnen einen monatlichen Informationskatalog zu schicken. Eventuell wird im Oktober 77 in der Schweiz ein Treffen stattfinden, über die Probleme der Verhütung, wobei Ort und Datum noch unsicher sind.

Einige Frauen haben vom Kongress ein Videoband gemacht, das ab Oktober bezogen werden kann. **Tel: Dominique Barbier, Paris 00331/25 70 771**
(aus Liberation, Lit. "Hexengeflüster" II)

Um einen möglichst großen Überblick zu diesem Thema zu bekommen, möchten wir Kontakt aufnehmen zu Frauengesundheitsgruppen oder –zentren, die dazu sowieso schon arbeiten und Material haben, und zwar zu den Bereichen: Sexualität, Geburt, Verhütung, Abtreibung, Sterilisation, „Frauenkrankheiten" usw. Sehr wichtig sind uns auch genaue Informationen über die Ausbildung und Arbeitserfahrung als Hebamme, vor allem bei Hausgeburten.

An den ID e.V. Postfach 900343 – Frauen, 6000 Frankfurt (Main) 90



DER KANZLER IN WASHINGTON

WASHINGTON 16. Juli

Bericht zum Besuch von Helmut Schmidt am 13. und 14. Juli 77:

Der Staatsbesuch (wie viele das so nennen) von Schmidt bei Carter war schon lange angekündigt und vorbereitet worden.

Für uns - die Potomac Alliance (benannt nach dem Fluß, der durch Washington geht) - bedeutete dies, daß wir genügend Zeit hatten, Aktionen durchzuplanen. Bevors losgeht, ein paar Anmerkungen zu unserer Gruppe: Wir sind eine Gruppe von Kernkraftgegenern, die sich zusammengetan hat nach Seabrook und die sich zum Ziel gesetzt hat, in der Gegend von Washington gegen Kernkraftwerke zu kämpfen und Erziehungsarbeit an uns selber und anderen zu leisten über deren verheerende Auswirkungen für den Menschen. Z.Zt. sind wir ca. 30 Leute, noch ist viel Fluktuation und wir fangen erst an, zu einer Einheit zusammenzuwachsen. Politisch haben wir alle unsere verschiedenen Erfahrungen und Motive zu kämpfen (einige sind antikapitalistisch orientiert, andere weniger; für manche ist Gewaltlosigkeit eine prinzipielle Frage, für andere mehr eine taktische u.v.a.), aber wir sind uns einig, daß der Bau z.B. von AKW's oder der nukleare Rüstungswahnsinn unzumutbar ist. Zu unserer Struktur ist zu sagen, daß wir daran arbeiten, kleine Einheiten von etwa bis zu 10 Leuten aufzubauen, damit persönliche Beziehungen und Arbeit zusammenkommen können und diese Einheiten eng miteinander zu verflechten, um Kleinkrämerei zu verhindern.

Der Besuch von Schmidt stellte eine gute Gelegenheit dar, vor der Öffentlichkeit Schmidt aufzufordern, den Vertrag mit dem faschistischen Brasilien, der u.a. auch die Lieferung einer Wiederaufbereitungsanlage mit Bombenpotential vorsieht, aufzuheben. Viele technische Probleme mußten zuvor gelöst werden, wie z.B. rauskriegen, was er hier alles macht, Demonstrationserlaubnisse einholen, Flugblätter und Presseerklärung abdrucken, Banner bemalen u.s.w.

Am Mittwoch, den 13. Juli 77, landete Schmidt dann auf einer Airforcebase bei Washington und wurde per Hubschrauber zum White House gebracht. Eine große Begrüßungsfeier fand statt und hunderte von Deutschen warteten gespannt darauf, ihren Kanzler sehen zu können, ausgestattet mit deutschen und amerikanischen Fähnchen zum Winken. Die meisten Besucher nahmen unsere Flugblätter gerne und vor allem die Deutschen waren erstaunt, Slogans wie 'Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv', 'Schmidt-Stop die KKW Exporte' oder 'Helmut, Stop die Bombe an Brasilien' in deutscher Sprache zu entdecken und Deutsche unter uns zu finden, die sich in ihrer Sprache mit ihnen unterhielten. Ähnliches galt für die deutsche Presse, die ein paar Interviews und Fotos machten, obgleich einige von ihnen in klassisch-bürgerlicher Manier Fragen stellten wie der Herr einer Stuttgarter Zeitung, ob ich vom KBW wäre und wer unsere Gruppe finanziere (Moskau? China?), aber damit war ja zu rechnen.

Für die nächsten zweieinhalb Tage waren wir überall da. wo Schmidt auch war, und er mußte unsere Gruppe siebenmal passieren. Fast immer mußten wir um unsere Plätze hart verhandeln, denn am liebsten hätten es Secret Service, verschiedene Polizeieinheiten und die, die noch höher stehen, gesehen, wenn wir überhaupt nicht dagewesen wären. Das, was sie wohl offensichtlich störte, war daß dies die erste Aktion gegen ein deutsches Staatsoberhaupt (und obendrein noch gegen den besten NATOVerbündeten) seit langer Zeit war, sowie die erste Aktion gegen einen 'Head of State' in Washington zur Kernkraft. So machten sie eine 'wandelnde Botschaft' aus ihm, was bedeutete, daß wir nur einige hundert Meter vor bestimmten Gebäuden demonstrieren durften, in denen er sich gerade aufhielt und tausend andere Regulierungen fanden sich auf einmal. Wie uns ein Herr vom Secret Service auseinanderlegte, bezieht sich dieser Botschafterstatus nur auf 'unfreundliche' Demonstrationen, hätten wir also deutsche Fahnen gehalten und freundlich gewunken, wäre uns totale Narrenfreiheit zugestanden worden. Der Secret Service war überhaupt bestens informiert über unsere Gruppe. Einmal nannte ein Vertreter dieser alle sehr ähnlich ausschauenden Individuen den Namen eines Mitglieds unserer Gruppe, die an der ganzen Aktion überhaupt nicht teilgenommen hatte, aber das nur nebenbei.

Unsere größte Aktion fand statt bei Schmidts Pressekonferenz und großer Rede über Weltprobleme am Donnerstagmittag, zu der wir hunderte von Pressestationen eingeladen hatten und eine Beerdigung der Erde vollführt wurde. Fünf Leute in schwarzen Roben trugen einen Sarg mit einem Erdglobus und Flötenmusik, während die anderen Banner hielten oder Flugblätter verteilten. Zur selben Zeit schafften es drei von uns, in die Pressekonferenz reinzukommen und ein Banner gegen nukleare Exporte hochzuhalten, bevor sie vom Secret Service rausgeholt wurden. Schmidt zog dann am Freitag morgen mit Böllerschüssen und viel Militär im Spalier wieder von dannen.

Bleibt noch zu erwähnen, daß wir alle einheitlich gekleidet waren in Jeans und schwarzen Hemden und wir uns bei den Postern besondere Mühe gegeben hatten, sie waren sehr farbenfroh, creativ und neugierigmachend, was der Presse aufgefallen war und einen guten Eindruck machte. Außerdem kann ich sagen, daß diese Tage trotz großer Hitze und viel Nervosität, uns allen sehr viel Spaß gemacht haben und uns sehr viel mehr auch persönlich zusammenbrachte. Abends saß die Potomac Allianc zusammen trank Bier oder sang Lieder wie beispielsweise Donnerstag Abend, während fein gekleidete Herrschaften (und Damenschaften) - unter ihnen Schmidt und der amerikanische Vizepräsident - gerade ein paar hundert Meter weiter zu Tische schmausten. Der Spirit dieser Tage ist ein gutes Zeichen, daß wir erst angefangen haben, hier in Washington präsent zu sein, und ich möchte mich bei Herrn Schmidt recht herzlich bedanken, daß seine Anwesenheit unseren Gruppenprozeß so weit vorangetrieben hat.

KEIN KKW IN SEABROOK, BROKDORF, GROHNDE, WYHL UND AUCH SONST NIRGENDS!
KEINE ATOMWAFFEN IN DEN USA, BRASILIEN UND AUCH SONST NIRGEND!

NOTIZEN ZUM STAND DER REPRESSION IN ITALIEN

Bologna 20.Juli

Die Komplexität der Bewegung, die sich in diesen Monaten in Italien entwickelt hat, läßt die Macht überschnappen: die Repression versucht sich anzupassen, die Vielfältigkeit und die Reichhaltigkeit der veränderten Praktiken, der Kämpfe anzuwenden: sie schafft es nur stumpfsinnig wild zu sein, blindlings um sich zu schlagen.

Die Repression paßt sich also an. Außer den zwei ermordeten Genossen, den Verletzten, den Hunderten von Verhafteten, den Tausenden von Festgenommenen, außer den Panzerfahrzeugen in Bologna, besteht eine systematische Einengung der demokratischen Freiheiten. Bewaffnete Polizisten in Zivil werden eingesetzt, die Verteidigerrechte werden — nach deutschem Vorbild— unglaublich eingeschränkt. Politische Prozesse häufen sich, besonders nach der Verhaftung von drei Anwälten der Roten Hilfe. Sie sind der Komplizenschaft mit den NAP (Bewaffnete Proletarische Zellen) und den BR(Rote Brigaden), deren Mitglieder sie verteidigen, angeklagt.

In Rom besteht Demonstrationsverbot für über 2 Monate. Die freien Radiosender werden bedroht: außer Radio Alice wird allen linken Sendern vom Innenministerium mit Schließung gedroht. Diese Drohung nimmt konkrete Formen an, als einen Tag vor dem Gewerkschafts—Generalstreik (Parole des Streiks:"Für öffentliche Ordnung"), am 23. März, alle freien Sender für drei Stunden geschlossen werden.

Progromstimmung gegen alle, die in der Bewegung oder auch nur am Rande der Bewegung mit Kultur zu tun haben: Durchsuchungen von Zeitungsredaktionen, Buchhandlungen, Verlagen, Durchsuchungen in Wohnungen von Intellektuellen. Der Verleger Bertani aus Verona, der ein Buch von Genossen aus Bologna publizieren wollte, wird verhaftet weil er eine Schreckschußpistole besitzt. Wer sich weigert die Progromstimmung mitzumachen — ob er nun bei einer Zeitung oder in der Uni arbeitet —, ist starken Repressalien ausgesetzt. Es wird klar gesagt: entweder du stehst auf dieser Seite, d.h. du bejahst die öffentliche Ordnung und die Repression, oder auf der anderen Seite, d.h. du wirst mit Terroristen in Verbindung gebracht. "L'erba Voglio", "Ar&a" (linke Zeitungen in Mailand) und das Institut für Staatsdoktrinen an der Uni in Padua werden schon in der Terroristenecke gesehen. Amendola (KP!) nennt die nicht linientreuen Intellektuellen (Montale, Sciascia, Bobbio) feige und konstruiert vielleicht schon ein Komplott zwischen ihnen, den abtrünnigen Betriebsräten, Radio Alice und 100 000 Demonstranten vom 12. März (Demonstration in Rom, ein Höhepunkt der Bewegung).

Die KPI ist also besonders bemüht, Progromstimmung zu erzeugen. Ihre Richter, ihre parlamentarischen Anfragen, ihre Zeitungen überschlagen sich, verwirrende Zusammenhänge aufzuspüren, riesenhafte Machenschaften zu entlarven, kurz: ihre Aktivität besteht darin, ständig Lügen zu verbreiten. Hier die letzten Heldentaten des KPI—Richtes Catalanotti, der sich rühmen kann, das KOMPLOTT erfunden zu haben:

- er ließ mit einer lächerlichen Begründung einen Film über Radio Alice beschlagnahmen, der im Fernsehen gezeigt worden war.
- er verweigerte den Genossen von Radio Alice, die im Knast sitzen, Haftverschonung, weil sie "gesellschaftlich gefährlich" seien. Die Genossen traten 15 Tage in den Hungerstreik, um ihre Freilassung zu fordern.

DER LIBERALE STANDPUNKT

Radio Alice machte zwei Phänomene deutlich:
1) Es gibt keinen privilegierten Sender.
2) Die Kanäle sind heute aus rechtlichen und technologischen Gründen jeder Gruppe zugänglich. Einen Radiosender zu haben, ist fast wie eine Schreibmaschine zu besitzen. Die Prophezeiung von McLuhan wird eintreten.

Radio Alice ist angeklagt, Nachrichten verbreitet zu haben, die Unruhe im Volk gestiftet zu haben sollen. Inzwischen wird Radio Alice der Prozeß gemacht wegen Anstiftung zu Straftaten.

Wie absurd! Wenn der Monopolrundfunk es in 20 Jahren nicht schafft, ein ideologisch gleiches Publikum zu produzieren, wie sollte das einem unabhängigen Rundfunk möglich sein, der noch viel jünger ist?
Radio Alice hat Minute für Minute Anrufe direkt übertragen, und zwar nicht nur von Studenten, sondern von jedermann. Radio Alice hat übertragen, was an der Uni passierte, hat Demonstrationen und Bulleneinsätze gesendet. Objektiver und direkter Journalismus.

Die technologische Situation, die die journalistische Praxis ermunterte, ist subversiv.
Catalanotti, der vorgibt einen liberalen Standpunkt zu vertreten, ließ einen Journalisten verhaften mit der Begründung: "Verdacht zur Anstiftung von Straftaten." Diese Straftaten meint Catalanotti in einem Artikel der Zeitung gefunden zu haben, für die dieser Journalist verantwortlich ist. Der Prozeß wird immer wieder verschoben, der Journalist sitzt immer noch im Knast.

Die Polizei hat, nachdem sie alle Geräte beschädigt und beschlagnahmt hat, sämtliche dort anwesenden Personen verhaftet. Die Beschlagnahme der Geräte macht allerdings deutlich, wie schwach die Macht ist. Es ist, wie jemandem den Füller zu beschlagnahmen, damit er keine Nachrichten mehr verfassen kann. Millionen von Leuten, die nicht wissen, wofür die Opfer gut sein sollen, die ihnen der historische Kompromiß aufbürden will, soll das Wort genommen werden.
Man darf nicht das, was die Wirkung ist, als die Ursache betrachten: die Ursache der Übertragungen von Radio Alice sind die Ereignisse und nicht umgekehrt.

FALSCHE INFORMATIONEN,DIE ECHTE EREIGNISSE HERVORRUFEN

Die Gegenöffentlichkeit hat immer aufgezeigt, was das System an Falschem sagt. Wo die Sprache des Systems die Wirklichkeit verzerrt wiedergibt, ist unsere Aufgabe, die Wahrheit zu zeigen. Radio Alice hat mit seiner Sprache einen Raum geschaffen, in dem sich das Individuum wiedererkennt, und zwar nicht als Spiegel, als neu errichtete Wirklichkeit, als unbewegliche Reproduktion, sondern als Praxis von in Veränderung begriffener Existenz. Die Sprache ist eine Ebene der Veränderung.
Jetzt gehen wir darüber hinaus.
Es reicht nicht, das Falsche der Macht anzuklagen, das "Wahre" an der Macht muß angeklagt und zerbrochen werden. Wenn die Macht die Wahrheit sagt und voraussetzt, sie sei n a t ü r l i c h, müssen wir aufzeigen, wie unmenschlich und absurd sowohl die Ordnung der Realität als auch die Ordnung der Sprache (die Sprache der Ordnung) ist. Sie spiegelt wider und reproduziert: sie verfestigt.

Den Irrsinn der Macht aufdecken. Aber das reicht nicht! Wir müssen anstelle der Macht und mit ihrer eigenen Sprache sprechen.
Zeichen mit der Stimme und dem Ton der Macht aussenden. Aber falsche Zeichen. Stellen wir falsche Nachrichten her, die zeigen, was die Macht verbirgt, und die Auflehnung gegen die (Sprache der)Ordnung schaffen.

SOLIDARISIEREN WIR UNS MIT RADIO ALICE !

wir halten die Verfolgung von Radio Alice durch die Justizbehörden von Bologna für ignorant. Entweder ist Öffentlichkeit unmittelbar, und zwar radikal, oder sie lebt nicht.
wir fordern die Freilassung der MITARBEITER von RADIO ALICE und die Aufhebung der Sanktionen gegen diesen freien Sender.
Wir werden die Arbeit dieses Senders in allen Punkten mit allen Kräften unterstützen."

Diesen Aufruf haben bisher unterschrieben:
Syndikat der Filmemacher – Verband der Film- und Fernsehregisseure(300 Mitglieder),Oskar Negt, Alexander Kluge, Volker Schlöndorff, Irmgard Mauser, Wolfram Schütte, Florian Hopf von der Arbeitsgemeinschaft der Filmjournalisten (150 Mitglieder),Helke Sander,Arbeitsgemeinschaft Neuer Deutscher Spielfilmproduzenten (250 Produktionen).
Bitte sammelt möglichst viele Unterschriften und sendet sie an:
Centro di documentazione internazionale
c/o il Picchio, Via Mascarella 24 B, 40126 Bologna,Italien

GENERALSTREIK IN PERU – GEWALT GEGEN DIE STREIKENDEN

LIMA 27. Juli Das von der peruanischen Militärregierung im letzten Monat erlassene Notstandsprogramm, das drastische Sparmaßnahmen für die breite Bevölkerung vorsieht, hat heftige Reaktionen in der Provinz und in der Hauptstadt Lima hervorgerufen. Der Benzinpreis wurde um 50% erhöht (nachdem er im letzten Jahr bereits um 100% erhöht worden war), die Erdölprodukte für die Industrie stiegen um 100%, was eine Steigerung aller Tarife zur Folge hat, nämlich Autobuspreise, Taxis, elektrischer Strom, etc. Die Lage wird besonders dadurch verschärft, daß die Lebensmittelpreise erneut angestiegen sind, und damit die Lebenshaltungskosten für die Mehrzahl der peruanischen Bevölkerung ein unerträgliches Maß erreicht haben. Ende Juni begannen als Reaktion darauf in Cuzco, Huancayo und weiteren Teilen der Provinz erste heftige Proteste und schwere Auseinandersetzungen, die seitens der Regierung mit Belagerungszustand und Ausgehverbot ab 21 Uhr beantwortet wurden. Die Zahl der Toten wird offiziell mit vier angegeben, anderen Informationen zufolge wird allein für Huancayo die Zahl von 60 Toten genannt.

Die sich zuspitzende wirtschaftliche Krise – seit den letzten zwei Monaten ist der dritte Wirtschaftsminister ernannt, um dieses Fiasko zu bewältigen – drückt sich in massiven Repressionsmaßnahmen gegenüber der Bevölkerung aus, insbesondere gegen Gewerkschaften, Basisorganisationen, in Arbeitervierteln und überbevölkerten Randzonen der Hauptstadt. Unter anderem wurde der Gewerkschaftsführer der größten Einzelgewerkschaft Perus, der nationalen Bergbau- und Metallarbeitergewerkschaft, VICTOR CUADROS PAREDES, gewaltsam am Arbeitsplatz festgenommen und nach einige Wochen Inhaftierung nach Frankreich deportiert

Der am 19. Juli durchgeführte Generalstreik, der erste nach der Machtübernahme der Militärs nach 1968, wurde trotz des seit einem Jahr geltenden Streikverbotes von der großen Mehrzahl der peruanischen Gewerkschaften getragen und hat die Regierung empfindlich getroffen. Diese antwortete darauf mit dem gewaltsamen Einsatz von Polizei und Militär. Besonders in den Arbeitervierteln und Randgebieten Limas wurde in zahlreichen Fällen das Feuer gegen die protestierende Bevölkerung eröffnet. Laut informellen Angaben soll die Zahl der Getöteten in die Hundert gehen. Außerdem wurde die Zentrale der C.T.G.P. (Allgemeiner Gewerkschaftsbund Perus) besetzt und zahlreiche Führer verschiedener Gewerkschaften (eine offizielle Meldung sprach von 200) wurden verhaftet.
Zur Unterstützung des Gewerkschaftsführers Victor Cuadros Paredes, für seine Repatriierung und für die Freilassung aller politischen Gefangenen in Peru bitten wir Euch, folgenden Text zu schreiben:

General Francisco Morales Bermúdez
Palacio de Gobierno
Lima, Peru

„Wir fordern die Repatriierung von Victor CUADROS PAREDES sowie der übrigen Deportierten und die Freilassung aller politischen Gefangenen.

Exigimos la repatriación de Victor CUADROS PAREDES y de los otros deportados así como la liberación de todos los presos políticos.

Victor ist ohne jegliche Mittel und daher ist materielle Unterstützung sehr nötig! Bitte überweist schnell !

Kto.Nr. 380 343–103 Berlin-West (Postscheck)
Angelika Kopecny, Kennwort: Victor Cuadros Paredes

Peru-Komitee Berlin

GEFANGENE BRINGEN US– KNASTVERHÄLTNISSE VOR DIE UNO

Eine Antwort auf Carters "Menschenrechts"–Gewäsch.

NEW YORK, Juli 77 Tausende von Gefangenen in 25 Bundesstaaten der USA, Knastgruppen und liberale und linke Organisationen arbeiten zur Zeit an einer neuen Knastkampagne. Sie planen für den 21. August 1977, dem 6. Jahrestag des Mordes an George Jackson, einen Marsch auf das UN–Gebäude in New York. Flugblätter wurden gedruckt, Broschüren verschickt. Aufkleber und Stickers werben, politische Abende wurden veranstaltet, teach – ins in Universitäten und Schulen, Geld wurde gesammelt, Unterkünfte für Auswärtige werden besorgt, Ordnungsdienste organisiert, und eine Rally ist geplant.

Die eingebrachte Petition stammt von Gefangenen. Sie wird am 21. August der zuständigen UN–Sektion übergeben. Sie enthält u.a. diese Forderungen:

Die Existenz politischer Gefangener in den Knästen der Vereinigten Staaten muß anerkannt werden, und zwar offiziell.

Kommissionen sind zu bilden, welche die ungemeine Härte für den größten Teil der Gefangenen in US–Gefängnissen untersucht, die von den Betroffenen nicht ohne Grund "völkermörderisch"genannt werden: die Todesstrafe; die von Wärtern begangenen Brutalitäten und Grausamkeiten;die Morde an Gefangenen; die überlangen Haftstrafen;die Experimente mit den Gefangenen (Zwangsmedikamentierung, behavioristische Zwangsmethoden); die medizinischen Menschenversuche; die Gesetze über weibliche Jugendliche(die von Staat zu Staat varieren und bei Grenzüberschreitung wirksam werden); der unproportional hohe Anteil schwarzer und anderer farbiger Menschen in US–Gefängnissen;die bestialischen Strafverschärfungen ("the hole" – Totalisolation) etc.

Es müssen Möglichkeiten gefunden werden, Gefangene freizukriegen. Durch Amnestien, Reduzierung des Strafmasses, Austausch von Kriegsgefangenen in den USA gegen CIA–Agenten, Söldner und andere Raktionäre, die zur Zeit in Kuba, Osteuropa, Afrika und Dritte–Welt–Länder einsitzen.

Die Petition fordert unterdrückte Klassen, Rassen, Nationen , Gruppen und Indivduen in den USA auf, sich an der gegenwärtig laufenden UN–Kampagne zu beteiligen un dem Weltkonzil gegen Rassismus Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Die Rally und der Marsch auf das UN–Gebäude am 21. August von Knastgruppen und Familien, Freunden und Genossen der Gefangenen dienen der massehaften Unterstützung für:

1. Die Petition;
2. Die Gefangenenbewegung in den Vereinigten Staaten wie sie zur Zeit von den Gruppen Attica Now, IFA, den North–Carolina–Sisters, den Marion Brothers, der IPO, den MPISC und anderen, ähnlichen Gruppen vertreten wird;
3. Kriegsgefangene aus Organisationen wie BLA,RNA, FALN,WUO,AIM,NWLF, die Fünf Puertoricanischen Nationalisten und andere Gruppen von Freiheitskämpfern und Guerrillas;
4. Den Kampf gegen Rassismus und Völkermord, die Unterstützung von Klassenkämpfen und Kämpfen für die nationale Befreiung, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit unterdrückter Völker;
5. Den Kampf um die Einheit zwischen Gefangenen und Massenbewegung – für die Einsicht, daß eine nationale Gefangenenorganisation notwendig ist.

Die UN–Kampagne wird weitergehen – im Januar 1978 wird die Petition der zuständigen Kommission für Menschenrechte vorgelegt, später dann in Ghana bei der weltweiten Konferenz gegen Rassismus vorgebracht.

Die schwarzen, sozialen Gefangenen richten ihren Appell nicht ins Ungefähr. Sie sagen:"Fast alle Schwarzen und die Menschen aus der Dritten Welt haben irgendeinen Verwandten, Bekannten, Geliebten, eine Schwester oder einen Bruder oder Freund oder Freundin in diesen Kerkern. So treten wir nicht als Fremde an euch heran – wir sind Eure Brüder und Schwestern, Freunde und Genossen. Wir sind Ihr, eingesperrt !"

Am 21. August 1971 wurde der im Knast zur Revolutionär gewordene Schwarze George Jackson ermordet – vorsätzlich von staatlichen Behörden im Knast umgebracht. Er schrieb einst:

"Nur die Gefangenenbewegung versprach im Ansatz, ideologische , rassische und kulturelle Barrieren zu überwinden welche die natürliche Koalition aller linken Kräfte in der ganzen Vergangenheit blockierten.(..........) Sie könnten das Sprungbrett für unser Eintauche in die Gezeiten anwachsenden weltweiten sozialistischen Bewußtseins sein."

Die amerikanischen Genossen fordern ihre Schwestern und Brüder in Europa auf, sich ihrer Kampagne anzuschliessen und, wenn irgendwie möglich, eine Demonstration vor der entsprechenden UN–Behörde in Genf zu veranstalten. Zum gleichen Zeitpunkt:dem 21. August.

Kontakte: Prisoners Committee to U.N. –
Bibi Angola, 95 Linden Blvd, Apt. A–31, Brooklyn, New York, N.Y. 11 226;
oder Bob Boyle, 64–16 78th Street, Middle Village, Queens, N.Y. 11 389,
oder National Committee for the Defense of Political Prisoners, P.O.Box 1184 Harlem, New York,10 027

Übers: P.P.Zahl, Postfach 301, D– 4760 Werl, JVA

URANABBAU UND "INDUSTRIALISIERUNG" IN INDIANERRESERVATEN

New York 20.Juli Die Hopis sind ein kleiner Indianerstamm in Arizona. Hopi, das heißt: die Friedfertigen. Sie haben seit vielen hundert Jahren keinen Krieg geführt. Das liegt zum Teil auch daran, daß die Weißen oder auch andere Indianerstämme keinen Wert auf das Stückchen Wüste legten, das sie bewohnen und auf dem sie mit viel Geduld und Mühe nur eben so viel Mais ernten, daß sie mit ihren Familien nicht verhungern. Weil es nie zu einem Konflikt mit der US–Regierung kam, wurden die Hopis nie zu einem Vertrag mit dieser gezwungen. Sie betrachten sich daher noch immer als unabhängige und eigenständige Nation. Die Hopis leben innerhalb des Navajo–Reservats, einem Gebiet, das fast so groß wie Texas ist.

Nun haben Experten Kohle und Uran unter diesem Land entdeckt, und Energiegesellschaften wollen es für 5 Millionen Dollar kaufen, obwohl es 25 Milliarden Dollar wert ist.
Die Hopis, die wie alle anderen nordamerikanischen Indianerstämme nicht die Schrift kennen, erzählen sich von Generation zu Generation ihre Geschichte. Ihre Medizinmänner lernen die alten Sagen auswendig und geben sie, so sagt der religiöse Brauch, ohne Veränderungen an ihre Nachfolger weiter. So kennen die Hopis auch Teile des Alten Testaments, wie z.B. die Sintflut ... Sie selber haben sich auf göttliche Verheißung in diesem Lande angesiedelt.

In einem Brief eines Hopis–Führers heißt es:
"Gegenwärtig leiden wir Hopi unter dem Druck der Industrie auf unser Volk. Unser armes Land war für die Bahana, die Angelos, niemals von rechter Bedeutung. In den letzten zehn Jahren interessierte man sich immer mehr für unser Land. Jetzt wird an unserer heiligen Black Mese, dem Weiblichen Berg, im Tagebau Kohle gewonnen. Sie verbrennen die Kohle und machen daraus elektrischen Strom für die großen Städte im Südwesten. Kürzlich entdeckten sie in unserem Land, das uns heilig ist: Uran. Um an dieses Mineral heranzukommen, plant der Staat, die Bewohner des Landes gewaltsam zu entfernen.
Wir wissen, daß wir uns der Aussiedlung dieser Leute widersetzen müssen, denn wenn sie nicht da sind, um das geheiligte Land zu schützen, werden die Bergleute kommen und alles zerstören. Man wird von dem Uran Gebrauch machen, das alles vergiftet, und Tod und Elend für Jahrtausende verbreitet. Wir, die wir den heiligen Wegen folgen, die uns der Große Geist gewiesen hat, müssen uns widersetzen und protestieren, um allen Lebens willen auf der Erde in Gegenwart und Zukunft.
Gesetzt den Fall, unter der Peterskirche in Rom würde ein Ö vorkommen gefunden, kein gläubiger Katholik würde auch nur den geringsten Gedanken an die Nutzung dieser Quelle verschwenden. Aber ein Stammesrat von Gnaden der Indianerbehörde BIA hat den Kaufvertrag abgeschlossen. Er muß nur noch von Präsident Carter unterzeichnet werden, dann ist er rechtsgültig. Dann steht noch mehr spaltbares Material zur Verfügung. Bitte, schreibt an:
Honorable Mr. President Carter, White House, Washington, D.C.,20036 U S A.
und bittet ihn, den Kaufvertrag (Dockett 196 of the Claim Commission) nicht zu unterschreiben."
Genauere Auskünfte erteilt:

chthild Mailandt, Köschenberg 10, 5090 Leverkusen–Opladen

....Auch bei Navajos, Crow- und Cheyenne-Indianern
Mit den Navajos handelt Exxon, die reichste Firma der Welt, diesen Vertrag aus, nach dem die Indianer 15 Jahre lang 22 Millionen Dollar pro Jahr erhalten sollen, wenn Exxon dafür riesige Landflächen für immer zerstören kann. Das Recht, Uran auf einer 400 000 acre Fläche (1 acre sind 4 400 qm) abzubauen. Seit 1959 ist Kerr–Mc Gee Company wegen derselben Sache auf demselben Gebiet tätig. Seit 1969 bezahlt sie den Navajo–Minenarbeitern 1.60 Dollar die Stunde, das Mineral aus dem Boden zu heben. 1974 waren 18 der 100 Minenarbeiter an Krebs (durch die Radioaktivität erzeugt) gestorben, 23 weitere waren arbeitsunfähig, sie lagen wegen Krebs im Sterben. Kerr–Mc Gee kümmert das wenig. Ein Sprecher der Firma: "Ich kann ihnen nicht sagen, was auf den kleinen Minen auf den Indianerreservationen passiert ist. Wir haben Uraninteressen in der ganzen Welt."
Auf dem Land der Crow– und Cheyenne–Indianern wurden 1,5 Trillionen Tonnen Kohle entdeckt. Die Indianerbehörde BIA in Washington hat, ohne die auf den Reservationen lebenden Indianer zu fragen, an Gulf Oil, Shell, AMAX, Peabody, Exxon, die Rechte zum Abbau von 17 Billionen Tonnen Kohle verkauft, ohne daß die Crow oder Cheyenne davon irgendeinen Vorteil hätten. Die Energiegesellschaften planen 43 000 nicht ansässige Arbeitskräfte zum Tagesabbau dorthin zu verschieben. Damit wären die Crow eine 10 % Minderheit auf ihrem eigenen Land. Daraufhin gründeten die Crow eine Interessengemeinschaft, ihr 'Office of coal research', und sind dabei erstmals mit den Navajos in Kontakt getreten.

In Berlin hat sich das Native America Information Center gebildet; wer weitere Informationen über die indianischen Nationen haben will, hier die Adresse:
NAIC, c/o Zerowsky, Breite Str.4, 1000 Berlin 33



BERICHT VON EINER ALBANIENREISE

ESSEN, 22. Juli

Die Albanien–Informationen haben wir den Juli-Mitteilungen der "katalyse" –Technikergruppe – entnommen("Katalyse, Karl Barth Haus, Wittenbergstr. 14 – 16, 43 Essen):

Bei einer kommerziellen Studienreise, die im Herbst 1976 stattfand, ermöglichten die einheimischen Reiseleiter eine günstige Reiseroute und gaben umfassende Informationen. Es gelang deshalb, trotz der kurzen Zeit vielfältige Eindrücke über die Zustände in diesem Staat zu bekommen. Sie werden im folgenden gekürzt geschildert unter dem Gesichtspunkt der Alternative zu europäischen Industrie– und Agrarländern.

ARBEIT

Gearbeitet wird von Montag bis Samstag acht Stunden täglich. Maschinen und Anlagen werden häufig in zwei Schichten betrieben. Die Läden sind von 5 bis 21 Uhr geöffnet, teilweise auch am Sonntag. Der Urlaub beträgt zwei Wochen pro Jahr, für Schwerarbeiter drei Wochen, für Mütter sechs Wochen vor bis sechs Wochen nach der Geburt. Das Rentenalter beginnt bei Frauen mit 55, bei Männern mit 60 Jahren. Es soll im laufenden Fünfjahresplan um fünf Jahre gesenkt werden. Die Schulzeit endet mit vierzehn Jahren. Für die nächsten Jahre ist vorgesehen, daß alle Schüler bis zum sechzehnten Lebensjahr die Mittelschule besuchen. Der Kriegsdienst ist mit neunzehn bis einundzwanzig Jahren abzuleisten und danach weiterhin zwanzig Tage pro Jahr; Frauen haben achtzehn Tage im Jahr Kriegsdienst.

Das Arbeitstempo ist mäßig. Häufig werden Ruhe- oder Gesprächspausen gemacht, Gaststätten und Kantinen sind zu allen Tageszeiten besetzt. Land– und Bauarbeiter haben öfter Sitzpausen. Mit Personal in Kantinen , Läden,Schulen, Kindergärten wird nicht gespart. Wir hatten mehrmals zwei oder drei Reiseleiter im Bus. Ein Mustergut mit 10 000 ha beschäftigt 5000 Arbeiter, die mit 7000 Angehörigen auch dort in eigenen Siedlungen wohnen.

Auch schwierige Objekte wie z.B. Betonbrücken und Hochhäuser werden so konzipiert, daß die zu ihrer Erstellung notwenige Arbeitsqualifikation nicht hoch ist. Dadurch kann

praktisch jeder mitarbeiten. Die Bahnstrecken werden z.B. größtenteils von Jugendlichen gebaut. Die Produktqualität ist teilweise mäßig. Manchmal kommt der Eindruck auf, daß mit der Arbeitskraft nicht sparsam umgegangen wird: z.B. bei unnötig erscheinenden Terrassierungsprojekten oder bei Arbeiten des Innenausbaus und an sanitären Anlagen, die wegen geringer Materialqualität und "billiger"Konstruktion nicht lange halten.

TECHNIK

Im allgemeinen trifft man auf die herkömmliche Technik der Industriestaaten, mit Hochhäusern, großen Landmaschinen, Brücken– und Hafenbauten.Nahrungsmittelfabriken sind teilweise mit Fließbändern ausgerüstet, die aber nur Transportfunktion haben. Handwerkliche Herstellung und Reparatur gibt es für den Bedarf an persönlichen Gütern, die häufigere Arbeitsorganisation ist aber die Brigade oder der Einsatz von Kampagnen. Neuerdings werden Ein– bis Vierfamilienhäuser mit einem großen Nutzgarten ausgestattet.

Zement wird teilweise handwerklich in Schachtöfen hergestellt. Staubfilter sind auch nicht vorhanden, bei diesem Verfahren fällt Staub aber auch nur in geringen Mengen an. Wärmekraftwerke werden mit Nass– oder sogar Trockenkühltürmen ausgerüstet, auch wenn ausreichend Kühlwasser vorhanden ist. Deponien für Müll werden sorgfältig angelegt. Abwasser fällt nur mit geringer Abfallfracht an und wird in Sikkergruben oder ins Meer geleitet. Straßen und Plätze sind völlig frei von Abfällen.

"Sanfte Technik"findet man in abgelegenen Landgebieten und teilweise bei der Armee, die z.B. kleine einfache Bunker und Unterstände selbst errichtet.

VERKEHR

Der Personenverkehr wird mit Fahrrad, Pferdewagen, Bus, LKW, Bahn oder Genossenschafts– oder Staatsauto abgewickelt. Privatautos und Taxis gibt es nicht, allenfalls Motorräder. Die Höchstgeschwindigkeit für Autos beträgt 60 km/h, auch auf breiten Teerstraßen. Die Bahn fährt meist mit 40 km/ h. Die Straße gehört den Fußgängern. Auch Kinder lassen sich nicht durch Hupen aufschrecken. Das Bahnnetz wurde erst nach der Befreiung gebaut, es wird laufend erweitert.

LANDWIRTSCHAFT

Das flache Land wird mit großen Maschinen bearbeitet, Hügelland mit Gespann oder von Hand. Der Einsatz von Dünge-und Schutzmitteln ist mäßig. Große Monokulturen sind selten, Bäume und Hecken säumen die Parzellen. Die größeren Wassergräben werden ohne Betonwände ausgeführt und ihre Ränder mit Bäumen bepflanzt. Mit der Bewässerung werden hohe Erträge erzielt., z.B. in einer Farm mit 2oo mm Niederschläge pro Jahr 4t Weizen oder 14t Weintrauben pro ha und Jahr.

Die Erosion des Bodens wird durch Mischkulturen verhindert. Berghänge werden teilweise aufgeforstet, Flußgehölze geschont und erweitert. Nur in seltenen Fällen weiden Schafe an den Hängen, immer sind Hirten dabei.

LEBEN

Es gibt keine Armut, keinen Schmutz, keine überarbeiteten Männer und Frauen und nur sehr wenig "Asoziale". Das Leben ist gänzlich "unbalkanisch", die Leute sind lässig, nicht gedrückt, aber den Fremden gegenüber vorsichtig. Die alten Laster, wie z.B. Streit, Trinken, Faulheit der Männer, Waffentragen und Blutrache scheinen so gründlich ausgetilgt, daß man sich fragt, ob diese Volk noch zu Guerrillakriegen wie gegen Italiener und Deutsche fähig ist. Die Religion wird so strikt bekämpft, daß sogar Ansichtskarten von Kirchen und Vollbärte bei Touristen nicht geduldet werden. Vielleicht ist das noch ein Überbleibsel aus der Zeit der vormals antiklerikalen bürgerlichen Revolutionäre, die erst während und nach dem Zweiten Weltkrieg Kommunisten wurden.

Ehescheidung findet nicht statt. Im ganzen Land gibt es angeblich kein Gefängnis. In der Tat sahen wir den Parteivorsitzenden — nur vom Fahrer und einem Wächter begleitet — in dasselbe mittlere Hotel zum Mittagessen gehen, aus dem wir gerade herauskamen. Es gab kein Blaulicht, keine Begleitfahrzeuge, keine Absperrung; ein Tourist bat ungehindert um ein Autogramm (das allerdings nicht gegeben wurde).

Studienreisen nach Albanien werden vermittelt von Egnatia–Tours, Piaristengasse 60, A 1080 Wien, Tel: (004 32 22) 42 53 46, und von der Gesellschaft der Freunde Albaniens, Postfach 321, 8000 München 1

BERUFSVERBOT GEGEN SCHWULE AUCH BALD IN HAMBURG?

HAMBURG
Juli 1977

Die Arbeitsgruppe schwuler Lehrer und Erzieher in der Homosexuellen Aktion Hamburg (HAH) veröffentlicht die folgende Presseerklärung:

„Gegen den Lehramtsanwärter R. K. aus Berlin wird geltend gemacht, er habe ‚Propaganda' für eine ‚privatzubleibende Veranlagung' betrieben, indem er mit seinen Schülern [illegible]r Sexualität diskutierte und dabei auch über sich und sein Schwul-Sein redete. Ihm wurde gekündigt. Der Rechtsstreit dauert noch an. R. K. ist noch nicht wieder eingestellt.

‚Lehrer - wie sonstige Angehörige des Öffentlichen Dienstes - haben (...) ihr gesamtes Verhalten so einzurichten, daß es (...) nicht gegen die ungeschriebenen Gesetze der Ehre, Sitte und des Anstandes verstößt. Zu den hier maßgeblichen Regeln gehört es, daß auch ein Lehrer mit homosexuellen Neigungen sich in der Öffentlichkeit nicht so aufführt, daß sein Benehmen und Verhalten als anstößig empfunden wird.' (Zitiert nach der Schwulen-Zeitung ‚rosa' Nr. 5, aus einem Brief des Bezirksamtes Berlin-Wilmersdorf)

Wir, die ‚Arbeitsgruppe schwuler Lehrer und Erzieher' in der HAH, waren über diese Entscheidung sehr beunruhigt und brachten deshalb eine Anfrage in die Behörde Schule, Jugend und Berufsbildung ein, wie in einem ähnlichen Fall in Hamburg entschieden würde. In einem ersten Brief reagierte die Behörde ausweichend. Homosexualität an sich würde nicht diskriminiert. Da uns diese Antwort nicht ausreichte, fragten wir noch einmal nach und erhielten daraufhin folgende Antwort:

Hamburg, 14.6[illegible]77

Sehr geehrter Herr S.!

Im Nachgang zu dem Schreiben der Behörde vom 17. Mai 1977 wird Ihnen auf Ihre im vorletzten Absatz gestellten Fragen mitgeteilt, daß in der Sexualerziehung zwar auch besondere Probleme der menschlichen Sexualität, u.a. die Homosexualität, zu behandeln sind, von dem Lehrer jedoch erwartet werden muß, daß er Angaben über persönliche sexuelle Probleme - insbesondere gleichgeschlechtliche Beziehungen - vor der Klasse unterläßt, um mögliche Befangenheitsreaktionen der Schüler und damit verbundene Belastungen des Unterrichts zu vermeiden.

Mit freundlichem Gruß

(Rellstab)

Beide Stellungnahmen gehen davon aus, daß sich ein schwuler Lehrer in der Schule seine Homosexualität nicht anmerken lassen darf, daß er einen Teil seiner Persönlichkeit zu verleugnen hat. Weder nach der einen noch nach der anderen Argumentation ist es einem schwulen Lehrer möglich, Erfahrungen im zwischenmenschlichen Bereich in den Unterricht einfließen zu lassen. Bei einem heterosexuellen Lehrer ist es dagegen ganz selbstverständlich, daß er auch mal etwas ‚von zu Hause' erzählt. Der schwule Lehrer aber wird zu einer Lehrmaschine degradiert, die Stoff zu vermitteln hat und sonst gar nichts. Seine persönlichen Erfahrungen haben im Unterricht nichts zu suchen!

Diese Antwort, die sich mit der Begründung zu dem Berufsverbot in Berlin deckt, soll das Versteckspiel, das heute immer noch das Leben eines schwulen Lehrers prägt, weiter festschreiben. Es ist darin letztlich ein Berufsverbot für jeden schwulen Lehrer angelegt - wenn er ‚erwischt' wird.

Angesichts dieser Androhung ist es einfach beschämend, wie die GEW Hamburg als unsere Vertretung gegenüber der Behörde diese Frage behandelt. Sowohl die Hamburger Lehrer-Zeitung (HLZ) als auch der Ausschuß für Sexualkunde der GEW reagierten abwehrend: ‚Bis jetzt gibts in Hamburg ja noch gar keine Berufsverbote gegen Schwule'. Mit dieser Begründung wurde ein Aufruf zur Solidarisierung nicht in der HLZ abgedruckt. Deswegen hat auch der Sexualkundeausschuß bis heute kein Wort darüber verloren."

Kontaktadresse: Arbeitsgruppe schwuler Lehrer und Erzieher in der Homosexuellen Aktion Hamburg Albrecht Stern, Beetsweg 17, 2000 Hamburg 50

KAMPF UMS KOMMUNIKATIONSZENTRUM "CHE"

Aachen 26.Juli *Bericht vom ASTA der Technischen Hochschule Aachen:*

Es gibt in Aachen ein selbstverwaltetes internationales Kommunikationszentrum, das offziell Alexander von Humboldt–Haus heißt, allgemein aber als "CHE" bekannt ist. Das Haus wurde 1959 gebaut und hat lange Zeit reaktionären Interessen gedient, den ausländischen Kommilitonen wurde keine Gelegenheit gegeben, auf die Kultur ihrer eigenen Länder einzugehen, von einer antiimperialistischen Arbeit konnte überhaupt keine Rede sein.

1969 kam es zum Eklat, als ein Vertreter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit in einem Vortrag erklärte, die Völker der 3.Welt seien nicht reif für die Demokratie, sondern sie benötigten Diktaturen à la Hitler. Die Empörung war groß und dieser Vorfall wurde Anlaß zur Besetzung des Hauses. Eine Selbstverwaltung wurde aufgebaut, die sich in der Folgezeit heftigen Angriffen der Hochschule (Akademisches Auslandsamt versuchte Gelder zu sperren) ausgesetzt sah. Dabei setzte man bewußt auf Spaltung: einmal bei den ausländischen Vereinen, bei denen es immer wieder Gruppen gab, die die faschistischen Regimes in ihren Heimatländern unterstützen. Zum anderen bei den deutschen Gruppen, die unterschiedliche Bereitschaft in der Verteidigung des "CHE" zeigten, oder sogar in Gestalt der rechten Gruppen RCDS und SLH versuchten, die Selbstverwaltung zu liquidieren. Über lange Zeit war das Haus allerdings auch ein "Stützpunkt" der KPD und KPD/ML, die unfähig waren, die Basis des Hauses zu verbreitern.

Anfang 1976 wurde mit der Umstrukturierung der Selbstverwaltung und dem Aufbau des Mitgliedervereins mit neuer Plattform und Satzung begonnen. Seither konnte erreicht werden, daß die Arbeit von mehr Leuten getragen wird und zahlreiche erfolgreiche Veranstaltungen durchgeführt wurden. Das "CHE" ist dabei einerseits zu einem Kommunikationszentrum geworden (mit Inter-Cafe, Möglichkeit zu Sport und Spielen), zum anderen laufen dort fast täglich Veranstaltungen zur internationalen Solidarität, treffen sich ausländische und deutsche Gruppen.

Zum "CHE" gehört ein Anbau – das ROTE HAUS –, das auch zum Komplex des Humboldt-Hauses gehört, das allerdings bis jetzt vom Lehrgebiet "Deutsch als Fremdsprache" tagsüber mitgenutzt wurde. Da dessen Umzug in neue Räume Ende September ansteht, versuchte die Hochschulverwaltung seit geraumer Zeit, dieses Haus wieder unter ihre Kontrolle zu bekommen. Nachdem es ihr nicht gelungen war mit verschiedenen Vorschlägen durchzukommen, hat sie jetzt ein gezieltes Spaltungsmanöver gemacht und das Haus den "Nichtwissenschaftlern" zur Aus– und Weiterbildung zur Verfügung gestellt. Das kann sich die Selbstverwaltung selbstverständlich nicht gefallen lassen. Sie ist maximal bereit, einer Nutzungsvereinbarung unter Beibehaltung der Selbstverwaltung zuzustimmen. Dieser Konflikt wird im Moment ausgetragen. Die eigentliche Auseinandersetzung steht Ende September an, wenn das Haus übergeben werden soll. Die Mitgliederversammlung hat dazu beschlossen, daß wir das Haus mit allen Mitteln, die sich daraus ergeben, daß wir viele sind, verteidigen werden.

Wir fordern alle auf, uns zu unterstützen (besonders dann, wenns darauf ankommt !). Wer noch mehr Informationen haben will, soll an die Selbstverwaltung des A.v.Humboldt-Hauses, Ponstr.41, 5100 Aachen oder an den ASTA RWTH Aachen, Turmstr.3 schreiben – wir schicken euch dann eine Broschüre, in der mehr und genauere Informationen übers "CHE" stehen. (Kosten:-.50 + Porto)





BILDERDIENST

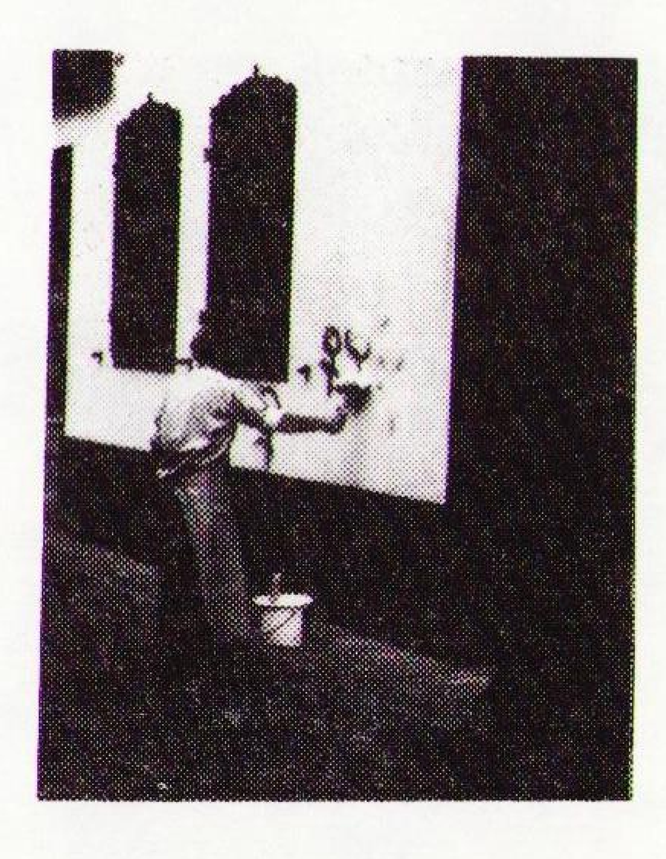
1) Wir diskutieren, den Bilderdienst dazu zu benutzen, die Fotos von linken Berufs-Fotografen (und von allen anderen natürlich auch) an bürgerliche finanzstarke Zeitungen zu schikken, als Alternative zu dpa also. Wer daran Interesse hat, solls uns mal schreiben.

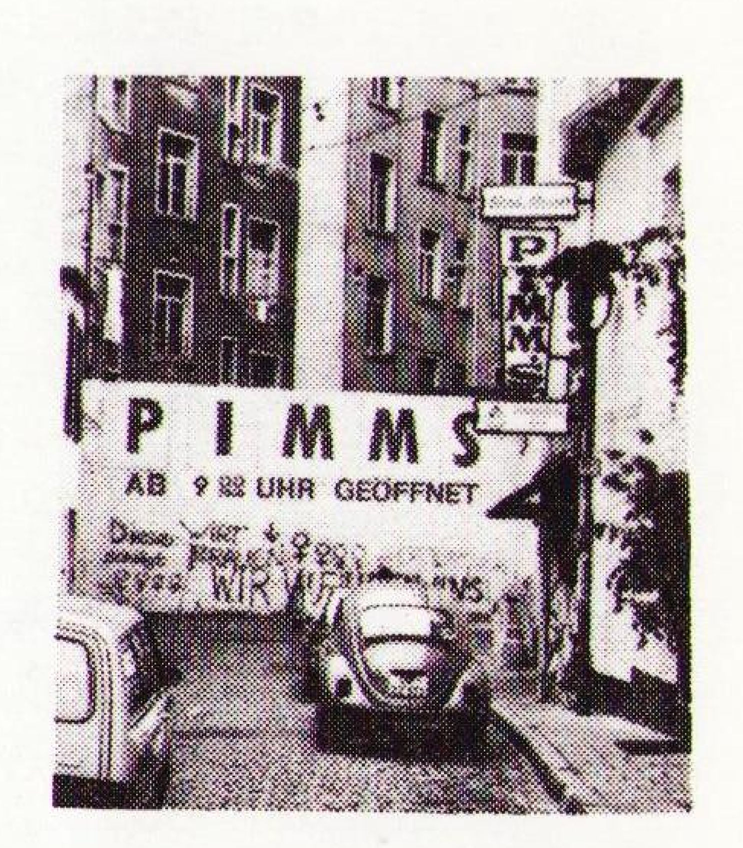
2) Auch während der Sommerpause in August funktioniert der Bilderdienst weiter.
Von verschiedenen Leuten bekamen wir Fotos aus Malville und dem Larsac versprochen, die es dann bei uns gibt, außerdem Urlaubsbilder.

3) Seit einiger Zeit haben wir zwei KKW-Montagen, die als Photo oder als Plakat gut sind. Von der einen "Atomkraft tod sicher,, ist uns leider das Begleitschreiben verlorengegangen; das andere ,,Strahlende Zukunft" gibt es von der Fotogruppe Heidelberg, c/o Kretschmann, Fasaneriestraße 7, 6906 Leimen, als Plakat für o,80 DM/Stück bei Abnahme von mindestens 20 Stück, oder beim Bilderdienst als Einzelfoto.
Die folgenden Minibilder sind nur ein Versuch.

4) Zum Artikel ,,Sprühaktion gegen frauenfeindlichen Gastwirt" gibt es noch zwei Fotos, die letztes Mal vergessen worden sind, außerdem 2 Fotos von einem Sexshop ,,Geschlossen wegen Frauenfeindlichkeit".

Postscheckkonto Bilderdienst: PSchKto Gerd Kever, Frankfurt Nr. 360811-608
Preise: 5,– DM Porto und Versand plus 1,– DM pro Bild.
Sonderwünsche siehe ID 175.





Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX

Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

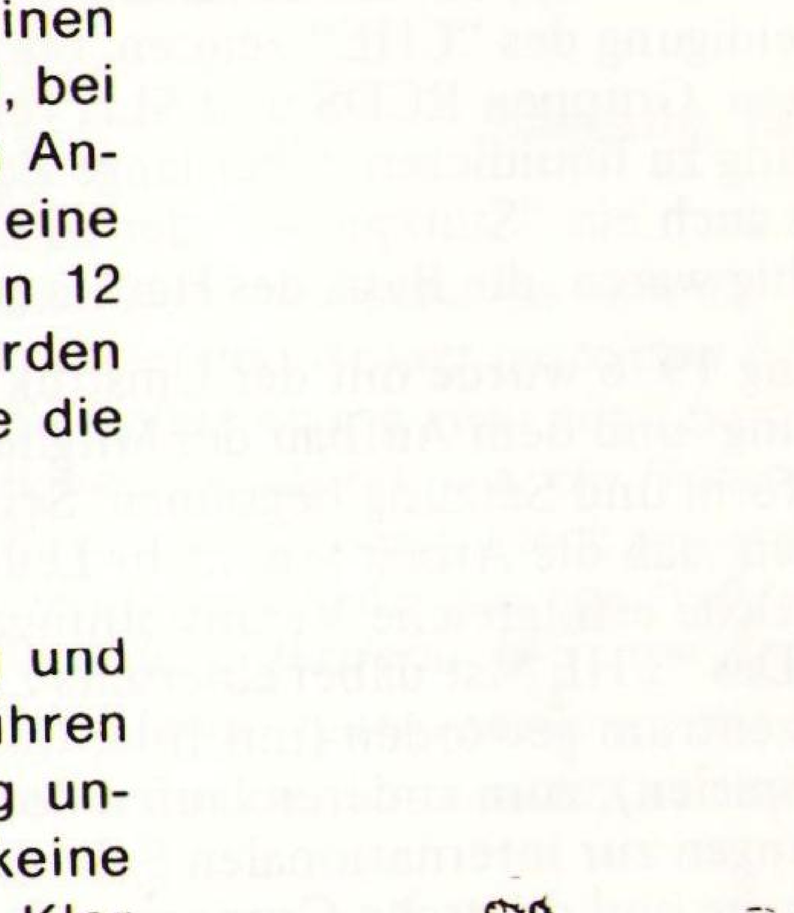
Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID–Nummer | Exemplare

D-5000 KOELN 1

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

Posteinlieferung des letzten ID: Freitag

Den nebenstehenden Text haben wir den „Zahnärztlichen Mitteilungen" (Organ des Bundesverbandes der Deutschen Zahnärzte e. V. und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung K. d. Ö. R.) entnommen (Nr. 4, 16. Juli 1977).



„Schmerzgeplagter Terrorist wird demnächst Praxis aufsuchen

Im Zusammenhang mit dem Mord an Generalbundesanwalt Siegfried Buback und seinem Begleiter wird u.a. nach Christian Klar, geb. 20. 5. 1952 in Freiburg/Br., gefahndet.

Klar war zuletzt im September 1976 in zahnärztlicher Behandlung. Der Zahn 12 wurde mit einer provisorischen Kunststofffüllung versehen. Klar wurde vom behandelnden Zahnarzt aufgefordert, sich kurzfristig wieder in Behandlung zu begeben. Da dies nicht geschah, ist zu erwarten, daß es zu einer Pulpenschädigung infolge Devitalisierung der Pulpa, entstehender Gangrän, Periodontitis, Abszeßbildung und damit zu erheblichen Schmerzen kommt.

Infolge Auftretens dieser Beschwerden ist damit zu rechnen, daß Klar einen Zahnarzt aufsuchen wird.

Ein weiteres markantes Kennzeichen des Zahnbildes ist die bläulich verfärbte Krone des Zahnes 11 mit abstehendem Kronenrand (Stiftaufbau).

Sollte der Gesuchte, der einen Falschnamen benutzen wird, bei Ihnen zahnärztliche Hilfe in Anspruch nehmen oder sollte eine Zusatzbehandlung von Zahn 12 von Ihnen durchgeführt worden sein, verständigen Sie bitte die nächste Polizeidienststelle.

Im Interesse der Fahndung und Ihrer eigenen Sicherheit führen Sie bitte die Verständigung unauffällig durch. Treffen Sie keine eigenen Maßnahmen. Chr. Klar ist bewaffnet!



Zur Aufklärung des Verbrechens ist eine Belohnung von 200 000 DM ausgelobt.

Bundeskriminalamt — Abt. TE
Bonn-Bad Godesberg
Tel.: 02221/35 20 41"!!